

Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition

Einleitung: Revolution und revolutionäre Krise – ein Definitionsversuch

- I. Die SED-Führung und die Krise der DDR
- II. Veränderungen in der internationalen Konstellation und ihre Auswirkungen auf die DDR
- III. Definition „Opposition“
- IV. Die Sicht der Staatssicherheit auf die Opposition
- V. Offene Forschungsfelder zum Themenkomplex „Opposition“
- VI. Organisationsgeschichte der DDR-Opposition der siebziger und achtziger Jahre
- VII. Einzelne Gruppen
 - VII. 1. Kirchliche Basisgruppen
 - VII. 2. Überregionale Gruppen
 - VII. 3. SDP/SPD
 - VII. 4. Grüne Partei/Grüne Liga
 - VII. 5. Neues Forum
 - VII. 6. Demokratie Jetzt
 - VII. 7. Demokratischer Aufbruch
 - VII. 8. Unabhängiger Frauenverband
 - VII. 9. Vereinigte Linke
 - VII.10. SED-Reformer
- VIII. Programmatik der einzelnen Oppositionsgruppen und -parteien. Auswirkungen der revolutionären Krise des Jahres 1989 auf die Gestaltungsvorstellungen der Opposition
 - VIII. 1. Kirchliche Basisgruppen
 - VIII. 2. Überregionale Gruppen
 - VIII. 3. SDP/SPD
 - VIII. 4. Grüne Partei/Grüne Liga
 - VIII. 5. Neues Forum
 - VIII. 6. Demokratie Jetzt
 - VIII. 7. Demokratischer Aufbruch
 - VIII. 8. Unabhängiger Frauenverband
 - VIII. 9. Vereinigte Linke
 - VIII.10. SED-Reformer
- IX. Zusammenfassende Thesen und offene Forschungsfelder

Literatur- und Quellen
 Verwendete Archivalien
 Tondbandinterviews/Vorträge
 Bibliographie
 Zusammenfassung

Einleitung: Revolution und revolutionäre Krise – ein Definitionsversuch

Jede Darstellung der Entstehung einer revolutionären Krise in der DDR der achtziger Jahre sieht sich mit mehreren grundlegenden Fragestellungen konfrontiert. Dazu gehört die Frage, wie die Begriffe „Revolution“ und „revolutionäre Krise“ zu definieren sind. Weiterhin ist die Anwendbarkeit entsprechender Definitionen auf die Situation in Ostdeutschland und die Ereignisse von 1989 zu prüfen. Die in der bisherigen Diskussion angebotenen Antworten variieren sehr stark, und auch international gehört die Definition von „Revolution“ zu den von den Sozialwissenschaften noch nicht bewältigten Problemen.¹

Gegen die Anwendung des Begriffs der Revolution auf die Ereignisse des Herbstes 1989 wandte u. a. Tilman Fichter ein, daß sich diese unblutig in einem völlig zerrütteten Land vollzogen hätten und daher nicht als „klassische“ Revolution bewertet werden könnten.² Jens Reich machte dagegen einen neuen Revolutionstyp mit der Bezeichnung „legale Revolution“³ aus. Legal sei die DDR-Revolution deshalb gewesen, weil sie sich gegen einen „Sozialismus“ gewandt habe, der zuvor seine eigenen Ideale verraten hatte.⁴ Daneben verwendet zum Beispiel Ehrhart Neubert den Begriff der „protestantischen Revolution“⁵, Sigrid Meuschel spricht anschließend an Jürgen

1 Meyer, Georg P.: Revolutionstheorien heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht. – In: 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung/hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. – Göttingen, 1976 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 2), S. 122.

2 Fichter, Tilman: Die SPD und die Nation: Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit. – Berlin und Frankfurt/M., 1993, 30.

3 So auch: Opp, Karl-Dieter; Voß, Peter: Die volkseigene Revolution/Unter Mitarbeit von Christiane Gern. – Stuttgart, 1993, S. 56. Markenzeichen dieser Revolution sei ihre Gewaltlosigkeit gewesen. Kennzeichnend war aber auch, daß sie nicht theoretisch vorbereitet war. Revolution ist für die Autoren die Änderung einer kompletten gesellschaftlichen Ordnung ohne Wahlen. (S. 59) Auch habe es weder charismatische Führer noch analytische Köpfe gegeben. (S. 202) Die Oppositionsgruppen seien der Bevölkerung mit ihrer Programmatik weitgehend unbekannt geblieben, deshalb konnte sich diese mit ihnen auch nicht identifizieren. (S. 159)

4 Warum ist die Stimmung im Osten so schlecht, Herr Reich? – In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Magazin, Frankfurt/M., 30. Oktober 1992, S. 78–79.

5 Neubert, Ehrhart: Eine protestantische Revolution. – Osnabrück, 1990 (edition KONTEXT). Dazu: Bialas, Wolfgang: Die protestantische Revolution und der „Geist des Sozialismus“. – In: Deutschland Archiv, Köln, 26 (1993) 4, S. 417–425. Auch der SPD-(Mit-)gründer Gutzeit meint, daß die Ereignisse des Herbstes 1989 zumindest partiell eine protestantische Revolution waren. Vgl. Tonbandprotokoll Gutzeit.

Habermas von einer „nachholenden Revolution“⁶, orthodoxe Kommunisten erkennen eine „Konterrevolution“ mit aufgezwungener Restauration⁷, und verschiedentlich wird von einer Implosion gesprochen.⁸ Bisher erscheint es eher so, als ob die Ereignisse des Herbstes 1989 zu denjenigen historischen Wendepunkten zählen, deren Interpretationen umstritten bleiben werden.⁹ Das offenkundig vorhandene Theoriedefizit fand hinsichtlich des Endes der DDR seinen Ausdruck in der Anwendung des vieldeutigen und schwammigen Begriffs der „Wende“.¹⁰ Einen ersten Versuch der Zusammenfassung der unterschiedlichen Interpretationsmodi unternahm Jürgen Habermas, als er die stalinistischen Verteidiger des status quo (Konterrevolution), die „Leninisten“ (konservative Revolution), die Anhänger des dritten Weges, die postmodernen Vernunftkritiker (Revolution, die das Zeitalter der Revolutionen abschließt), die Antikommunisten (siegreiche Beendigung des 1917 von den Bolschewisten erklärten Weltbürgerkrieges) und die Liberalen (Auflösung der letzten Formen totalitärer Herrschaft in Europa) unterschied.¹¹

6 Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989. – Frankfurt/M., 1992 (edition suhrkamp: N.F.; 688, S. 318). Ähnlich geht Wolfgang Herzberg von einer spätbürgerlichen „Nachrevolution“, die die Vernichtung der bürgerlichen Freiheiten durch den „Realsozialismus“ wiedergutzumachen sucht, aus. Vgl. Herzberg, Wolfgang: Der Gründerkreis des sozialdemokratischen Neubeginns in der DDR 1989. Versuch einer Analyse seiner kollektiven Biographie. – In: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen/hrsg. von Wolfgang Herzberg und Patrik von zur Mühlen. – Bonn, 1993, S. 26.

7 So vom orthodox kommunistischen Standpunkt: Röhr, Werner: Die Regression der DDR zur Anschlußzone. – In: Neues Deutschland, Berlin, 2./3. Oktober 1993, S. 10. Röhr billigt dieser „Gegenrevolution“ durchaus revolutionäre Radikalität zu. Vgl. Honecker, Erich: Zu dramatischen Ereignissen. – Hamburg, 1992, S. 10. Davon setzen sich allerdings ehemalige SED-Funktionäre wie Manfred Uschner ab, der meint: „Nicht die Konterrevolution war am Ausgang der Ereignisse im Herbst 1989 schuld, sondern die reaktionär-konservative Haltung der Politbüromehrheit und eines großen Teils des Parteiapparates.“ Vgl. Uschner, Manfred: Die zweite Etage: Funktionsweise eines Machtapparates. – Berlin, 1993, S. 156.

8 So der jetzige Direktor des Berliner Institutes für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), das aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED hervorging, Rolf Reißeig: Transformationsprozeß Ostdeutschlands. – In: Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland/hrsg. von Rolf Reißeig. – Frankfurt/M. und New York, 1993, S. 13.

9 Ash, Timothy G.: Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent. – München und Wien, 1993, S. 502–503. Ash nimmt auf eine mündliche Äußerung von Peter Pulzer in einem Seminar am All Souls College, Oxford, Bezug. Weitere Untersuchungen erfordern Meinungen wie die von Joachim Fest, daß es sich bei der Revolution in der DDR um eine ohne Vordenker und ohne intellektuelle Beteiligung gehandelt habe (Fest: Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild. – In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 30. Dezember 1989).

10 Verfolgt man den Begriff „Wende“ wortgeschichtlich zurück, so stößt man u. a. darauf, daß Adolf Hitler dieses Wort immer wieder bemühte. Vgl. Mitteilung des „Völkischen Beobachters“ über die Rede Hitlers vom 3. Februar 1933, zitiert nach: Koselleck, Reinhart: Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg. – In: Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland/hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck. – 5. – Stuttgart, 1984, S. 786.

11 Habermas, Jürgen: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. – In: Habermas: Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII. – Frankfurt/M. 1990 (Edition Suhrkamp, N.F.; 633), S. 179–204, hier S. 181–186.

Einen ersten Versuch, die Begriffe Revolution und „Wende“ ineinander zu verschmelzen, unternahm der Leipziger Sozialhistoriker Hartmut Zwahr, als er ausführte:

„Wende oder Revolution? Die friedliche Revolution brachte die Wende! Sie führte den Machtwechsel und über diesen schließlich den Systemwechsel herbei. Daß es ein bloßer Zusammenbruch war, kann ich aus dem Erleben heraus nicht bestätigen. Wer die Wucht der Demonstrationen nicht gespürt und deren langen Rhythmus nicht verarbeitet hat, dem ist Wesentliches entgangen“.¹²

Letztlich geht Zwahr davon aus, daß die Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR als Revolution zu bezeichnen sind, als eine Revolution, die demokratisch und nationalstaatlich verlief, jedoch nicht gewaltfrei, wenn auch unblutig.¹³ Diese Revolution war nicht nur politisch, sondern auch sozial und erfüllte damit Kriterien, die schon Karl Marx aufgestellt hatte:

„Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die alte Gewalt, insofern ist sie politisch.“¹⁴

Auch eine Anwendung von Ossip K. Flechtheims schon klassischer Definition: „Ziel der Revolution ist eine tiefgehende Umgestaltung der politischen, sozialen oder ökonomischen Verhältnisse in verhältnismäßig kurzer Zeit. Die großen Revolutionen der Weltgeschichte waren meist von blutigen Ereignissen begleitet, doch kann man Revolution nicht einfach mit blutigem Aufstand oder Bürgerkrieg gleichsetzen.“¹⁵ auf die DDR ist möglich. Auch in diesem Falle wird die Marxsche Auffassung, daß Revolutionen die „ruckartige Nachholung veränderter Entwicklungen“ seien und daß sie die Rückständigkeit juristischer und politischer Institutionen, der Gesellschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung hinter der industriell-technischen Entwicklung aufholen¹⁶, bestätigt. Das gilt auch für die Bestimmung von Revolution als eines Vorgangs, der letztlich der Erneuerung bzw. Weiterentwicklung des Menschheitsfortschritts dient¹⁷, und die Meinung, daß Revolutionen systemimmanent nicht eliminierbare Funktionsstörungen aufheben, unlösbare Widersprüche oder Konflikte überwinden.¹⁸ So brachte die Revolution zumindest potentiell auch für den Osten Deutschlands die „Verbreiterung von Mobilitäts-, Partizipations-, Selbstbestimmungs-

12 Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung: Leipzig und die Revolution in der DDR. – Göttingen, 1993, S. 9.

13 Ebenda, S. 166.

14 Marx, Karl: Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen. – In: Marx/Engels: Werke. – Bd. 1. – Berlin, 1956, S. 409.

15 In: Staat und Politik: Neuausgabe/hrsg. von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher. – Frankfurt/M., 1971 (Fischer Lexikon; 2), S. 297.

16 Ebenda.

17 Fichter, S. 30, vgl. Griewank, Karl: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. – Frankfurt/M., 1969, S. 17 ff.

18 Meyer, S. 170.

und Selbstfindungschancen“ – für den Revolutionstheoretiker Georg P. Meyer ein untrügliches Revolutionsmerkmal.¹⁹

Methodisch weiterführend könnte die Beschreibung der einzelnen Phasen dieser Revolution und ihrer jeweiligen sozialen Trägerschaft sein. So kann man hier wohl eine erste demokratische – überwiegend von Intellektuellen außerhalb der staatlichen und SED-Institutionen²⁰ getragene – Phase von Ende September bis zur Maueröffnung am 9. November von einer nationalrevolutionären Phase unterscheiden, die verstärkt vom Engagement der Arbeiter bestimmt wurde und sich bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 erstreckte.²¹ Beide Phasen schloß die Staatsliquidierung durch das revolutionäre Subjekt ab.

In einer anderen Sicht verlief die Revolution in drei Phasen:

1. In einer „einschleichenden“ Phase vermieden die Gegner des Regimes das Überschreiten von Hemmschwellen der SED, das deren Gegenschlag mit Waffengewalt provoziert hätte. Das konnte in erster Linie durch die Betonung des Willens zum Dialog, zur Demokratisierung und zu Reformen des Realsozialismus erreicht werden. In dieser Phase war die SED-Führung außerstande, die Gefährdung des Gesamtsystems zu erkennen.²²
2. In ihrer zweiten Phase gewann die Revolution Schwung, und die Möglichkeit der Zerstörung des Herrschaftsmonopols der SED wurde erkennbar. Warum die Staatspartei hier nicht mit ihrem Gewaltmonopol gegen ihre Gegner vorging, ist erst in Ansätzen geklärt.
3. Die Perspektive der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erschien in einer abschließenden Revolutionsphase am Horizont und wurde gezwungenermaßen selbst von der SED aufgenommen.

Eine gänzlich andere Periodisierung vertritt allerdings der ehemalige Landesbischof der Ostregion der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Gottfried Forck, für den die Revolution letztlich mit der auf die Stasi-Aktion gegen die Umweltbibliothek folgenden Solidaritätswelle im November/Dezember 1987 begann.²³ Mahnwachen, Fürbittandachten für Inhaftierte und gewaltlose Demonstrationen seien jetzt von breiten Kreisen der Protestanten als etwas legitim

19 Ebenda, S. 170.

20 Unbewiesen und auch falsch erscheint dagegen Jens Reichs Meinung, daß der Herbst 1989 eine Protestbewegung der Intelligenz war (Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht. – Berlin, 1993, S. 11). Gleichzeitig und widersprüchlich spricht Reich von der Komplizenschaft der Intelligenz mit dem Kommandosystem und davon, daß ihre Angehörigen „natürlich“ zu einem erheblichen Teil überzeugte Anhänger des Systems waren (Ebenda, S. 14, 50).

21 So auch Heinrich August Winkler in seiner Rezension des Buches von Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung. – In: Die Zeit vom 6.8.1983. Ähnlich Reich, Jens: Rückkehr nach Europa. Bericht zur neuen Lage der deutschen Nation. – München; Wien, 1991. – S. 181–182.

22 Reich: Rückkehr, S. 181–182.

23 Forck, Gottfried: Kerzen im Advent 1987. Der Sturm auf die Umweltbibliothek klärte die Fronten. – In: Die Kirche, Berlin, (1993) 49.

Kirchliches angesehen worden und hätten ihren Höhepunkt im Herbst 1989 gefunden. Forck bezieht hier offensichtlich die einer Revolution vorausgehende revolutionäre Situation – in der eine unterdrückte Bevölkerungsmehrheit sich mit ihren bisherigen Lebensumständen nicht mehr abfinden will oder kann und die herrschende Oberschicht zunehmend parasitär geworden ist – in seine Betrachtung mit ein. Auch dies scheint für die Situation in der DDR zulässig. Eine andere Möglichkeit, sich der Herbstrevolution von 1989 zu nähern, ist es, nach der den Realsozialismus ablösenden Gesellschaftsform zu fragen. Hier bietet es sich an, von der quasi offiziellen Beschreibung des Begriffs der Revolution durch SED-Wissenschaftler auszugehen:

„Unter einer sozialen Revolution versteht man eine qualitative Umwälzung in der Gesellschaft, in deren Ergebnis eine historisch überlebte ökonomische Gesellschaftsformation durch eine andere, progressive abgelöst wird.“²⁴

In für die Autoren dieses Satzes sicher überraschender Weise traf auch das für den Übergang vom Realsozialismus der DDR zur Marktwirtschaft zu. Einer solchen Einschätzung steht auch nicht entgegen, daß die DDR politisch und wirtschaftlich derartig verkommen war, daß kaum noch ein Anstoß durch Massenaktionen erforderlich war, um sie zum Zusammenbruch zu bringen. Die Spezifik entstand allerdings dadurch, daß in der DDR von einem als progressiv ausgegebenen Irrweg zu einer zumindest für Europa normalen Entwicklung zurückgekehrt wurde. Erst die Zukunft wird dagegen zeigen, ob Theoretiker wie Ehrhart Neubert recht behalten, wenn sie meinen, daß die DDR-Revolution als Revolution eines neuen Typus über sich selbst hinaus auf einen „anstehenden globalen, politischen Paradigmenwechsel“ und eine „notwendige Umwälzung der industriegesellschaftlichen Lebensweise und Organisationsformen“ verweist.²⁵

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage, wie sich der Zusammenbruch der DDR in den Gesamtkontext des 20. Jahrhunderts einreicht. War es das Jahrhundert der Weltkriege, der totalitären Herrschaftssysteme oder das eines endgültigen Sieges der sozialen Marktwirtschaft und der westlichen Demokratien?²⁶

Eine weitere Klärung solcher Fragen erfordert die Einbeziehung aller ost- und südosteuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 in die Betrachtung darüber, ob durch sie eine von der Oktoberrevolution 1917 in Rußland ausgehende gesellschaftliche Fehlentwicklung beendet worden sei.²⁷ Wenn auch eine endgültige Antwort hier wohl noch nicht möglich ist, so ist

24 Kleines Politisches Wörterbuch: Neuausgabe 1988. – 7., vollst. überarb. Aufl. – Berlin, 1988, S. 838.

25 Neubert: Revolution, S. 5–6.

26 Vgl. dazu beispielsweise: Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? – München, 1992; Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte/hrsg. von Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel, Hans-Ulrich Thamer. – Frankfurt/M. und Berlin, 1993.

27 Vgl. dazu: Zwahr, S. 166; Ash: Namen, S. 12.

doch klar, daß die Periode sowjetrussischer Vorherrschaft (das System von Jalta) erst einmal aufgehoben und die Voraussetzungen für einen erheblichen Modernisierungsschub geschaffen worden sind. Die nichtrussischen Völker im Osten Europas haben jetzt die Chance, von Objekten zu Subjekten der Geschichte zu werden.²⁸

Abschließend sei noch auf den Zugang des amerikanischen Revolutionshistorikers Charles Tilly zu unserer Fragestellung verwiesen, der meint, daß die Beantwortung der Frage „Revolution“ oder „Nichtrevolution“ letztlich davon abhängt, ob der Analytiker einen weiten oder einen engen Revolutionsbegriff verwendet.²⁹ Tilly selbst betrachtet jede vom Volk erzwungene Veränderung des Herrschaftssystems in einem Land als „Revolution“ und kommt so zu einem positiven Befund, der auch für die DDR gültig ist. Hier trifft er sich mit den Untersuchungen Georg P. Meyers, der „Revolution“ als „eine qualitative Veränderung der konstitutiven Strukturen einer Gesellschaft ... oder einzelner gesellschaftlicher Sektoren ..., eine Überwindung ihrer auf historische Dauer stabilen internen Grenzen, die den je in ihnen enthaltenen, zugleich aber über sie hinausweisenden Möglichkeiten an Zustandsänderungen gezogen sind.“ definiert.³⁰

Auch die von Tilly weiterhin angenommene *conditio sine qua non*: „Revolution“ ist mit Gewaltanwendung verbunden³¹, trifft auf Ostdeutschland zu. Hier wurde im Herbst 1989 nämlich – entgegen einer weit verbreiteten Auffassung – durchaus Gewalt angewendet, allerdings floß dabei kein Blut, und es kam wohl kaum eine Person zu Schaden. Auch Tillys Auffassung, daß in einer Revolution mindestens zwei Machtblöcke den Anspruch auf die Macht im Staate stellen und dabei jeweils von Teilen der Bevölkerung unterstützt werden, sowie daß die bisher Herrschenden nicht in der Lage sind, die Ansprüche ihrer Herausforderer zu unterdrücken³², war in Ostdeutschland gegeben. Es ist allerdings noch näher zu klären, ab welchem Zeitpunkt die Ansprüche der Bürgerbewegung und der (reformierten?) SED unvereinbar waren. Hier könnte wohl eine Analyse der Auseinandersetzungen am Runden Tisch³³ weiterhelfen. Auch Tillys Auffassung, daß ein revolutionäres Ergebnis

28 Ash: Namen, S. 39.

29 Tilly, Charles: Die europäischen Revolutionen. – München, 1993, S. 23. Schon Koselleck verwies auf die Zweigesichtigkeit des Revolutionsbegriffs, wenn er anmerkte, daß Revolution zum einen einen mit Gewalt verbundenen Aufstand bezeichnen kann, der einen Wechsel der Verfassung herbeiführt, zum anderen aber auch einen langfristigen Strukturwechsel bedeuten kann (Koselleck: Revolution, S. 653).

30 Meyer, S. 169.

31 So auch Koselleck: Revolution, S. 653.

32 Tilly, S. 30, 32.

33 Auf die Runden Tische kann hier nicht weiter eingegangen werden. Weitere Forschungen werden durch die geplante Edition der Protokolle des Zentralen Runden Tisches durch Uwe Thaysen angeregt werden. Vgl. auch: Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?: Der Weg der DDR in die Demokratie. – Opladen, 1990.

dann gegeben ist, wenn die politische Macht auf eine neue Koalition übergeht, die auch Teile der alten herrschenden Kräfte enthalten kann, wird von den Ereignissen in der DDR – spätestens mit der Regierungsbildung nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 – bestätigt.³⁴ Dagegen irrt Tilly, wenn er meint, daß die revolutionäre Koalition über starke militärische Kräfte verfügen müsse. Notwendig ist dagegen, daß die Kräfte der Herrschenden so moralisch unterminiert sind, daß sie nicht handlungsfähig sind oder daß sie keinen Einsatzbefehl bekommen. In der DDR war darüber hinaus von besonderer Bedeutung, daß die Besatzungsmacht nicht einschritt.

Letztlich ist es bei der Entscheidung, für die Ereignisse des Herbstes 1989 und der ersten Monate des Jahres 1990 in der DDR den Begriff „Revolution“ zu verwenden, so, wie es Reinhart Koselleck für jede Verwendung des Wortes „Revolution“ beschrieb: es handelt sich hier um einen Grundbegriff, der ohne Parteinahme nicht verwandt werden kann.³⁵ Für seine Anwendung sprechen jedoch die grundstürzenden politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen, die auf den Herbst 1989 folgten, das Wirken von großen Volksmassen, die Anwendung von Gewalt (gegen Sachen) und die Unfähigkeit der bisher regierenden Kaste, adäquat zu reagieren. Bei weiterer Forschung wird es unumgänglich sein, von einer einseitigen Betrachtung der großen Städte wegzukommen und die Ereignisse in den Klein- und Mittelstädten zu würdigen. Nur durch deren Beteiligung an der Herbstrevolution konnte diese unumkehrbar gemacht werden.³⁶

I. *Die DDR-Führung und die Krise der DDR*

Die Frage, woran die DDR letztlich zugrunde ging, ist im Rahmen dieser Expertise nicht zu beantworten, stellt aber weiterhin eine Herausforderung für die Forschung dar. Aus heutiger Sicht ist zuerst der ökonomische Konstruktionsfehler des Realsozialismus zu nennen, den dessen Führer nicht erkannten bzw. nicht korrigieren konnten.³⁷ In der DDR kam noch dazu, daß wegen der Schimäre der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik die grundlegenden Investitionen in die Volkswirtschaft versäumt wurden. Dagegen wuchsen die Ausgaben für gesellschaftliche Randgebiete bzw. für den Unterdrückungsapparat ins Maßlose, und die Umwelt war einer rücksichtslosen Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt. Schließlich lebte

34 Tilly, S. 38.

35 Koselleck: *Revolution*, S. 786.

36 Vgl. Mühlhausen 1989/1990: *Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt*/hrsg. von Josef Lütke-Aldenhövel, Heinz Mestrup, Dietmar Remy. – 2. Aufl. – Münster, 1993.

37 Zwar geht beim Vertreten dieser Meinung auf Karl Korsch zurück, der schon 1912 erkannte, daß der Sozialismus „eine ausreichende Konstruktionsformel für die Organisation der Volkswirtschaft noch nicht gefunden habe.“, S. 12.

die DDR seit Anfang der siebziger Jahre überwiegend von der „ökonomischen Substanz der untergegangenen bürgerlichen Gesellschaft beziehungsweise von den Früchten der stalinistischen Aufbauphase unter Ulbricht.“³⁸

Eine Korrektur dieser Fehlentwicklung verhinderten die Parteidisziplin der SED, die heillose Verschmelzung von Staat und kommunistischer Partei und das Fehlen von Grundelementen einer liberalen Ordnung wie Öffentlichkeit, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Pluralismus und freie Wahlen.³⁹ Zu der Unfähigkeit, den Realsozialismus mit Freiheit und Demokratie zu verbinden, kam 1989 das Wegbrechen des sowjetischen/osteuropäischen Hinterlandes.⁴⁰ Die DDR scheiterte in dem Augenblick, als eintrat, was Breschnew einmal mit brutaler Offenheit zu Honecker gesagt hatte: „Erich, ich sage Dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke nicht existieren.“⁴¹

Die innere Krise hatte 1989 die wirtschaftliche und soziale Ordnung, den Herrschaftsapparat, das Wertesystem, die Aufstiegsmechanismen, die Lebensweise, die ideologische Legitimation und letztlich den Staatsapparat erfaßt.⁴² Das Ende der DDR als Geschöpf des Kalten Krieges war unvermeidlich, offen war nur, wann und unter welchen Umständen es eintreten würde.

Ausgehend von dieser Situation ist weiterhin der Frage nachzugehen, wann die SED-Führung erkannte, daß sich die DDR in einer ihr Überleben gefährdenden Krise befand bzw. sich auf eine Revolution zubewegte.⁴³ Hier gibt es inzwischen zahlreiche Antworten, die aber alle unter dem Gesichtspunkt zu prüfen sind, daß sie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus entstanden bzw. veröffentlicht worden sind. So verwies der SED-Wirtschaftsexperte Werner Krolkowski in einem allerdings auch erst am 16. Januar 1990 gefertigten

38 Fichter, S. 173.

39 Zwahr, S. 109.

40 Zum Prozeß der Aufgabe der DDR durch die Sowjetunion u. a.: Beschloss/Talbott: „Wir betrachten Sie nicht mehr als Feind“. – In: Der Spiegel, Hamburg, 47 (1993) 17, S. 140–159.

41 Zitiert nach Bender, S. 20.

42 Reißig, Rolf: Der Umbruch in der DDR und das Scheitern des „realen Sozialismus“. – In: Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit/hrsg. von Rolf Reißig und Gert-Joachim Glaebner. – Berlin, 1991, S. 12–19.

43 Vgl. dazu u. a. die Aussagen von Mitgliedern des SED-Politbüros vor einer Schiedskommission der SED/PDS im Januar 1990. Auszüge: „Ich hab’ an den geglaubt“. – In: Der Spiegel, Hamburg, 46 (1993) 38, S. 86–104. Zur Ermittlung des Meinungsbildes in der DDR: Ebert, Rosel; Ebert, Georg: Meinungsforschung in der Politik der SED-Führung – ein Beitrag zur Geschichtsdebatte. – In: Die Neue Zeit, Berlin, (1993) 11, S. 26–32; Eckert, Rainer: Geheimdienstakten als historische Quelle. Ein Vergleich zwischen den Stimmungsberichten des Sicherheitsdienstes der SS und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. – In: Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft/hrsg. von Bernd Florath, Armin Mitter, Stefan Wolle. – Berlin, 1992, S. 263–296. Zur Funktionsweise der SED-Führungsspitze: Uschner, Manfred: Die zweite Etage. Funktionsweisen eines Machtapparates. Berlin, 1993.

Papier darauf, daß Breschnew Honecker schon 1979 angesichts der Westverschuldung der DDR vorgeworfen hätte, diese in den Bankrott zu führen.⁴⁴ Für den Berliner SED-Führer Günter Schabowski⁴⁵ war im nachhinein wohl schon das Jahr 1977 der Wendepunkt zum Niedergang der DDR, als von Honecker, Mittag und Stoph verkündet wurde, daß nicht die Zahlungsbilanz, sondern die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED über die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für „sozialistische“ Wirtschaftspolitik entscheidend wären.⁴⁶ Damit waren die rationalen Kriterien einer auch nur einigermaßen geregelten Wirtschaft ausgehebelt. Der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach stellte in einem Buchmanuskript schon 1979 die Frage, ob in der DDR im Zuge der Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht mehr verbraucht als erwirtschaftet werden würde, und trug diese Auffassung u. a. schriftlich Honecker vor.⁴⁷ Als Ergebnis dieses Vorstoßes konnte Gerlachs Manuskript nicht gedruckt werden. Gerlachs Erfahrungen mit der SED-Führungsspitze und mit Honecker ließen ihn zu dem Schluß kommen, daß dort bis in den Herbst 1989 hinein nicht verstanden wurde – und wohl auch nicht verstanden werden konnte –, was in der DDR wirklich geschah.⁴⁸ Daran änderte auch die Einsicht des Politbüromitglieds Werner Krolikowski vom 30. März 1983, daß die Zahlungsunfähigkeit der DDR bevorstehe⁴⁹, nichts – genauso wenig wie der Versuch des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, 1988 allen Politbüromitgliedern die kritische wirtschaftliche Situation vor Augen zu führen.⁵⁰ Dazu hatte Schürer in einer schriftlichen Ausarbeitung die Beendigung der Rieseninvestitionen in die Mikroelektronik zugunsten anderer Industriezweige und den Abbau bestimmter Subventionen gefordert. Auch diesen Ansatz zur Reform ihrer Wirtschaftspolitik ignorierte die SED-Führung. Gerlachs Sicht auf die bewegungsunfähige SED-Spitze wird auch von Schabowski gestützt, aus dessen Erinnerungen hervorgeht, daß diese – trotz ihrer Kenntnis von der seitens Ungarns beabsichtigten Grenzöffnung –

44 Handschriftliche Aufzeichnungen Werner Krolikowskis vom 16. Januar 1990. – In: Przybylski, Peter: Tatort Politbüro 1. Die Akte Honecker. 2. Aufl. – Berlin, 1991. – S. 327. Das Schuldenproblem wurde offensichtlich ab 1972 von bestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitikern der DDR wie der Präsidentin der Staatsbank Grete Wittkowski oder dem Chef der Plankommission Gerhard Schürer immer wieder (wenn auch vorsichtig) aufgeworfen, ohne bei Honecker und dem Politbüro der SED eine Abkehr vom Kurs der sich inflationär erhöhenden Staatsverschuldung erreichen zu können. Vgl. Przybylski, Peter: Tatort Politbüro 2. Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski. – Berlin, 1992, S. 49–74.

45 Bei Aussagen führender SED-Funktionäre besteht natürlich immer das Problem der „retrospektiven Selbstrechtfertigung“, vgl. dazu Ash: Namen, S. 72.

46 Schabowski, Günter: Der Absturz. – Reinbek bei Hamburg, 1992 (rororo Sachbuch; 9332), S. 123. Nach 1989 behauptete er auch, schon in den siebziger Jahren von sowjetischen Journalisten den Vorwurf gehört zu haben, die Honeckersche Sozial- und Wirtschaftspolitik sei finanziell nicht gedeckt, und es bestünde die Gefahr der Abhängigkeit vom Westen (Ebenda, S. 206).

47 Gerlach, Manfred: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. – Berlin, 1991, S. 150–151.

48 Ebenda, S. 290

49 Notiz Werner Krolikowskis zur inneren Lage in der DDR vom 30. März 1983. – In: Przybylski: Tatort 1. – S. 351.

50 Ebenda, S. 293.

von den Ereignissen im August und September 1989 überrascht wurde und sich unfähig zeigte, auch nur einigermaßen angemessen zu reagieren.⁵¹ Da half es auch nicht, daß Schabowski meinte, daß zu diesem Zeitpunkt „die Menschen“ in der DDR den Sozialismus nicht beseitigen, sondern reformieren wollten.

Weitere Äußerungen liegen vom SED-Wirtschaftslenker Günter Mittag vor, der nach 1989 behauptete, daß sich der ökonomische Kollaps schon 1981 andeutete, 1983 offenbar wurde, und daß er selbst 1987 erkannt habe, daß jede Chance verspielt sei.⁵² Spätestens jetzt hätte auch den verbohrtesten Dogmatikern in der SED-Führung klar sein können und müssen, daß von der Sowjetunion eine Rettung der DDR-Wirtschaft nicht zu erwarten war, und daß diese nur aus dem Westen, das heißt aus der Bundesrepublik, kommen konnte.⁵³ Aber selbst Mittags Politbürokollege Egon Krenz meinte, daß der DDR nur eine „Fehlerdiskussion“ gefehlt habe, die die „Entstellungen“ des Sozialismus hätte „aufarbeiten“ müssen.⁵⁴ Hier ist zu fragen, ob der „reale Sozialismus“ in der DDR (wie auch in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Ländern) entstellt oder zu seinem wahren Gesicht gebracht wurde. Dem Staatssicherheitsminister Erich Mielke jedenfalls war Anfang 1989 klar, daß sich die DDR zwar in einer „komplizierten Lage“ befand, größere Probleme sah er jedoch in den anderen „sozialistischen“ Ländern. In der DDR ging er von einem „immer engeren Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk und einer hohen politischen Stabilität“ und der „jederzeit zuverlässig gewährleistet[en]“ staatlichen Sicherheit aus.⁵⁵

Honecker behauptete dagegen später, 1987 Informationen aus Washington und vom DDR-Botschafter in Moskau erhalten zu haben, daß die DDR der Preis für das europäische „Haus“ sein sollte, und daß im gleichen Jahr die Militärdoktrin der Sowjetunion bereit war, die DDR zur Konfliktverhinderung preiszugeben.⁵⁶ Hier wird ein Konflikt zwischen Honecker und Gorbatschow deutlich, der bei einem Gespräch – zur Vorbereitung des Gipfels von Reykjavik – zwischen den Führern von SED, DKP, SEW und KPdSU am 3. Oktober 1986

51 Schabowski: Absturz, S. 221–222. Vgl. dazu auch die Unterlagen zu den Politbürositzungen in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAMPO/BARCh), die belegen, daß sich das Politbüro über die kritische Situation von SED und DDR bis zum Oktober 1993 nicht im Klaren war bzw. die notwendige Klarheit verdrängte.

52 „Es reißt mir das Herz kaputt.“ – In: Der Spiegel, Hamburg, 45 (1991) 37, S. 88, 92.

53 Bender, Peter: Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?. – 2. Aufl. – Hamburg, 1993. – (Luchterhand Essay; 11), S. 64–65.

54 Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution; Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. – Wien, 1990.

55 Erich Mielke (MfS) und Leonid Schebarschin (KGB) über den drohenden Untergang des sozialistischen Lagers. Protokoll eines Streitgesprächs vom 7. April 1989/eingeleitet von Walter Süß. – In: Deutschland Archiv, Köln, 26 (1993) 9, S. 1020, 1024, 1028. Schebarschin war Stellvertreter des Vorsitzenden des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit und Chef von dessen für Spionage zuständiger 1. Hauptabteilung.

56 Honecker, Erich: Zu dramatischen Ereignissen. – Hamburg, 1992, S. 7, 9. Andert, Reinhold; Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. – 3. Aufl. – Berlin und Weimar, 1991, S. 20–21.

in Moskau aufbrach. Hier forderte Honecker, daß die Führung der KPdSU Äußerungen⁵⁷ wie die des sowjetischen Schriftstellers Jewgeni Jewtuschenko in bundesdeutschen Medien, er sei für die deutsche Einheit, unterbinden solle. Gorbatschow war dazu nicht bereit, sicherte Honecker aber zu, daß er alles tun werde, damit sich die „DDR als deutscher Arbeiter-und-Bauern-Staat, als selbständiger sozialistischer Staat“⁵⁸ entwickeln und stärken könne. Damit konnte er jedoch offensichtlich Honeckers Mißtrauen, das schon Ende 1986 in eine prinzipielle Ablehnung der sowjetischen Außenpolitik umschlug, nicht mehr besänftigen. Nur als Fußnote sei angemerkt, daß nach der Auflösung des Politbüros und des Zentralkomitees der SED eine Gruppe um Egon Krenz und Günter Schabowski im Auftrag des die SED leitenden Arbeitsausschusses für den letzten Parteitag am 8. Dezember einen „Rechenschaftsbericht“ verfaßte, in dem es hieß, daß nach dem XI. Parteitag von 1986 die Chance vergeben worden wäre, zu einer Politik zu gelangen, die sowohl an den Interessen der Menschen als auch am Erhalt der DDR orientiert gewesen wäre.⁵⁹

II. *Veränderungen in der internationalen Konstellation und ihre Auswirkungen auf die DDR*

Weiterer Klärung bedarf die Frage, welche Auswirkungen Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses auf die Stabilität der DDR und damit auch auf die Entwicklung der Opposition in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatten. Es ist zu fragen, welche Bedeutung es hatte, daß die USA in der ersten Jahreshälfte 1989 auf einen Kurs umschwenkten, den Präsident Bush am 31. Mai 1989 in die Worte kleidete: „Europa muß einig werden und frei.“⁶⁰ Dies konnte in Ost- und Ostmitteleuropa nur als Aufruf, zumindest zur Systemreform, verstanden werden. Offen ist natürlich die Frage, ob und ab wann die USA-Administration ernsthaft mit einer solchen revolutionären und tiefgreifenden Entwicklung rechnete, wie sie dann Osteuropa grundstürzend veränderte. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die in ihren Memoiren zwar immer wieder ihren Antikommunismus und den Erfolg der Strategie des Westens, den Kommunismus zu bekämpfen und gleichzeitig den eigenen Frieden und die eigene Sicherheit zu wahren,

57 Zu den Gesprächen zwischen Honecker und Gorbatschow vgl. Küchenmeister, Daniel: Wann begann das Zerwürfnis zwischen Honecker und Gorbatschow? Erste Bemerkungen zu den Protokollen ihrer Vier-Augen-Gespräche. – In: Deutschland Archiv, Köln, 26 (1993) 1, S. 30–40

58 Ebenda, S. 39.

59 In: Schabowski: Absturz, S. 179–193, hier S. 180. Sowjetische Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR geht wohl schon aus die Jahre 1974 und 1975 zurück. Vgl. Przybylski: Tatort Politbüro 2, S. 58.

60 Beschloss, Michael R.; Talbot, Strobe: „Hey, der Bursche ist die Perestroika.“ – In: Der Spiegel, Hamburg, 47 (1993) 16, S. 160.

betont⁶¹, scheint aber trotzdem vom wirklichen Lauf der Geschichte überrascht worden zu sein. So erkannte sie erst im Spätsommer 1989 „erste Anzeichen dafür, daß in Osteuropa der Zusammenbruch des Kommunismus unmittelbar bevorstand.“⁶²

Diese – für eine Politikerin, der alle Informationskanäle einer Großmacht zur Verfügung standen – erstaunliche Blindheit kontrastiert mit der Sorge, die sie ab September 1989 beim Gedanken an die deutsche Einheit erfaßte. Hier interessiert nicht, daß alle ihre Versuche, die Wiedervereinigung (die in Thatchers Sicht von allen Nachbarn Deutschlands abgelehnt wurde) zu verhindern, scheiterten, sondern das hiermit verbundene illusionäre Denken. Dies wird besonders deutlich in Thatchers Ansicht, daß die DDR als eigenständiger Staat bestehen bleiben könnte, in dem sich „bald eine wahrhafte Demokratie entwickeln würde.“⁶³ So bleibt ihr nur, den Ostdeutschen politische Unreife zu bestätigen, die sich in Form von Neonazismus und ausländerfeindlichem Extremismus über ganz Deutschland ausbreiten würde. Die Haltung der westlichen Staaten zum Zusammenbruch des Realsozialismus, ihr Kenntnisstand über osteuropäische Entwicklungen, ihre Einflußmöglichkeiten und ihr Einfluß sind mit den bisher zugänglichen Quellen seriös nicht zu erforschen. Hier liegt in den nächsten Jahren ein wichtiges Forschungsfeld.

Offen ist auch weiterhin, wie die verschiedenen relevanten Kräfte der Bundesrepublik auf das Heranreifen einer revolutionären Krise in der DDR reagierten. Klar ist schon jetzt, daß ein großer Teil des Führungspersonals der Sozialdemokratie die Anzeichen dafür – „engstirnig“ und unter einem nationalen Trauma leidend, wie Tilman Fichter meint – negierte.⁶⁴ So hatte noch im August 1987 – wohl in Verfolgung einer von der KSZE-Schlußakte geprägten Politik – die Grundwertekommission der SPD in einer gemeinsamen Erklärung mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED der DDR „Entwicklungs- und Reformfähigkeit“ zuerkannt.⁶⁵ Offensichtlich war der Wille zur Gleichgewichtspolitik und zur Entgegensetzung von „Frieden“ versus „Freiheit“, bei Vernachlässigung der Freiheit, weit verbreitet. Egon Bahr verteidigte noch bei seiner Anhörung vor der Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland am 3. November 1993 seine Auffassung, daß es bis 1989 nur Verhandlungen mit der SED-Führung habe geben können, mit der sehr spät entstandenen Opposition hätte dagegen nichts erreicht werden können. Der Schlüssel für Veränderungen in den deutsch-deutschen Beziehungen lag für

61 Thatcher, Margaret: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen. – 2. Aufl. – Düsseldorf (und a.), 1993. – S. 1063.

62 Ebenda, S. 1093.

63 Ebenda, S. 1097.

64 Fichter, S. 71; dazu auch Ash: Namen.

65 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. – In: Politik. Informationsdienst der SPD, (1987) 3, S. 6.

Bahr immer in Moskau.⁶⁶ Eine beschränkte Ausnahme war er nur bereit, gegenüber Solidarnosc einzuräumen, deren Bedeutung er zu spät erkannt habe. Auf dieser Linie lag auch, daß SPD-Politiker wie der Berliner Bürgermeister Walter Momper noch im Herbst 1989 auf die Reformkräfte in der SED setzten, daß dagegen diejenigen, die wie Gert Weisskirchen Kontakte zur DDR-Opposition pflegten, mit Schwierigkeiten in der West-SPD zu kämpfen hatten. Einer der ersten, der Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Existenz der DDR ausdrückte, war wohl Erhard Eppler in seiner Rede zum 17. Juni 1953 im Jahre 1989 vor dem deutschen Bundestag.⁶⁷

Umstritten ist die Haltung der CDU/CSU.⁶⁸ Bundeskanzler Kohl sagt über sich selbst, daß er zwar stets an der deutschen Einheit festgehalten habe, sich aber über die Stabilität und Lebensdauer der DDR täuschte.⁶⁹ Einen Wendepunkt in der europäischen Nachkriegsgeschichte sieht er mit dem NATO-Doppelbeschluß und der darauf folgenden Pershing-Stationierung, da jetzt der Sowjetunion klar wurde, daß sie ihren Hochrüstungskurs gegen den wirtschaftlich überlegenen Westen nicht werde durchhalten können. Von Bedeutung für die deutsch-deutschen Beziehungen war in Kohls Augen auch der neue Anlauf zu einer europäischen Einigung 1982/83. Zur gleichen Zeit gaben DDR-Vertreter in der Bundesrepublik die sich rapide verschlechternde Wirtschaftssituation ihres Staates zu. Dagegen meint der britische Historiker und Politologe Timothy G. Ash, daß Mitte der achtziger Jahre in Bonn Regierung **und** Opposition ihre Politik nicht mehr auf eine Veränderung in Ostdeutschland oder Osteuropa gerichtet hätten.⁷⁰

Ebenso zu klären wie die Haltung der Bundesregierung und der Opposition ist die der sowjetischen Führung. Nach Aussagen des damaligen Außenministers Schewardnadse⁷¹ hatte diese die DDR schon 1986 abgeschrieben.⁷² Schewardnadse nimmt für sich in Anspruch, im gleichen Jahr erkannt zu haben, daß das Problem der deutschen Einheit in kürzester Frist auf die Tagsordnung rücken

66 Schon in der Mitte der achtziger Jahre war Bahr der Meinung, daß die Deutschen zwar an ihrer Nationalität festhalten, den Gedanken an einen einheitlichen Nationalstaat jedoch aufgeben sollten. Vgl. Ash, Timothy G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990. – München und Wien, 1990, S. 93.

67 Manuskript Erhard Epplers für seine Zeitzeugenaussage auf der 52. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 3. November 1993 im Berliner Reichstag.

68 Vergl. das Protokoll der Diskussion mit dem Zeitzeugen Bundeskanzler Helmut Kohl auf der 53. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 4. November 1993 im Berliner Reichstag.

69 Ebenda. So sprach Kohl Gorbatschow im Juni 1989 beim dessen Besuch in Bonn zwar auf die deutsche Einheit an – aber als langfristige Perspektive. Auf diesen Besuch geht auch der Beginn der deutschen Hilfslieferungen zurück.

70 Ash: Jahrhundert, S. 79.

71 Sein Vorgänger Gromyko hatte noch 1983 die deutsche Teilung als unverrückbares Ergebnis der deutschen Geschichte betrachtet. Vgl. Kohl.

72 Ash, S. 163. Nach Schewardnadse waren er und Gorbatschow 1987 zur Einsicht gekommen, daß die deutsche Vereinigung unvermeidbar sei.

würde.⁷³ Dieser Gedanke sei in der Sowjetunion aber nicht öffentlich zu äußern gewesen, da hier die Meinung herrschte, nur eine fortwährende deutsche Teilung könne die Sicherheit der UdSSR garantieren und diese hätte sich diese mit 27 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg bitter genug erkämpft. Auch der außenpolitische Berater Gorbatschows, Anatoli Tschernajew, nahm später für sich in Anspruch, schon im Februar 1986 die deutsche Wiedervereinigung als unabwendbar bezeichnet zu haben, wenn die Sowjetunion eine langfristige strategische Initiative entwickeln wollte. Allerdings habe Gorbatschow beim Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker im Juli 1987 in Moskau noch die Position der Dauerhaftigkeit der deutschen Zweistaatlichkeit als Resultat der Geschichte eingenommen, über die vielleicht in hundert Jahren⁷⁴ neu entschieden werden könne und gleichzeitig gedroht:

„Ein anderer Standpunkt ist nicht annehmbar. Wenn irgend jemand einen anderen Weg gehen wollte, hätte das ernste Folgen. Das muß allen Beteiligten klar sein. Die beiden deutschen Staaten sind politische Realität.“⁷⁵

Diese Aussage hätte allerdings auch bedeutet, daß der Generalsekretär der KPdSU die deutsche Wiedervereinigung nicht generell ausschloß. An dieser Haltung hatte sich in Tschernajews Sicht auch bei Helmut Kohls Besuch im Oktober 1988 in Moskau nichts geändert, hier sei aber die „Männerfreundschaft“ zwischen dem Kanzler und Gorbatschow entstanden, die später bei der friedlichen Wiedervereinigung bedeutsam werden sollte.

Dagegen wandte allerdings der Deutschlandexperte Valentin Falin ein, daß er – selbst ein Gegner des Anschlusses der DDR an Bundesrepublik und NATO – in zahlreichen Beratungen mit Gorbatschow und dessen Berater Alexander Jakowlew in den Jahren zwischen 1986 und 1990 eine solche Haltung nicht wahrnehmen konnte.⁷⁶ Falin hatte 1987 und 1988 Gorbatschow und Jakowlew berichtet, daß die Verfallserscheinungen in der DDR intensiver und tiefer seien als bisher angenommen, und daß einige Beobachter meinten, die Situation könne „innerhalb der nächsten drei Monate“ außer Kontrolle geraten.⁷⁷ Dies habe aber nicht zu einer Neubewertung der Gesamtlage geführt. Jakowlew selbst meinte allerdings auch, daß Gorbatschow

73 Schewardnadse, Eduard: Die Zukunft gehört der Freiheit. – 2. Aufl. – Reinbek bei Hamburg, 1991, S. 233.

74 So auch Gorbatschow, Michail: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt. – Berlin, 1988. Hier heißt es mit Bezug auf den Weizsäcker-Besuch: Sie (die Berliner Mauer) ist eine im Ergebnis des zweiten Weltkrieges historisch entstandene Realität. ... Was hier geschichtlich entstanden ist, muß jetzt auch zur Geschichte gehören, darunter die Frage der deutschen Nation und die Formen für die staatliche Existenz der Deutschen. ... Was in hundert Jahren sein wird, darüber entscheidet die Geschichte.“ (S. 257–258)

75 Tschernajew, Anatoli: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen. – Stuttgart, 1993. – S. 144.

76 Falin, Valentin: Wink mit dem Zauberstab. Aus den „Politischen Erinnerungen“ Valentin Falins (II); Gorbatschow und die Wiedervereinigung Deutschlands – In: Der Spiegel, Hamburg, 47 (1993) 39, S. 186.

77 Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. – München, 1993. – S. 480.

schon seit 1985 mit der deutschen Vereinigung gerechnet habe, dies aber aus politischen Gründen nicht aussprach.⁷⁸ Während diese Äußerungen schwer verifizierbar sind, ist die vor einer Beratergruppe im Moskauer Außenministerium vorgetragene Meinung des Moskauer Politintellektuellen Wjatscheslaw Daschtschew, daß die Sowjetunion, um zu umfassenden kooperativen Beziehungen mit dem Westen zu kommen, eventuell die DDR opfern könnte, nachzuweisen.⁷⁹

Klar scheint auch zu sein, daß die Sowjetunion im Prozeß der grundlegenden Überprüfung aller bisher vertretenen politischen Positionen 1987 auch die Überwindung der deutschen Teilung in ihre Überlegungen einbezog. Darüber wurde Honecker zwar auch von der DDR-Botschaft in Moskau informiert, offiziell distanzierte sich die sowjetische Führung allerdings von solchen Plänen.⁸⁰

In Ost-Berlin scheint ein solcher Situation angemessenes Krisenmanagement nicht vorhanden gewesen zu sein, oder Erosion und Vergreisung waren schon so weit vorangeschritten, daß sie kein adäquates Reagieren mehr ermöglichten.

III. *Definition „Opposition“*

Im Zentrum der hier vorgelegten Untersuchung steht die Beantwortung der Frage, wie die ostdeutsche Opposition auf die Entstehung einer revolutionären Situation reagierte und wie sie sich im Verlauf der „Revolution“ verhielt. Dies wird in erster Linie an Hand ihrer programmatischen Äußerungen analysiert werden. Zuvor ist es jedoch nötig, den bisher noch nicht befriedigend definierten Begriff der „Opposition in der DDR“ näher zu umreißen. Auf den ersten Blick erscheint es so, als ob die schon aus dem Jahre 1957 stammende Definition Ernst Fraenkels auch weiterhin verwendet werden könnte:

„Opposition...ist das Bestreben von Vereinigungen, Gruppen, Cliques oder Einzelpersonen, Ziele zu verwirklichen, die mit denen der Träger politischer, wirtschaftlicher und sozialer Autorität im Widerspruch stehen...“⁸¹

Schnell wird aber klar, daß Fraenkel hier sehr allgemein blieb. Die Mehrzahl neuerer westlicher Publikationen schränkt im Gegensatz dazu den Begriff

78 Ash: Namen, S. 163

79 Ebenda, S. 164.

80 Ebenda, S. 164–165.

81 Staat und Politik, S. 226.

Opposition auf das parlamentarische System ein⁸², und diese erscheint [personalisiert] als „eine Gruppierung von Politikern, die einen von der Regierung abweichenden Standpunkt vertritt.“⁸³

Das Wirken dieser Politiker ist an die Gewährung elementarer demokratischer Grundrechte gebunden. Opposition wird gleichzeitig als Funktion einer regierungsfähigen Alternativregierung positiv begriffen.⁸⁴ Um einen für die Verhältnisse in der DDR und in Osteuropa anwendbaren Oppositionsbegriff zu erhalten, ist es jedoch notwendig, von der Fesselung an die „institutionelle Ebene der parlamentarischen Auseinandersetzung“ wegzukommen und „Widerstandsaktionen, Revolutionsversuche und terroristisches Verhalten gegenüber einem sozialen oder politischen Gesamtsystem“⁸⁵ einzubeziehen. Der Begriff „Opposition“ ist auch auf Gruppen anzuwenden, die in Ländern ohne parlamentarisches System und bürgerliche Grundrechte Widerstand leisten oder auch nur die Reform des jeweiligen Systems anstreben.

Bei einer noch weiteren Fassung des Oppositionsbegriffs kann zwischen zwei Ebenen differenziert werden. Zum einen ist Opposition der „Gegensatz oder Widerstand als soziales Verhalten“, zum anderen „die Gegnerschaft von Individuen, Gruppen, Parteien, Fraktionen usw. gegen die Regierung oder sogar die Verfassung eines politischen Systems.“⁸⁶ So scheinen „die parlamentarischen Oppositionsrechte qua Minderheitsrecht im parlamentarischen Prozeß funktional untrennbar mit dem allgemeinen Recht auf Opposition im außerparlamentarischen Bereich verbunden.“⁸⁷ Gleichzeitig ist zwischen systemimmanenter Opposition und Fundamentalopposition zu unterscheiden, und verschiedenen Autoren erscheint die parlamentarische Opposition als bisheriger Endpunkt der Oppositionsgeschichte.

Dies greift aber offensichtlich zu kurz, da weder die Erfahrungen im Nationalsozialismus/Faschismus noch in kommunistischen Diktaturen berücksichtigt werden. Hier war – den Kommunismus betreffend – zuerst nur die Opposition

82 So letztlich auch das DDR Handbuch, wenn Opposition als legale politische Gegnerschaft mit der Möglichkeit legaler Entfaltung erscheint. Wenn diese verfemt oder kriminalisiert werde, entstehe Widerstand. Vgl. DDR Handbuch/Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann. – 3., überarb. und erw. Aufl. – 2. M-Z. – Köln, 1985, S. 954, so auch: Staritz, Dietrich: Die SED und die Opposition. – In: Die SED in Geschichte und Gegenwart/hrsg. von Ilse Spittmann. – Köln, 1987 (Edition Deutschland Archiv), S. 78.

83 Beyme, Klaus von; Daniels, Robert V.: Opposition. – In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie/hrsg. von C. D. Kernig. – 4: Lenin bis Periodisierung. – Freiburg – Basel – Wien; 1971, Sp. 958.

84 Jäger, Wolfgang: Opposition. – In: Geschichtliche Grundbegriffe. – 4. – Stuttgart, 1978, S. 515. Darin wird selbst die außerparlamentarische Opposition in der alten Bundesrepublik der Jahre 1966 bis 1969 aufgenommen.

85 So Walter Euchner: Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung. – In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich/hrsg. von Walter Euchner. – Göttingen, 1993 (Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1566), S. 14–15.

86 Jäger, S. 469.

87 Ebenda, S. 470.

innerhalb der jeweiligen kommunistischen Parteien, das Abwechslertum oder die Fraktionsbildung berücksichtigt worden.⁸⁸ Später gingen verschiedene Autoren davon aus, daß sich in totalitären Systemen die Grenzen zwischen Widerstand, Revolution und Opposition verwischen würden.⁸⁹

Die relevanten Nachschlagewerke aus der DDR kannten die Begriffe „Opposition“ oder „Widerstand“ dagegen nicht bzw. bezogen sie ganz einseitig und ahistorisch auf weit zurückliegende historischen Perioden oder auf den Nationalsozialismus.⁹⁰ Opposition erschien den maßgebenden Gesellschaftswissenschaftlern in der DDR im „Realsozialismus“ entweder undenkbar, oder sie schwiegen aus anderen Gründen. So hieß es im letzten in der DDR erschienenen „repräsentativen“ Nachschlagewerk noch 1988:

„In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive soziale und politische Grundlage, denn die Arbeiterklasse . . . ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft.“⁹¹

Wenn man sich diese Situation vor Augen hält, dann ist es naheliegend, den Versuch zu unternehmen, die Ergebnisse der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus als heuristisches Modell auf die Opposition und die kollektiven Verhaltensweisen der Bevölkerung in der DDR anzuwenden.⁹²

So unterschied Richard Löwenthal bei seinen Untersuchungen von Widerstand im Nationalsozialismus zwischen dem bewußten politischen Kampf (Opposition, Widerstand), der gesellschaftlichen Verweigerung und der weltanschaulichen Dissidenz, die sich gegenseitig vielfältig überschneiden, im Kern jedoch alle gegen die institutionellen Monopole der herrschenden Partei – politische Macht, gesellschaftliche Organisation und Information – richteten.⁹³ Zur näheren Charakterisierung dieser Widerstandsformen führte er an:

Widerstand/Opposition: „Aktivitäten, die bewußt gegen die nationalsozialistische Parteidiktatur gerichtet waren, ihre Untergrabung und ihren schließlichen Sturz anstrebten und daher notwendig von vornherein illegal waren und dazu

88 Von Beyme/Daniels, Sp. 969–989.

89 So Jäger, S. 471.

90 Beispielsweise: Wörterbuch der Geschichte. – 2. L-Z. – Berlin, 1983, oder Kleines Politisches Wörterbuch: Neuausgabe 1988. – 7., vollst. überarb. Aufl. – Berlin, 1988.

91 Kleines Politisches Wörterbuch, S. 707.

92 Problematisch ist hier in erster Linie, daß die empirische Basis zur Erforschung des Verhaltens der Bevölkerung der DDR noch sehr schmal ist. „SED-eigene“ Meinungsbilder sind mit Vorsicht zu genießen. Vgl. Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED. – Köln, 1993.

93 Löwenthal, Richard: Widerstand im totalen Staat. – In: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945/hrsg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen. – Berlin und Bonn, 1984.

konspirativ betrieben werden mußten“⁹⁴, gesellschaftliche Verweigerung⁹⁵: „konkret, praktisch und relativ offen gegen die Eingriffe des Nationalsozialismus in das gesellschaftliche Leben und seine Organisationen“ gerichtet⁹⁶, weltanschauliche Dissidenz: „bewußte Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ in Teilen von Literatur, Kunst und Wissenschaft und die Hilfe für vom Regime Verfolgte.⁹⁷

Die Münchener Historiker Martin Broszat und Elke Fröhlich versuchten – ausgehend von wirkungsgeschichtlich ausgerichteten Untersuchungen des deutschen Widerstandes gegen Hitler – eine Kategorisierung, in der neben der auf den Sturz des Hitlerregimes gerichteten Fundamentalopposition der Begriff der Resistenz – inhaltlich nicht weit von der Löwenthalschen „Verweigerung“ entfernt – entscheidend ist. Sie verstanden Resistenz als wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft ohne Berücksichtigung der Motive, Interessen und tätig werdenden Kräfte (dazu gehören: Fortexistenz relativ unabhängiger Institutionen wie Kirchen, das Geltendmachen von dem Nationalsozialismus widerstrebenden sittlichreligiösen Normen, die Verteidigung institutioneller Kompetenzen, wirtschaftlich-sozialer Interessen oder rechtlicher, geistiger und künstlerische Maßstäbe). Diese Resistenz konnte in Formen des aktiven Zuwiderhandelns wie bei Streiks oder bei Kritik von der Kanzel herab, in zivilem Ungehorsam wie bei der Nichtbeteiligung an NS-Veranstaltungen, in der Aufrechterhaltung von unabhängigen Gesinnungsgemeinschaften oder in der Aufrechterhaltung innerer, den Nationalsozialismus ablehnender Haltungen einen Ausdruck finden.⁹⁸ Für Broszat und Fröhlich war die Resistenz die der totalitären Herrschaft am meisten gemäße, ihr also typologisch entsprechende Form der Opposition.⁹⁹ Diese Unterscheidung zwischen bewußtem Widerstand und Verweigerung im Alltag beruhte auf der Trennung von Staat

94 Löwenthal, S. 14. Detlev Peukert meinte im Anschluß an Peter Hüttenberger, daß von Widerstand nur zu sprechen sei, wenn die Handlungen, die bezeichnet werden sollen, auf den Sturz des NS-Regimes zielten (Peukert, Detlev: *Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich*. – 4. Aufl. – Berlin, 1986 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945; 13), S. 4; Hüttenberger, Peter: *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*. – In: *Theorie in der Praxis des Historikers*/hrsg. von Jürgen Kocka. – Göttingen, 1977 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 3), S. 117–139).

95 Löwenthals Verweigerung wurde von Martin Broszat als Resistenz bezeichnet (Broszat, Martin: *Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts*. – In: *Bayern in der NS-Zeit. IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt* T. C./hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Großmann. – München und Wien, 1981, S. 691–709; in überarbeiteter Form als Einführung in: Broszat, Martin; Fröhlich, Elke: *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus* – München und Zürich, 1987 (Serie Piper; 678), S. 11–73). Gegen diesen Begriff erhoben verschiedene Autoren vor allem wegen der Unübersetzbarkeit Einwände.

96 Ebenda.

97 Löwenthal, S. 14, 22.

98 Broszat/Fröhlich, S. 49. Für den Resistenzbegriff ist weiterhin die Betonung partieller und zeitweiliger, also nicht fundamentaler Opposition sowie das Neben- und Miteinander von Nonkonformität und Konformität wichtig (Ebenda, S. 52). Anders als Löwenthal rechnen Broszat/Fröhlich innere Emigration und Dissidenz im Bereich des Bildungswesens und der Kultur zur Resistenz (Ebenda, S. 64).

99 Broszat/Fröhlich, S. 72.

und Gesellschaft.¹⁰⁰ Da aber der Nationalsozialismus wie auch andere totalitäre Herrschaftssysteme gerade diese Differenzierung durch die Politisierung auch des Alltages zurückzunehmen versuchen, wird selbst der Widerspruch einer winzigen Gruppe als Systemgefährdung begriffen:

„Im selben Augenblick, in dem Repression, Einschüchterung und ideologische Indoktrination gegenüber einer noch so kleinen Gruppe versagen, besteht die Gefahr der Nachahmung. Aus jedem Steinchen kann eine Lawine werden, die das scheinbar so festgefügte System zum Einsturz bringt.“¹⁰¹

Hier liegt ein Grund dafür, daß in der DDR SED und Stasi nicht in der Lage waren, oppositionelle Bürgerechtsgruppen anders als „feindlich-negativ“ zu begreifen.¹⁰² Ähnlich verfahren die Nationalsozialisten, die „jede Kritik...als Angriff auf den Staat und seine Institutionen...“ bestimmten „und auf diese Weise...eine Definitionsmacht über oppositionelle Regungen und Strömungen“ etablierten.¹⁰³

Bei dem Versuch, die Einteilung Löwenthals und den Resistenzbegriff auf die Verhältnisse in Ostdeutschland anzuwenden, wird schnell klar, daß sich die Bestrebungen oppositioneller Gruppen in der DDR auch hier gegen die Allmachtsansprüche eines totalen Staates stellten. Genauso deutlich wird aber auch, daß es ihnen – hier ist nicht von der fundamentalen auf das Gesamtsystem ausgerichteten Gegnerschaft besonders „bürgerlicher“, christlicher und sozialdemokratischer Systemgegner in den vierziger und fünfziger Jahren die Rede¹⁰⁴ – nicht um den Sturz des Systems, sondern um

100 Peukert, S. 5.

101 Wolle, Stefan: Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989. – In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft/hrsg. von Eckhard Jesse und Armin Mitter. – Bonn, 1992 (Studien zur Geschichte und Politik; 308), S. 77.

102 Es ist allerdings äußerst problematisch, für die Beurteilung der DDR-Opposition die SED-Sicht heranzuziehen, wie es immer wieder versucht wird. Vgl. Vortrag von Mary Fulbrook: Was heißt Widerstand in der DDR? Potsdam, Zentrum für zeithistorische Studien, 13. Januar 1994. Zur Sicht der SED auf jede Kritik als staatsfeindlich vgl. Meckel, Markus: Friedensarbeit im Widerspruch. Zur Friedensarbeit in der DDR. – In: Stationierung – und was dann?/hrsg. von Ulrich Albrecht u. a. – Berlin, 1983, S. 62–79, hier S. 64. Vgl. auch Begriff „Feind“, in: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“. – Berlin, 1993 (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abt. Bildung und Forschung: Reihe A; 1/93, S. 110).

103 Schmäddecke, Jürgen; Steinbach, Peter: Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Zu einer Bilanz nach vierzig Jahren. – In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler/hrsg. von Jürgen Schmäddecke und Peter Steinbach. – 2. Aufl. – München und Zürich 1986 (Serie Piper; 685), S. XXII.

104 Zu deren Verfolgung vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968; Bericht und Dokumentation. – 2. Aufl. – Köln, 1990. Kleßmann meint – von einer anderen Begrifflichkeit ausgehend –, daß es bis 1956/57 in der DDR Opposition gegeben habe, danach fast ausschließlich nur noch Dissidenz einzelner oder kleiner Gruppen (Kleßmann: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, (1991) B 5, S. 53). Für ausschlaggebend dabei ist für ihn, daß Kritiker bis 1961 aus der DDR fliehen konnten, danach abgeschoben wurden. Staritz nennt als Gruppen des Fundamentalwiderstandes Betroffene der Entnazifizierung, der Enteignung des Großbesitzes in Industrie und Landwirtschaft, Mitglieder und Funktionäre demokratischer Parteien sowie Massenorganisationen. Vgl. Staritz, S. 78.

dessen Reform ging. Die oppositionellen Gruppen in der DDR stellten nicht die Machtfrage; inwieweit sie implizit den totalen Herrschaftsanspruch der SED in Frage stellten¹⁰⁵, ist weiter zu klären.

Wegen des gravierenden Unterschiedes zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus erscheint es angebracht zu sein, für die Gruppen in der DDR den Begriff „Widerstand“ zu vermeiden und stattdessen von „Opposition“ zu sprechen. Die genauere Abgrenzung von anderen Formen abweichenden Verhaltens erfordert noch weitere Forschungsarbeit. Bei der Beantwortung der Frage, ob Opposition in der siebziger und achtziger Jahren in der DDR typologisch der Opposition im Totalitarismus entsprach, sind passiver Widerstand, Arbeit-langsam-Protest, Streik, spontanes Aufbegehren gegen staatliche Willkür, „illegale“ Informationsbeschaffung und Weitergabe von Informationen an westliche Medien, Verbreitung oppositioneller Meinungen, „staatsfeindliche“ Gruppenbildung, Fluchthilfe und die Artikulation abweichender Meinungen differenziert zu erforschen.¹⁰⁶ Im Hinblick auf den Arbeitsalltag kommt auch der Begriff des „Eigen-Sinns“ bei Arbeitern ins Blickfeld.¹⁰⁷ Bei diesen Forschungen ist gemessen an der Löwenthalschen Definition für die Opposition in der DDR eine Mischung aus oppositionellem Verhalten, gesellschaftlicher Verweigerung und weltanschaulicher Dissidenz zu erwarten.

Ausgehend von den verschiedenen Formen widerständigen Verhaltens könnte außerdem der Versuch unternommen werden, die unterschiedlichen oppositionellen Gruppierungen in der DDR in ihrem Selbstverständnis, ihrem Entwicklungsweg und ihrer Programmatik sowie in ihrem Verhältnis zur ostdeutschen Bevölkerung zu beschreiben.¹⁰⁸ Dabei wird ähnlich wie bei der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus der Alltag der Ostdeutschen verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses rücken, und der Oppositionsbegriff ist zeitlich, gruppen- und regionalspezifisch zu untergliedern.¹⁰⁹ Es ist auch die Frage zu klären, ob die Geschichte der Opposition in der DDR nur systemimmanent zu begreifen ist, oder ob (post festum) als ein Bewertungskriterium

105 So Gutzeit, Martin: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. – In: Euchner, S. 88.

106 DDR Handbuch, 2, S. 954.

107 Lüdtke, Alf: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. – Hamburg, 1993.

108 Dabei kann angeknüpft werden an Rüdtenklaus, Wolfgang: Störenfriede. ddr-opposition 1986–1989; Mit Texten aus den „Umweltblättern“. – Berlin, 1992 (BasisDruck Dokument; d 7); einige Angaben auch in: Stattbuch ost: adieu ddr ODER DIE LIEBE ZUR AUTONOMIE. EIN WEGWEISER DURCH DIE PROJEKTLANDSCHAFT/ hrsg. von Jeannette Albrecht. – Berlin, 1991.

109 Dies war auch der Entwicklungsgang der Forschung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Vgl. Steinbach, Peter: Der Widerstand gegen die Diktatur. Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition. – In: Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft/ hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen. – Bonn, 1992 (Studien zur Geschichte und Politik; 314), S. 452–473, hier S. 453.

das Ziel der Schaffung eines freiheitlich-westlichen, verfassungsrechtlich orientierten Staatsgebildes¹¹⁰ verwendbar ist. Diesen Schritt ging im Sommer/Herbst 1989 als erste und am konsequentesten die neugegründete ostdeutsche Sozialdemokratie.

Auch der Resistenzbegriff bzw. der der Verweigerung ist auf die DDR anwendbar und scheint typologisch auch dem Verhalten einer Bevölkerungsmehrheit in der ostdeutschen Diktatur zu entsprechen. Dies gilt besonders für evangelische Christen, darüber hinaus aber auch für weitere Bevölkerungsgruppen, wie Armin Mitter und Stefan Wolle am Beispiel von Krisensituationen in der DDR-Geschichte belegen.¹¹¹

Während Resistenz also als ein Zurückweichen und passives Widerstehen zu beschreiben ist, setzt der schwer faßbare Begriff der „Dissidenz“ auch aktives Handeln voraus.¹¹² Christoph Kleßmann hat darauf verwiesen, daß der Begriff „Dissidenz“ ein eher diffuses und schwer faßbares Phänomen ist, der im Kern von Václav Havel als „Leben in der Wahrheit“, als moralischer Akt beschrieben wurde, der das totalitäre System bedroht.¹¹³ Der Übergang von der Dissidenz zur Opposition war dort gegeben, wie Martin Gutzeit meint, wo „eigene politische Ansprüche artikuliert“, „öffentlich und selbstbewußt die totalitären Ansprüche der SED“ bestritten und Organisationsformen gefunden worden waren, mit denen sich solche Ansprüche durchsetzen ließen.¹¹⁴ Auch die Abgrenzung von Dissidenz zu Opposition und Resistenz/Verweigerung erfordert weitere Forschungsarbeit.

IV. *Die Sicht der Staatssicherheit auf die Opposition*

Eine der umfassendsten bisher bekannt gewordenen Übersichten über die Gruppen der DDR-Opposition stammt von ihrem erbittertesten Gegner, dem MfS. Sie ist in einem Papier mit dem skurrilen Titel: „Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher,

110 Ebenda, S. 454.

111 Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. – München, 1993.

112 Vgl. dazu Kleßmann, Christoph: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, (1991) B 5, S. 53. Anschließend an Günter Minnerup (Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa. – In: Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven; 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung. – Köln, 1989, S. 66–74) meint Kleßmann, daß politische Opposition eine „zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten“ voraussetzt (Kleßmann, S. 52–53).

Staritz (S. 95) setzt Dissidenz und Resistenz gleich.

113 Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Essay. – Reinbek bei Hamburg, 1990, S. 36–37.

114 Gutzeit: Weg, S. 84. Gutzeit warnt ebenfalls davor, den von der SED gebrauchten Oppositionsbegriff unkritisch zu übernehmen und die Kategorien einer „oppositionellen Bürgerbewegung“ aus dem Herbst 1989 auf die Zeit davor zurückzuprojizieren (Ebenda, S. 85).

oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen“¹¹⁵ von 1989 enthalten.¹¹⁶ Hier faßte das Ministerium für Staatssicherheit zur Information für die „Staats- und Parteiführung“ nicht nur alle ermittelten Zusammenschlüsse mit namentlich bekannten Mitgliedern, mit ihrer Geschichte und ihren angeblichen Zielen zusammen, sondern versuchte die Opposition in der DDR auch allgemein zu charakterisieren. Natürlich bleibt eine solche Beschreibung immer die Sicht der Staatssicherheit, die viele Informationen falsch interpretierte und der anderes nicht bekannt war. Doch wird – neben verschiedenen auch heute noch für die Forschung verwendbaren Detailinformationen – vor allem der paranoide Blick des SED-Geheimdienstes auf Dissidenz und Opposition in der DDR deutlich. Zwei Sachverhalte sind hier konstitutiv: das MfS ging davon aus, daß die „sogenannte innere Opposition“ und die „Organisierung politischer Untergrundtätigkeit“ ein Ergebnis des „subversiven Vorgehens des Gegners“ (außerhalb der DDR) sei¹¹⁷, und

- 115 Ich danke Martin Gutzeit für die Möglichkeit, dieses Papier, dessen Original sich im zentralen Archiv der Gauck-Behörde befindet, einzusehen. Es handelt sich um die Information 150/89 des MfS. In gedruckter Form ist es enthalten in: „Ich liebe euch doch alle...“. Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989/hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle. – Berlin, 1990, S. 46–71. Diese Weisung wie auch das unten zitierte Dokument über die Publikationen der Opposition sollte die „Grundlage für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung diesbezüglicher feindlich-negativer Pläne und Aktivitäten“ dienen. Vgl. Erich Mielke an die Leiter aller Dienststellen am 23. Mai 1989 (Vertrauliche Verschlusssache/MfS-Sache 39/89). – In: Zentrales Archiv der Gauck-Behörde (BStU)/Archiv Gutzeit. Das Vorgehen gegen die „feindliche(n), oppositionelle(n) und andere(r) negative(n) Kräfte“ sollte unter Führung der SED von den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen dieser Partei organisiert werden, und dazu waren verbindliche Festlegungen zu treffen. Allerdings wurden selbst die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED nur über ihren Bezirk informiert, die Übersicht über die Gesamtlage blieb der „Parteiführung“ und dem MfS vorbehalten.
- 116 Vgl. dazu die ZAIG-Information 416/89 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen vom 19. September 1989. – In: Mitter/Wolle. Ich liebe euch, S. 153–171; ZAIG-Information Nr. 451/89 vom 9. Oktober 1989 über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen. – In: Ebenda, S. 208–213; Information Nr. 471/89 vom 23. Oktober 1989 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. – In: Ebenda, S. 231–235.
- 117 Information, 150/89, Bl. 1. Die Ansicht, daß die Opposition in der DDR vom „Gegner“ im westlichen Ausland ferngesteuert gewesen sei, gehörte zur paranoiden Grundausrüstung des MfS. So wurde beispielsweise in einer „Doktorarbeit“ der „Juristischen Hochschule“ des MfS in Potsdam 1988 ausgeführt:
 „Aus den bisherigen Darlegungen zur imperialistischen Strategieentwicklung und deren Umsetzung im Wirksamwerden feindlicher Stellen und Kräfte des Operationsgebietes bei der Inspirierung und Organisierung PUT (Politische Untergrundtätigkeit) in den sozialistischen Ländern wurde ersichtlich, daß mit dem Übergang der aggressivsten imperialistischen Kreise zum Konfrontations- und Hochrüstungskurs PUT im subversiven Gesamtkonzept des Feindes gegen den Sozialismus ein erhöhter Stellenwert beigemessen wird.“
 Vgl. Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung/Werner Grabsch. – Potsdam: Hochschule des MfS, 1988, S. 78. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG 8317. Oder: „Als typisch für ein Wirksamwerden im Sinne PUT ist das bewußt und verstärkt angestrebte zielgerichtete Zusammenwirken innerer feindlich-negativer Kräfte, zumeist Führungskräfte feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse mit feindlichen Stellen und Kräften aus dem Operationsgebiet bzw. auch deren Vertretern in den legalen Basen (also Nachrichtenbüros, Botschaften usw.) des Feindes in der DDR.“

daß die Oppositionellen nicht die Reform des DDR-Sozialismus, sondern (getarnt) durch „Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“¹¹⁸ seine Abschaffung betreiben würden.

Ende 1988 kamen „Analytiker“ des MfS dann zu dem Schluß, daß für die DDR-Opposition keine umfassenden „neuen Gesellschaftsmodelle des Sozialismus“ als Handlungsgrundlage bestimmend seien, sondern daß vielmehr auf aktuelle Ereignisse und Einzelentwicklungen reagiert werde.¹¹⁹ Dies bewerteten sie als Ergebnis der stabilen politischen Lage in der DDR, die keine „schlagartige auf einer Massenbewegung beruhende Revision der sozialistischen Gesellschaft in der DDR“¹²⁰ zulassen würde. Trotzdem würden die Inspiratoren und Organisatoren der PUT (politische Untergrundtätigkeit) „die konterrevolutionäre Liquidierung des Sozialismus als das strategische Endziel nicht aus den Augen“ verlieren.¹²¹

Offensichtlich war man sich in der Berliner Normannenstraße eher einer Gefährdung des Systems durch die oppositionellen Gruppen in der DDR bewußt, als diese selbst sich als eine solche Gefahr begriffen. Diese Opposition (personelle Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen) sind in den Augen des MfS nur im Zusammenwirken mit „reaktionären kirchlichen Personen“¹²² (der evangelischen Kirche – die katholische Kirche spielte in den Augen der Staatssicherheit keinerlei Rolle) denkbar. Zentral war auch die Ansicht, daß seit Ende der siebziger Jahre der „imperialistische Feind“ die Friedensfrage in den Mittelpunkt seiner finsternen Absichten gerückt habe und sich deshalb bemühte, in der DDR eine staatsunabhängige Friedensbewegung zu schaffen.¹²³ Hierbei dichtete die Stasi bundesdeutschen, westeuropäischen und USA-Diplomaten sowie westlichen Journalisten eine konstitutive Bedeutung bei der Entstehung der Opposition an.

Insgesamt ging die Staatssicherheit 1989 von ca. 160 oppositionellen Zusammenschlüssen aus, von denen sich fast 150 im kirchlichen Rahmen bewegten.¹²⁴ Die zu erforschenden Gruppierungen unterteilte das MfS folgendermaßen:

118 Information, 150/89, Bl. 2.

119 Das aktuelle Erscheinungsbild, S. 144.

120 Ebenda, S. 145.

121 Ebenda.

122 Information, 150/89, Bl. 2.

123 Das aktuelle Erscheinungsbild, S. 79.

124 Information, 150/89, Bl. 3. In der Herbstrevolution kamen aber nicht nur diese Gruppen zum Zuge, sondern es bildeten sich oft neue. Besonders in Klein- und Mittelstädten trugen bisher nicht im Fadenkreuz der Staatssicherheit befindliche Personen und Gruppen die Revolution. So waren es in der thüringischen Mittelstadt Mühlhausen die aus ca. 25 Personen bestehende Initiativgruppe „Veränderung jetzt“ und die Initiativgruppe Gesundheitswesen, vgl. Mühlhausen, S. 349.

- 35 Friedenskreise
- 39 Ökologiegruppen
- 23 gemischte Friedens- und Umweltgruppen
 - 7 Frauengruppen
 - 3 Ärztekreise
- 10 Menschenrechtsgruppen
 - 3 Zweidrittel-Welt-Gruppen und Regionalgruppen von Wehrdienstverweigerern.¹²⁵

Zehn Gruppen schrieb es „spezifisch koordinierende Funktionen und Aufgabenstellungen“ zu. Dazu gehörten:

- „Fortsetzungsausschuß Konkret für den Frieden“
 - „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ (Marianne Birthler)
 - „Kirche von Unten“
 - „Grün-ökologisches Netzwerk Arche“ (Carlo Jordan)
 - „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (Gerd Poppe, Ulrike Poppe, Bärbel Bohley)
- und der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“.¹²⁶

Insgesamt rechnete die Staatssicherheit mit ca. 2.500 in den erfaßten „persönlichen Zusammenschlüssen“ in der Regel seit 1985 engagierten Personen; dazu kämen allerdings noch die Sympathisanten oder „politisch Irregeleitete“, und etwa 600 Personen ordnete sie dem Führungskreis oppositioneller Gruppen zu.¹²⁷ Deren „harter Kern“ bestand aus etwa 60 Menschen, die das MfS folgendermaßen einschätzte:

„fanatische(r), von sogen. Sendungsbewußtsein, persönlichem Geltungsdrang und politischer Profilierungssucht getriebene(r), vielfach unbelehrbare(r) Feinde des Sozialismus.“¹²⁸

Dazu gehörten u. a. Rainer Eppelmann, Christoph Wonneberger, Gerd und Ulrike Poppe, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Reinhard Schult und Wolfgang Rüdtenklau.

Altersmäßig setzten sich die „Führungskräfte“ aus 25- bis 40-jährigen zusammen; sehr hoch war der Anteil von kirchlichen Amtsträgern und Mitarbeitern, von Hoch- und Fachschulabsolventen und Promovierten.¹²⁹ Typisch war auch,

125 Eine detaillierte und nach Bezirken geordnete Übersicht über diese Gruppen enthält die der erwähnten Information beigelegte und ebenfalls streng geheime Anlage „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“, ebenfalls BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit.

126 Ebenda.

127 Information, 150/89, Bl. 4.

128 Ebenda.

129 Ebenda, Bl. 5.

daß viele von ihnen im Bereich der Kirche einen Beruf unter ihrem Qualifikationsniveau ausübten, und 10 bis 12 % von ihnen waren – für die DDR ganz ungewöhnlich – arbeitslos.¹³⁰

Der Schwerpunkt der Opposition lag in den Augen der Stasi – bedingt durch die „Einwirkungsmöglichkeiten äußerer Feinde“ und die Haltung der Kirchenleitung der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg – in der „Hauptstadt der DDR“.¹³¹ In Berlin war allerdings nicht nur der zahlenmäßige Schwerpunkt der Opposition, sondern auch die „gefährlichsten“ „staatsfeindlichen Zusammenschlüsse“ und die „überörtlichen Drahtzieher“ wirkten hier. Daneben gab es bedeutende oppositionelle Gruppen in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden, Gera und Erfurt sowie einzelne Gruppierungen in Zwickau, Naumburg und Wittenberg.¹³²

Einen Überblick über die Publikationen der Opposition versuchte die Staatssicherheit in ihrer Information Nr. 168 über „die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören“,¹³³ mit einem Anhang: „Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen.“¹³⁴ Diese würden seit 1986 kontinuierlich zunehmen und „weitere konzeptionelle Grundlagen für das Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in der DDR... entwickeln, ihre politischen Auffassungen und Forderungen republikweit öffentlichkeitswirksam... propagieren und zur Diskussion stellen.“¹³⁵

1989 erhöhte sich die Zahl solcher Blätter; die Staatssicherheit konnte 25 von ihnen registrieren. Davon erschienen sieben in Berlin, fünf im Bezirk Leipzig, vier im Bezirk Halle und drei im Bezirk Dresden sowie zwei im Bezirk Karl-Marx-Stadt.¹³⁶ Die bekanntesten unter ihnen waren „Arche Nova“, „Aufrisse“, „Friedrichsfelder Feuermelder“, „Kontext“ und „Umweltblätter“, ihre Auflagenhöhe ging bis zu 2.000 Exemplaren, der Umfang erreichte teilweise 100 Seiten. Fast alle diese Publikationen wurden in kirchlichen Räumen und mit kirchlicher Technik hergestellt.

Die Gruppen verfügten nach Kenntnis des MfS über kein „einheitliches politisches Konzept“ bzw. über kein in sich geschlossenes „alternatives“ Gesellschaftsmodell. Sie traten durch Eingaben zum XI. Parteitag der SED,

130 Dieser Prozentsatz war angesichts der DDR-„Vollbeschäftigung“ sehr hoch. Außerdem verweist die Stasi darauf, daß unter den führenden Köpfen der Opposition auch ehemalige SED-Mitglieder waren.

131 Information, 150/89, Bl. 5.

132 Systematisch geordnete Übersicht über die Gruppen In: Anlage zur Information Nr. 150/89 In: BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit.

133 BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit.

134 Ebenda.

135 Information 168/89, Bl. 2.

136 Ebenda, Bl. 3.

den Appell „Tschernobyl wirkt überall“, die „Willenserklärung an die Volkammer der DDR“ und durch Briefe in die Öffentlichkeit. Mobilisierend wirkten die Proteste gegen die geheimdienstlichen Maßnahmen gegen die Umweltbibliothek, anlässlich der Luxemburg-Liebknecht-Demonstrationen 1988 in Berlin und 1989 in Leipzig, gegen die Zensur von Kirchenzeitungen im Oktober 1988¹³⁷ sowie gegen die Relegierung von Schülern von der Pankower „Carl-von-Ossietzy-Schule“.¹³⁸ Die Gruppen zeichneten sich 1988/89 durch relative Stabilität aus, sie verhielten sich konspirativ und verfügten über Verbindungen ins westliche Ausland, nach Ungarn, Polen sowie in die Sowjetunion.

Inhaltlich machte das MfS bei den Oppositionsgruppen folgende Hauptforderungen aus:

- Änderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und „Erneuerung des Sozialismus“/Verwirklichung von Demokratie/Aufhebung der führenden Rolle der SED und der politischen Macht der Arbeiterklasse/Abschaffung der Planung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse/Beseitigung des Marxismus-Leninismus als herrschender Ideologie/Versammlungsfreiheit/freie und geheime Wahlen, Reisefreiheit, Änderung der Informationspolitik¹³⁹;
- Entmilitarisierung/Abschaffung der Wehrpflicht/Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung/ziviler Friedensdienst¹⁴⁰;
- Aufgabe des Totalitätsanspruchs der kommunistischen Erziehung der Jugend¹⁴¹;
- Kritik der Umweltpolitik der SED.¹⁴²

Als Gegenstrategie gegen den wachsenden Einfluß der Opposition empfahl das MfS:

- unter Leitung der SED geplantes einheitliches Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen;

137 Information Nr. 444/88 der ZAIG vom 11. Oktober 1988 über eine Zusammenrottung von Personen vor dem Gebäude des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg Neue Grünstraße, Stadtbezirk Berlin-Mitte. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3705; Information Nr. 457/88 der ZAIG (Datum unleserlich) über eine erneut beabsichtigte Zusammenrottung feindlich-negativer Kräfte am 24. Oktober 1988 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. – In: Ebenda; Information Nr. 462/88 der ZAIG vom 25. Oktober 1988 über die vorbeugende Verhinderung einer erneut beabsichtigten öffentlichkeitswirksamen Demonstration feindlich-negativer Kräfte am 24. Oktober 1988 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. – In: Ebenda.

138 Information, 150/89, Bl. 6,9.

139 Ebenda, Bl. 10–11.

140 Ebenda, Bl. 11.

141 Ebenda, Bl. 11.

142 Ebenda, Bl. 12.

- Nachweis durch die Medien, daß Forderungen der Opposition in „Übereinstimmung stehen mit entsprechenden ideologischen Angriffen des Gegners“¹⁴³;
- Sanktionen wegen angeblicher Verstöße gegen Strafrechts- und ordnungsrechtliche Normen;
- differenzierte Reisesperren gegen Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland und Führungskräfte der Opposition in der DDR;
- Unterbindung der Einschleusung von Material in die DDR und der Weitergabe von Informativen aus der DDR heraus.

V. *Offene Forschungsfelder zum Themenkomplex „Opposition“*

Weitere Forschungen sollten sich der Rolle der evangelischen Kirche als Schutzschild bei der Formierung der Opposition¹⁴⁴ und deren Herausrösung aus dem kirchlichen Zusammenhang 1989 widmen. Ein anderes Thema könnten die „oppositionellen“ Gruppierungen innerhalb der SED sein.¹⁴⁵ Zu fragen ist ebenfalls nach dem geistig-weltanschaulichen Hintergrund, der sozialen und politischen Zusammensetzung der kritischen Gruppen¹⁴⁶, die nach bisheriger Kenntnis vor allem aus Intellektuellen und Angehörigen freier Berufe bestanden.

Umstritten ist, ob sich oppositionelles Verhalten in der DDR mit einer Arbeit innerhalb „etablierter“ Institutionen vereinbaren ließ. So meinte Wolfgang Templin, daß die Oppositionellen in der Regel außerhalb solcher Einrichtungen standen oder dort nur auf Abruf tätig sein konnten¹⁴⁷, während Jens Reich die Ereignisse des Herbstes 1989 sogar als eine Protestbewegung der Intelligenz bezeichnete.¹⁴⁸ Unbestritten dagegen ist die Verankerung zahlreicher Oppositioneller in der evangelischen Kirche und ihr geringes Durchschnittsalter.¹⁴⁹ Fraglich erscheint dagegen Zwahrs Auffassung, daß die revolutionäre Bewegung des Herbstes 1989 aus der kirchlichen **und** nichtkirchlichen Opposition hervorging, zu der auch nicht wenige gemäßregelte ehemalige Mitglieder der SED gehörten.¹⁵⁰ Hier sind weitere Forschungen nötig. Schon jetzt aber ist klar, daß die Gewichte zwischen beiden Gruppierungen ganz einseitig zugunsten der kirchlichen (protestantischen) Gruppen verschoben waren, daß sich

143 Ebenda, Bl. 16.

144 Vgl. u. a. Neubert: Revolution.

145 Dazu: Land, Rainer; Possekkel, Ralf: Intellektuelle aus der DDR. Diskurs und Identität. – Berlin, 1992.

146 Zur Motivation der oppositionellen Gruppen vgl. Herzberg, In: Herzberg/von zur Mühlen, S. 31–34.

147 Tonbandprotokoll Templin.

148 Reich: Abschied, S. 11.

149 Meuschel, S. 316; Reißig: Umbruch, S. 24.

150 Zwahr, S. 103.

die nichtkirchlichen Gruppen erst sehr spät aus dem Schutzraum der Kirche hinauswagten und daß gerade auch ehemalige SED-Mitglieder Schutz unter dem Dach der evangelischen Kirche suchten.

Weitere Forschungen haben ebenfalls zu klären, warum sich die oppositionellen Gruppen – außer in Berlin – auf den Süden der DDR und auf Städte konzentrierten.¹⁵¹ So verwies der Leipziger Bürgerrechtler Harald Wagner in einem Interview am 24. November 1989 darauf, daß die Geschichte der Opposition in Leipzig eine sehr lange und andere als in Berlin war.¹⁵² So hätten sich in Berlin linke Gruppen sektiererisch bekämpft, in Leipzig sei dagegen integrativ und konzeptionell gearbeitet worden. Als Grund nannte Wagner, daß Leipzig nicht die Aufmerksamkeit der Westmedien auf sich zog und daß viele Oppositionelle nach Berlin oder in den Westen gingen. Besonders wichtig sei in Leipzig seit 1983 das wöchentliche Friedensgebet in der Nikolaikirche gewesen, das allen Gruppen ihre „natürliche Mitte“ gab.¹⁵³

Weitere Forschungen sollten sich ebenfalls der Beantwortung der Frage zuwenden, warum die Opposition im Herbst 1989 ihre Zersplitterung nicht überwinden konnte, und unter welchen Gesichtspunkten die Entscheidung zwischen den Alternativen Partei oder Bürgerbewegung fiel.¹⁵⁴

VI. *Organisationsgeschichte der Opposition in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren*

Die Organisationsgeschichte der DDR-Opposition läßt sich bis in die unmittelbare Nachkriegszeit hinein zurückverfolgen.¹⁵⁵ Besonders zu nennen ist die Totalopposition bürgerlicher Kräfte, die von Christen und von Sozialdemokraten, die die sowjetische Besatzungsmacht, die SED und der DDR-Staat mit Härte, ja mit Brutalität verfolgten. Ihre Exponenten verließen – oft nach

151 Zur Sicht der Stasi vgl. Information Nr. 452/89 über eine Demonstration und Zusammenkünfte oppositioneller Kräfte in Leipzig, Dresden und Magdeburg. – In: Mitter/Wolle: Ich liebe euch, S. 216–219.

152 Wagner, Harald: Die Leute hatten Angst um ihre Kinder. – In: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. – Berlin, 1989, S. 175–181, hier S. 175.
Zur sozialdemokratischen Opposition außerhalb Berlins: Interviews mit Harald Seidel, Annemarie und Matthias Müller, in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 230–275.

153 Dazu: Richter, Johannes: Wir sind Sachsen!. – In: Rein, S. 182–187, hier S. 182–183; für Dresden: Ziemer, Christof: Die Weisheit des Volkes ist noch nicht erloschen. – In: Ebenda, S. 188–196.

154 Zur teilweisen Auflösung der Bürgerbewegung: Wielgoß, Jan: Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung. – In: Deutschland Archiv, Köln, 26 (1993) 4, S. 426–434. Zum Bündnis 90: Wielgoß, Jan; Schulz, Marianne; Müller-Enbergs, Helmut: Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland – Berlin, 1992 (Sonderausgabe der Berliner Debatte INITIAL).

155 Ein zu beseitigendes Forschungsdesiderat ist die Frage, ob es Einflüsse der antikommunistischen und oft auch sozialdemokratischen Opposition der späten vierziger und der fünfziger Jahre (wie auch der Opposition innerhalb der SED) auf die Generation der (Ost-)Achtundsechziger gab.

langjährigen Haftstrafen¹⁵⁶ – in aller Regel die DDR. Dieser fundamentale Widerstand¹⁵⁷ war bis zur Mitte der fünfziger Jahre bedeutsam, um dann 1961 mit dem Mauerbau und der damit geschwundenen Hoffnung auf den Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Osten Deutschlands und die Wiedervereinigung die Grundlage des eigenen Handelns und Selbstverständnisses zu verlieren. Jetzt begann eine Generation von Oppositionellen zu dominieren, die von der Studentenbewegung in den USA und Westeuropa, dem Protest gegen den Vietnam-Krieg und vor allem durch die Zerstörung der mit dem „Prager Frühling“ verbundenen Hoffnungen geprägt war.¹⁵⁸ Die 1989/90 Handelnden erfuhren ihre politische Prägung fast ausschließlich in den späten sechziger Jahren. So war die Herausbildung der Basisgruppen der sechziger und siebziger Jahre auch ein Generationsproblem.¹⁵⁹ Weitere Untersuchungen sollten sich den Zufälligkeiten bei der Entwicklung und Zusammensetzung dieser Gruppen, der Rolle langjähriger Freundschaften¹⁶⁰ bzw. Spannungen und des immer präsenten Mißtrauens zuwenden.

Auch die Rolle der evangelischen Kirche ist noch nicht ausreichend geklärt. So bot sie nicht nur einen politischen Schutzraum, sondern die Religion lieferte einen stabilen geistigen Hintergrund im protestantischen Menschenbild.¹⁶¹ Auch entsprachen Forderungen oppositioneller Gruppen wie Frieden,

156 Vgl. dazu u. a. Stalins DDR. Berichte politisch Verfolgter/hrsg. von Rüdiger Knechtel. – Leipzig, 1991.

157 Offen ist noch die Frage, wie die Flucht aus der DDR in das Raster Widerstand-Opposition-Resistenz einzupassen ist.

158 Gutzeit: Weg, S. 85. Diese Opposition wird von Wolfgang Rüdendklaus in seiner bisher wohl kenntnisreichsten Arbeit über die Bürgerrechtsgruppen der Jahre vor 1989 (die trotzdem nicht von einseitigen Betrachtungsweisen und persönlichen Antipathien frei ist) als „neuere Oppositionsbewegung in der DDR“ bezeichnet, vgl. Rüdendklaus, Wolfgang: Störenfried. ddr-opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“. – Berlin, 1992 (BasisDruck Dokument; d 7), S. 11. Zu den Auswirkungen der Niederschlagung des „Prager Frühling“ in der DDR vgl. Mitter/Wolle: Untergang, S. 367–482. Zur Entwicklung der Opposition allgemein Bruckmeier, Karl: Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegung in der DDR. – In: Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern/hrsg. von Gerda Haufe und Karl Bruckmeier. – Opladen, 1993, S. 9–28.

159 Tonbandprotokoll Dietmar Linke.

160 Beispielsweise kannten sich die SDP-(Mit-)Gründer Gutzeit und Meckel seit 1974. Vgl. Tonbandprotokoll Gutzeit.

161 Aus der vielfältigen Literatur zum Verhältnis evangelische Kirche – SED – Opposition vgl. vor allem: Die „Andere“ Geschichte/hrsg. von Katharina Lenski u. a. – Erfurt, 1993; Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. – München, 1993; Neubert, Ehrhart: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe. – Potsdam, 1993; Neubert, Ehrhart: Vergebung oder Weißwäscherei. Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen. – Freiburg im Breisgau, 1993 (Herderbücherei; 1785); „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen/hrsg. von Gerhard Besier und Stephan Wolf. – Neukirchen-Vluyn, 1991 (Historisch-theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Quellen; 1); Seid untertan der Obrigkeit. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4/hrsg. von Tina Krone; Reinhard Schult. – Berlin: Havemann-Gesellschaft, 1992; Das Signal von Zeit. Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Eine Dokumentation/hrsg. von Harald Schultze. – Leipzig, 1993.

Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung durchaus christlichen Grund-auffassungen. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß vielen Vertretern von Kirchenleitungen, aber auch zahlreicher Gemeinden die Tätigkeit der „Gruppen“ nicht ins Kalkül paßte. Andererseits unterstützten verschiedene Pfarrer die Arbeit von Oppositionellen. Geistliche stellten das Führungspersonal zahlreicher oppositioneller Zusammenschlüsse, sie boten den Gruppen eine Infrastruktur und ermöglichten ihnen ein Stück Öffentlichkeit. Gleichzeitig entwickelten sich die Forderungen der Gruppen, die sich immer weniger von der Kirche vereinnahmen ließen, zu einer Herausforderung für die traditionelle Kirche. Der Aufbruch der Opposition im Jahre 1989 mußte schließlich „durch erheblichen Druck der kirchlichen Basisgruppen gegen den Widerstand von Kirchenleitungen erzwungen werden, die sich eher auf ihren 'Auftrag' und den Konsens mit der SED-Herrschaft zurückzogen.“¹⁶²

Die Patronatsrolle der evangelischen Kirche in Ostdeutschland ist auch für eine Untersuchung der Opposition, ihrer Konflikte, Argumentationsformen und Handlungsstrategien in vergleichender Perspektive (etwa zur westlichen 68er-Bewegung) von konstitutiver Bedeutung.¹⁶³

Die Opposition der späten siebziger Jahre – die sich selbst allerdings nicht so verstand – entstand unter dem Eindruck der sich immer schneller drehenden Rüstungsspirale (von nicht zu unterschätzender Bedeutung war hier der NATO-Doppelbeschluß von 1979) und der weltweiten ökologischen Gefährdungen aus den protestantischen Gruppen der „offenen Arbeit“¹⁶⁴ (Wehrdienstverweigerer), aus Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppierungen (später kamen Dritte-Welt- und Frauengruppen dazu) sowie aus kleinen Gruppierungen kritischer Marxisten.¹⁶⁵

Nicht selten erschwerte die Weigerung der „geläuterten Marxisten“, etwas mit der Kirche zu tun zu haben, die Zusammenarbeit. Für die marxistischen Gruppen war dagegen der Versuch kennzeichnend, losgelöst von den eigentlichen Problemen der Bevölkerung ein alternatives Gesellschaftsmodell als Kopfgeburt zu schaffen und darüber zu versäumen, die Wege zur Realisierung ihrer Vorstellungen auch zu benennen.¹⁶⁶ Zentrum ihrer Überlegungen waren die Kritik an der stalinistischen Bürokratie¹⁶⁷ und die Hoffnung auf eine Reform der Gesellschaft sowie der SED auf der Grundlage des „wahren“

162 Herzberg: Gründerkreis, S. 12.

163 Bruckmeier, S. 13.

164 Dazu Rüdtenklau, S. 25–37.

165 Zur Entwicklung der Opposition Tonbandprotokoll Ulrike Poppe.

166 Tonbandprotokoll Templin.

167 Zum Teil in Nachfolge Leo Trotzki's. Das bedeutendste theoretische Ergebnis dieser Denkrichtung: Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. – Köln, 1979.

Marxismus.¹⁶⁸ Für diese Gruppen galt auch nur im eingeschränkten Maß, was Markus Meckel als verbindend für die Opposition beschrieb, nämlich der Wille, „etwas zu tun gegen die Raketenstationierung in Ost und West und gegen das System der Abschreckung überhaupt, gegen die Militarisierung der eigenen Gesellschaft und das nach außen und auch nach innen funktionierende System der Bedrohung und Entmündigung.“¹⁶⁹

Wichtig für die sich formierende Opposition waren 1978 die Proteste gegen die Einführung des Wehrunterrichtes und im Herbst 1980 die erste Friedensdekade, die sich, aufgeschreckt durch die sich weiterdrehende Rüstungsspirale in Ost und West, die Aufgabe stellte, die christliche Friedensbotschaft – symbolisiert durch den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ – in die Gemeinden zu tragen.¹⁷⁰ Besonders auf die Aufnäher reagierte die SED mit ihrem Geheimdienst panikartig und hysterisch, da sie in ihnen den für einen totalitären Staat nicht zu akzeptierenden Schritt Oppositioneller in die Öffentlichkeit sah. So machten die Autoren einer „Doktorarbeit“ an der Hochschule des MfS hier ein „Erkennungs- und Mobilisierungszeichen oppositioneller Kräfte“ und einen „ersten massiven Versuch des provokatorisch-demonstrativen öffentlichkeitswirksamen Vorgehens feindlich-negativer Kräfte“¹⁷¹ aus. Gleichzeitig meinte das MfS, daß die „Friedens- und Verteidigungspolitik“ der SED öffentlich und massenwirksam „diskreditiert“ werde.¹⁷² Hier wird deutlich, daß die SED bis zu ihrem Ende zu keinem Dialog und keiner politischen Auseinandersetzung mit den Oppositionsgruppen bereit oder fähig war; für sie gab es nur Repression, Bespitzelung und verbissenes Schweigen.¹⁷³

Schon der Nachrüstungsbeschluß der NATO von 1979, die Raketenrüstung im Osten (SS 20) und die immer sichtbarer werdende Umweltkrise hatten bewirkt, daß sich innerhalb oppositioneller Gruppierungen verstärkt die Auffassung durchsetzte, konspirative Arbeit wäre letztlich unwirksam. So entwickelte sich ab 1981/83 eine zunehmend vernetzte politische Arbeit. Sie fand ihren Ausdruck in dem Versuch von 1981, eine „Arbeitsgruppe Frieden“ zu schaffen,

168 Bezeichnend dafür eine Berlin-Leipziger Gruppe aus Absolventen der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der Leipziger Universität 1976 bis 1978, vgl. ZAIG-Information Nr. 32/1978 über staatsfeindliche Aktivitäten von Personen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in Leipzig. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, Z 2788.

169 Meckel, Markus: Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit. Partei oder soziale Bewegung? – In: Dowe/Eckert, S. 53–66, hier S. 55.

170 Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland – Köln, 1993, S. 118.

171 Das aktuelle Erscheinungsbild, S. 81.

172 Information der ZAIG Nr. 178/82 vom 14. April 1982 über Ergebnisse der vorbeugend eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung des politischen Mißbrauchs religiöser Veranstaltungen und Aktivitäten in der DDR im Osterzeitraum 1982. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3211, Bl. 1.

173 Haufe/Bruckmeier, S. 21.

im ersten „Mobilen Friedensseminar“ 1982¹⁷⁴ in Mecklenburg und in den seit 1983 jährlich stattfindenden Friedensseminaren „Konkret für den Frieden“¹⁷⁵, die versuchten, die verschiedenen Gruppen in der DDR in Kontakt zu bringen.¹⁷⁶ Der 1985 gegründete Fortsetzungsausschuß des „Netzwerkes Frieden konkret“ bildete schließlich 1987/88 gemeinsam mit dem Berliner Stadtjugendpfarramt die Koordinierungsgruppe, die Friedensgebete und Mahnwachen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Umweltbibliothek und nach der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration organisierte.¹⁷⁷

Stimulierend auf die oppositionelle Arbeit Anfang der achtziger Jahre wirkte weiterhin die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft, wie sie sich im Wehrdienstgesetz von 1982 (mit der Möglichkeit der Einberufung von Frauen) und im Wehrunterricht ausdrückte. Den Kampf dagegen und für die Friedenssicherung verbanden die Gruppen immer mehr mit dem Engagement für Menschenrechte und Demokratie. Staatliche Repressionen und Verhaftungen wie die von Bärbel Bohley und Ulrike Poppe 1983/84 lösten zunehmend nicht mehr nur Angst und Empörung, sondern auch Solidarität aus. So vervielfältigten sich die Gruppen genauso, wie sie sich inhaltlich in Friedens-, Menschenrechts-, Ökologie-, in Dritte-Welt- und Frauengruppen ausdifferenzierten. Allgemein blieb ihnen allerdings in der Regel die Fixierung auf ein verschwommenes Sozialismusbild, während in den Oppositionsbewegungen Osteuropas jegliche Form von Sozialismus teilweise scharf abgelehnt wurde. Trotzdem wurden diese Gruppierungen von der Staatssicherheit grundsätzlich als „feindlich-negativ“ eingeschätzt.¹⁷⁸ Dieses Schicksal teilten sie in den achtziger Jahren mit den zunehmenden pazifistischen und gegen Rüstung und Krieg gerichtete Aktionen.¹⁷⁹ So ordnete die Staatssicherheit die Friedenswerkstatt 1984 in „die Bestrebungen reaktionärer kirchlicher und anderer feindlich-negativer Kräfte, sich im Sinne der Schaffung einer sogen. staatlich unabhängigen Friedensbewegung in der

174 1982 entstanden auch die Jenaer Friedensgemeinschaft, der Friedenskreis der Ost-Berliner Evangelischen Studentengemeinde und die Ost-Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“. Im Februar veröffentlichte Rainer Eppelmann seinen „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“, dazu: Eppelmann: Fremd, S. 189–207.

175 Ausgehend von Berliner Gruppen mit Rudi Pahnke, Rainer Eppelmann, Ruth und Hans Misselwitz. Vgl. Meckel in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 56–57.

176 Ebenda. 1984 lud der Altendorfer Friedenskreis aus Thüringen nach Eisenach ein, und 1985 wurde in Schwerin erstmals ein Fortsetzungsausschuß gegründet. Weitere Delegiertentreffen 1986 in Stendal, 1987 in Leipzig, 1988 in Cottbus und 1989 in Greifswald. In Cottbus und Greifswald sprachen Delegierte auch über eine mögliche Parteigründung, vgl. Meckel in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 118–119; Meckel in: Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Okt. 1992/hrsg. von Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert. – Bonn, 1993 (Gesprächskreis Geschichte; 3, S. 57.

177 Meckel in: Dowe/Herzberg, S. 58.

178 Dazu liegen inzwischen in der Gauck-Behörde umfangreiche Archivalien vor, die hier nicht detailliert ausgewertet werden können. Es soll nur auf einige ZAIG-Informationen verwiesen werden:

DDR zu formieren“, ein und meinte: „Sie wurden zu offenen Angriffen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung mißbraucht.“¹⁸⁰

Mitte der achtziger Jahre standen auch die „entschlossen oppositionellen Kräfte“ trotz ihres zahlenmäßigen Wachstums vor der Situation, weiterhin eine kleine Randgruppe zu sein, die in der Gesellschaft nur auf geringe Unterstützung hoffen konnte und auch bei der Vernetzung der einzelnen Gruppen noch am Anfang stand.¹⁸¹ Die Schaffung einer einheitlichen Organisation war nicht gewollt und wegen der rechtlichen Situation in der DDR und der Stärke des Repressionsapparates auch kaum möglich. Gleichzeitig bildete sich in diesem Zeitraum eine „zweite oder Gegenöffentlichkeit“ heraus.

1986 bekam die Opposition starke Impulse von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, von der Gründung der Berliner Umweltbibliothek mit ihrer Zeitschrift „Umweltblätter“ (zuerst „Die Umweltbibliothek“) im September¹⁸² und vom Erscheinen des „Grenzfall“. 1987 spielten das Auftreten der „Kirche von Unten“, das SPD-SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame

des Katechetischen Oberseminars Naumburg (Zentralarchiv, ZAIG Z 3100)

- Nr. 173/81 Brief der Evangelischen Studentengemeinde Rostock an den Staatssekretär für Kirchenfragen (Zentralarchiv, ZAIG Z 3119)
- Nr. 244/81 Werkstattgottesdienst Auferstehungskirche Berlin-Friedrichshain (ZAIG Z 3123)
- Nr. 362/81, 373/81 Werkstatttage in der Galiläa-Kirche Berlin-Friedrichshain (ZAIG Z 3145)
- Nr. 82/82 Tagung der Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg (ZAIG Z 3201)
- Nr. 85/82 Friedensforum in der Kreuzkirche Dresden (ZAIG Z 3202)
- Nr. 133/82 Friedensgottesdienst zur Wiederkehr der Bombardierung Jenas (ZAIG Z 3206)
- Nr. 178/82 „Mißbrauch“ religiöser Veranstaltungen Ostern 1982 (ZAIG Z 3111)
- Nr. 81/83, 83/83, 86/83 Friedensseminar Berlin März 1983 (ZAIG Z 3332)
- Nr. 97/83 2. Leipziger Friedensseminar (ZAIG Z 3332)
- Nr. 280/83 Fasten für das Leben in der Erlöser-Kirche Berlin-Lichtenberg (ZAIG Z 3307)
- Nr. 293/83 Friedenskette zwischen der USA- und der UdSSR-Botschaft in Berlin (ZAIG Z 3309)
- Nr. 22/84, 273/84 Nachtgebete der Frauen (ZAIG Z 3367, 3377)
- Nr. 245/84 Hinweis auf das Abfall-Problem in der DDR (ZAIG Z 3370)
- Nr. 368/84 Treffen von Frauenfriedenskreisen in Wörlitz-Böllberg (ZAIG Z 3396).

179 Vgl. im Zentralarchiv der Gauck-Behörde die ZAIG-Informationen:

- Nr. 101/83 Friedensdemonstration in Jena (ZAIG Z 3290)
- Nr. 258/83 Aktivitäten von Friedensgruppen in Berlin und in den Bezirken Gera, Halle, Schwerin, Neubrandenburg sowie Frankfurt/Oder anlässlich des Atombombenabwurfes auf Hiroshima (ZAIG Z 3300)
- Nr. 361/83, 362/83 Versuch, vor dem Roten Rathaus und auf dem Alexanderplatz symbolisch ein „Massensterben darzustellen“ (ZAIG Z 3324)

180 Information Nr. 287/84 der ZAIG über die Durchführung der „Friedenswerkstatt 1984“ am 8. Juli 1984 in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3380, Bl. 1.

181 Gutzeit: Weg, S. 89.

182 Rüdtenklau, S. 68–72.

Sicherheit“ und der Olof-Palme-Friedensmarsch¹⁸³ eine herausgehobene Rolle. Gleichzeitig blieb ab 1985 das Gorbatschowsche „Neue Denken“ nicht ohne Einfluß, wie auch starke Impulse vom ökumenischen bzw. konziliaren Prozeß „Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ausgingen.¹⁸⁴ Umstritten blieben die Interessengruppen der Ausreisewilligen, die ebenfalls 1987 die „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“ gründeten.¹⁸⁵

Gleichzeitig erfolgten Versuche zur Bündelung der Opposition, die jedoch bis 1988 erfolglos blieben.¹⁸⁶ Es entstehen keine verbindlichen organisatorischen Strukturen, die Gruppen legen sich inhaltlich nicht fest, und persönliche Querelen – nach Steffen Reiche: „persönliche Eitelkeiten, Animositäten und Verletzungen bei der 'Oppositionsschickeria'“¹⁸⁷ spielten weiterhin eine negative Rolle.¹⁸⁸ Verbreitet existierten auch Selbstzweifel an der eigenen Durchsetzungskraft. Einerseits wirkte das Verlassen der DDR schwächend auf die Opposition, andererseits ermutigte diese Möglichkeit viele Menschen zum Widerspruch, da die Möglichkeit einer „Flucht“ aus realsozialistischer Bedrängung gegeben war. Auch die dauernde Furcht vor Denunziation zermürbte die Oppositionsgruppen, und die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS setzten alles daran, im Rahmen von „Zersetzungsmaßnahmen“ die Opposition einzudämmen, zu verunsichern und zu zerstören. So blieb diese überwiegend strukturell konzeptionslos¹⁸⁹, weiterhin dominierten Gedanken an die Reformierbarkeit des DDR-Sozialismus¹⁹⁰, und die Konzeptionen waren nur wenig in die Zukunft orientiert. Rainer Eppelmann meinte dazu rückblickend: „Wir träumten von einem dritten Weg, einem Reformsozialismus

183 Schorlemmer, Friedrich: Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland. – München, 1992, S. 113–114; Rüddenklau, S. 109–111.

184 Nicht zu unterschätzen ist die Wirkung der Texte der ökumenischen Versammlung von April 1989.

185 Wollenberger, Vera: Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten. – Berlin, 1992, S. 92. Zur Haltung der evangelischen Kirche zu den Ausreisewilligen vgl. Information Nr. 70/88 der ZAIG vom 5. Februar 1988 über einige beachtenswerte Aspekte im Zusammenhang mit einer sogenannten Solidaritätsandacht in der Gethsemanekirche. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3641; Rüddenklau, S. 122–124.

186 Zu Entwicklung der Opposition in dieser Zeit Tonbandprotokoll Gutzeit. So machte Hans-Jochen Tschiche den Vorschlag, „Frieden konkret“ zu verbindlicheren Strukturen auszubauen, und Meckel bzw. Gutzeit hatten den Plan für einen Verein „Bürgerbeteiligung“, vgl. Meckel in: Dowe/Eckert, S. 59–60.

187 Reiche, Steffen: Motivationen der Gründergeneration. – In: Dowe/Eckert, S. 25.

188 Spannungen traten u. a. dadurch auf, daß Bürgerrechtler gezwungen waren, kirchliche Räume zu benutzen. Vgl. Eppelmann: Fremd, S. 286.

189 Schorlemmer, S. 168.

190 Zu den Schwierigkeiten gerade der Intellektuellen, sich von der Trennung zwischen schlechter realsozialistischer Praxis und guter sozialistischer Theorie zu verabschieden, vgl. Thierse, Wolfgang: Zögernde Bemerkungen zum „demokratischen Sozialismus“. Referat auf einer Veranstaltung des „Projekts Moderner Sozialismus“ in Berlin am 7. Juli 1990. – In: Ders.: Mit eigener Stimme sprechen. – München und Zürich, 1992, S. 54. An gleicher Stelle verweist Thierse zu Recht darauf, daß es bis dato „keinen anderen Sozialismus als politisch-ökonomisches System als den durch den Stasi-Staat bestimmten und nur mit Terror funktionierenden Sozialismus“ gibt.

mit allen demokratischen Freiheiten.“ Ziel war es, „eine eigene politische Kultur zu schaffen: weder Diktatur noch Konsumgesellschaft.“¹⁹¹

Mit diesen Hoffnungen trafen die Oppositionellen zum einen auf eine Bevölkerung, die überwiegend der kommunistischen Herrschaft passiv ablehnend gegenüberstand und sich fast ausschließlich aus den Westmedien informierte, zum anderen aber auf eine SED-Führung, die auch nicht zu den kleinsten Kompromissen, ja nicht einmal zu Gesprächen mit Andersdenkenden bereit war.

Einen begrenzten Wandel des Verhältnisses zwischen der Masse der Bevölkerung und den Oppositionsgruppen gab es erst durch die Solidarität nach der Durchsuchung der Umweltbibliothek des Friedens- und Umweltkreises der Zionsgemeinde durch Generalstaatsanwaltschaft und Staatssicherheit im November 1987¹⁹² sowie nach den Verhaftungen während der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988.¹⁹³

Im Sommer 1988 vereinte die Kampagne gegen den Kongreß des Internationalen Währungsfonds in West-Berlin unterschiedliche oppositionelle Gruppen¹⁹⁴, und im gleichen Jahr führte die Relegation von vier Schülern der Berliner „Carl-von-Ossietzky-Schule“ zu Protesten in der ganzen DDR.¹⁹⁵ Das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ schließlich blieb auch innerhalb der SED, an Universitäten und an der Akademie der Wissenschaften nicht unwidersprochen.

So war Anfang 1989 der Boden für den Gedanken einer einheitlichen oppositionellen Organisation (durch den Magdeburger Pfarrer Hans-Jochen Tschiche auf dem Treffen „Konkret für den Frieden VII“ vom 24. bis

191 Eppelmann: Fremd, S. 334.

192 Dazu: Weißhuhn, Reinhard: Resümee von unten. – In: Grenzfall 11–12/87, bzw. in: Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum/„Initiative Frieden und Menschenrechte“; hrsg. von Ralf Hirsch und Lew Kopelew. – Berlin, 1989, S. 141–143; Rüdtenklau, S. 114–123. Zur Reaktion der SED Schreiben von Egon Krenz an Erich Honecker vom 26. November 1987; Günter Schabowski an Egon Krenz am 8. Dezember 1987; Information über die Veranstaltung in der Zionskirche am 4. 12.1987 in der Zeit von 20.00 bis 21.30 Uhr; Notiz zum Gespräch mit Rechtsanwalt Schnur. – In: SAMPO BArch., Büro Krenz, IV 2/2.039/312, Bl. 31–39.

193 Rüdtenklau, S. 171–177. Dazu auch Schult, Reinhardt: Gewogen und für zu leicht befunden. Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse. Aufruf zu einer Diskussion. – In: Friedrichsfelder Extrablatt, Berlin, April 1988, S. 1 ff.; auch in: Rüdtenklau, S. 223–232; Brief von Stephan Krawczyk an Reinhard Schult vom 30. April 1988, in: „Umweltblätter“, Berlin, Juni 1988, S. 14 ff.; auch in: Rüdtenklau, S. 232–234. Zur Reaktion der SED: Information über beabsichtigte Provokation von Antragstellern in Berlin vom 14. Januar 1988; Günter Schabowski an Egon Krenz am 14. Januar 1988. – In: SAMPO BArch, Büro Krenz IV 2/2.039/312, Bl. 40–43. Zu den Festnahmen: Egon Krenz an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Zur Festnahme von Personen wegen des begründeten Verdachts landesverräterischer Beziehungen, 29. Januar 1988. – In: Ebenda, Bl. 50–57. Zur Demonstration in Leipzig Januar 1989: Fernschreiben Horst Schumanns an Erich Honecker vom 16. Januar 1989. – In: Ebenda, Bl. 108–110.

194 Rüdtenklau, S. 188–191.

195 Ebenda, S. 191–194.

zum 26. Februar 1989 in Greifswald öffentlich gemacht) bereitet.¹⁹⁶ Markus Meckel trug Überlegungen zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR vor, und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) kündigte in einem Aufruf vom 11. März 1989 an, sich DDR-weit zu öffnen.¹⁹⁷ Mobilisierende Wirkung für die weitere Entwicklung hatten die durch den Wahlbetrug vom Mai 1989 ausgelösten Protestveranstaltungen unter dem Motto „Nie genug vom Wahlbetrug“ wie am 8. Juni 1989 in der Berliner Gethsemanekirche.¹⁹⁸ Dazu kam im Juni 1989 die Solidarität mit den von Panzern niedergewalzten chinesischen Studenten.¹⁹⁹

Die öffentliche Formierung der Opposition begann Ende Juli bis Anfang September 1989.²⁰⁰ Zuerst war diese innere Opposition noch nicht strukturiert, dann preschten die Sozialdemokraten mit ihrem Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe zur Schaffung einer ostdeutschen Sozialdemokratie vom 24. Juli vor, der „Demokratische Aufbruch“ und das „Neue Forum“ folgten als Sammelbewegungen. Obwohl hier schon die spätere Aufgliederung der oppositionellen Bürgerbewegung deutlich wurde, gab es doch auch immer wieder Versuche zum gemeinsamen politischen Handeln. So versuchten am 4. Oktober 1989 Vertreter von „Demokratie jetzt“, „Demokratischem Aufbruch“, der „Gruppe Demokratischer SozialistInnen“, der IfM, der „Initiativgruppe SDP“, des „Neuen Forum“ und verschiedener Friedenskreise, sich auf das gemeinsame Ziel der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzuschwören. Zielpunkt war eine angestrebte demokratische Wahl, für die die Möglichkeit eines Wahlbündnisses mit gemeinsamen eigenen Kandidaten ins Auge gefaßt wurde.²⁰¹ Noch am 23. Oktober erschien der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) eine verstärkte

196 Am 19. April 1989 erfolgte in den Räumen der Berliner „Kirche von Unten“ (KvU) noch die Bildung der „Autonomen Antifa Berlin“, Rüdickenklau, S. 262–265.

197 Gutzeit: Weg, S. 92. Hier auch die Darstellung der weiteren Entwicklung der oppositionellen Bewegungen.

198 Information Nr. 286/89 der ZAIG vom 9. Juni 1989 über eine Veranstaltung in der Gethsemanekirche im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg am 8. Juni 1989. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3780.

199 Information Nr. 321/89 der ZAIG vom 30. Juni 1989 über die Durchführung kirchlicher Solidarisierungsveranstaltungen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3785; Information Nr. 337/89 der ZAIG vom 10. Juli 1989 über Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Personen unter Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen und Einrichtungen in Leipzig und Dresden. – In: Ebenda, ZAIG Z 3751.

200 Einzelheiten bei Gutzeit: Weg, S. 96–102. Zur Reaktion der Staatssicherheit: Protokoll aus der persönlichen Mitschrift anlässlich der Dienstkonferenz bei Generaloberst Mittag zu Zielen und Aufgaben zur konsequenten Unterbindung der Formierung feindlich-oppositioneller Kräfte in Sammlungsbewegungen/Vereinigungen, Potsdam, 26. 9. 1989, In: BStU, Pdm AKG 617, Bl. 164–176; Gedächtnisprotokoll über die Beratung des Genossen Generaloberst Mittag am 26. 9. 1989 mit den Stellvertretern Operativ und Leitern der Abteilung XX. – In: Ebenda, Bl. 178–191.

201 Gemeinsame Erklärung vom 4. Oktober. – In: Information Nr. 451/89 der ZAIG vom 8. Oktober 1989 über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756; auch in: Mitter/Wolle: Ich liebe euch, S. 212–213; Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt/hrsg. von Volker Gransow und Konrad H. Jarausch. – Köln, 1991 (Bibliothek Wissenschaft und Politik; 47), S. 69. Bei einer näheren Analyse des Verhaltens der unterschiedlichen Gruppierungen sind auch die politischen Ereignisse auf der „Straße“ mitheranzuziehen. So ist zu fragen, welche Rolle beispielsweise

Zusammenarbeit „verschiedener antisozialistischer Sammlungsbewegungen“ erkennbar.²⁰² Diese würde durch vielfältige Personalunionen, langjähriges Kennen und Zusammenarbeiten begünstigt werden. Möglich erschien der Staatssicherheit zu diesem Zeitpunkt eine Integration in das „Neue Forum“ als Dachorganisation.

VII. Einzelne Gruppen²⁰³

VII.1. Kirchliche Basisgruppen²⁰⁴

Die kirchlichen Gruppen erschienen dem MfS als der eigentliche und ernstzunehmende Gegner. Das galt für die Staatssicherheitszentrale in Berlin und für die einzelnen Bezirks- bzw. Kreisverwaltungen des MfS. So hieß es in einer „Einschätzung der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der Kräfte und Mittel“ der Bezirksverwaltung Gera von 1987:

„Die sogenannte 'offene' Jugendarbeit der Kirche bildet nach der operativen Zerschlagung der Mehrzahl von PUT-Gruppierungen²⁰⁵ das bedeutsamste und vor allem handlungsfähigste und -bereiteste negativ-feindliche Potential im Bezirk mit den territorialen Schwerpunkten Jena, Saalfeld, Rudolstadt und Pößneck. Die dort tätigen Jugendpfarrer entwickeln sich zusehends zu echten

der Gorbatschow-Besuch in Berlin spielte und welche Bedeutung die Gewaltanwendung der „Sicherheitskräfte“ am 7. und 8. Oktober hatte. Zum zweiten vgl.: Und diese verdammte Ohnmacht. Report der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Okt. 1989 in Berlin. – Berlin, 1991.

202 Information Nr.471/89 der ZAIG vom 23. Oktober 1989 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756, Bl. 146. Als die wichtigste Ausgangsbasis des Wirkens aller „antisozialistischen Sammlungsbewegungen“ erscheint weiterhin die evangelische Kirche (ebenda Bl. 146–147). Zur Sicht der SED: Mielke, Erich; Dickel, Friedrich; Herger, Wolfgang; Sorgenicht, Klaus: Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Formierung und zur Zurückdrängung antisozialistischer Sammlungsbewegungen, 23. Oktober 1989 (die folgende Vorlage für das Politbüro der SED stammt vom 30. Oktober 1989). – In: SAMPO BArch, Politbüro, J IV 2/2A/3250, ohne Zählung; Dohlus, Horst: Information zur aktuellen politischen Lage in der DDR vom 30. Oktober 1989. – In: Ebenda, ohne Zählung.

203 Zu den einzelnen Bürgerrechtsgruppen, politischen Bewegungen und Parteien vgl. Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR/hrsg. von Carola Wuttke und Berndt Musiolek. – Berlin, 1991; Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen/hrsg. von Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz und Jan Wielgohs. – Berlin, 1991.

204 Zum Systematisierungsversuch durch die Stasi vgl. Anlage zur Information Nr.150/89; zur Entwicklung kirchlicher und Friedensgruppen bis 1983: Linke, Dietmar: Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR. – Hamburg, 1988.

205 PUT-Gruppierungen (Politische Untergrundtätigkeit-Gruppierungen); der Begriff wird im Politisch-operativen Wörterbuch des MfS nicht erläutert. Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“. – Berlin, 1993 (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung: Reihe A; 1/93).

Exponenten der PUT und verfügen über umfangreiche operativ relevante Kontakte ins Operationsgebiet.“²⁰⁶

Bei der „Mobilisierung und Zusammenführung von feindlich-negativen Kräften im DDR-Maßstab“ besonders gefährlich waren in den Augen des MfS neben dem Fortsetzungsausschuß „Konkret für den Frieden“ der Mitte 1986 gebildete „Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ (AKSK) und die „Kirche von Unten“ (KvU).²⁰⁷ Als unabhängiger, selbstständiger Arbeitskreis innerhalb der Friedensbewegung verstand sich die Gruppe „Grenzfall“ („Initiative Frieden und Menschenrechte“), die ab 1986 versuchte, mit dem gleichnamigen Informationsblatt ein DDR-weites Informationsnetz für die einzelnen Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts-, Zweidrittel-Welt- und sonstigen Gruppen aufzubauen.²⁰⁸

Die kirchlichen Basisgruppen lassen sich in **Friedenskreise**, Ökologie- und Umweltgruppen, Frauen- und Menschenrechtsgruppen sowie den Bereich der „Gegenkultur“ gliedern. Wichtig für die Herausbildung dieser Gruppen waren die „Initiative zur Einführung eines sozialen Friedensdienstes“ 1981 und der „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ von 1982, die in den Augen des MfS „zu einer Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte und ihres feindlichen Wirkens unter dem Deckmantel des 'Friedenskampfes'²⁰⁹ führten. Ähnliche Bedeutung hatten die seit 1979 jährlich durchgeführten Friedensdekaden der evangelischen Kirchen²¹⁰ und die seit 1982 ebenfalls jährlich stattfindenden Friedenswerkstätten in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg.

206 Vertrauliche Verschlusssache BVfS Gera 261/87. In: Die „Andere“ Geschichte/hrsg. von Katharina Lenski (u. a.). – Erfurt, 1993. – S. 23.

207 Das aktuelle Erscheinungsbild, S. 84.

208 Grenzfall: 1. Ausgabe zur Berliner Friedenswerkstatt 29. Juni 1986. In: Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum/„Initiative Frieden und Menschenrechte“; hrsg. von Ralf Hirsch und Lew Kopelew. – Berlin, 1989, S. 1.

209 Ebenda, S. 80.

210 Zu deren Einschätzung: Information Nr. 455/85 der ZAIG vom 7. November 1985 über Hinweise

zu Plänen und Absichten der evangelischen Kirchen in der DDR und feindlich-negativer Kräfte im Zusammenhang mit der Durchführung der „Friedensdekade“ vom 10. bis 20. November 1984. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, Z 3488. Information Nr. 480/85 der ZAIG (Datum unleserlich) über Verlauf und Ergebnisse der „Friedensdekade 1985“ der evangelischen Kirchen in der DDR in der Zeit vom 10. bis 20. November 1985. – In: Ebenda. Weiter zu den Friedensdekaden und -werkstätten: – Information Nr. 313/86 vom 2. Juli 1986 über die Durchführung der „Friedenswerkstatt 1986“ am 29. Juni 1986 in Berlin-Lichtenberg (ZAIG Z 3524)

– Information Nr. 500/86 vom 4. November 1986 über Hinweise zu Plänen und Absichten der evangelischen Kirchen in der DDR und feindlich-negativer Kräfte im Zusammenhang mit der Durchführung der „Friedensdekade“ vom 9. bis 19. November 1986 (ZAIG Z 3456)

– Information Nr. 537/86 vom 27. November 1986 über Verlauf und Ergebnisse der „Friedensdekade 1986“ der evangelischen Kirchen in der DDR in der Zeit vom 9. bis 19. November 1986 (ZAIG Z 3556)

– Nr. 476/88 vom 3. November 1988 über Pläne und Absichten der evangelischen Kirchen in der DDR im Zusammenhang mit der Durchführung der „Friedensdekade 1988“ (ZAIG Z 3710)

– Nr. 536/88 vom 15. Dezember 1988 über Verlauf und Ergebnisse der „Friedensdekade 1988“ der evangelischen Kirchen in der DDR in der Zeit vom 6. bis 16. November 1988 (ZAIG Z 3710)

Außerdem arbeiteten zahlreiche regionale und örtliche Initiativen. Dazu gehörten in Mecklenburg ab 1981 die Versuche zur Vernetzung der Gruppen durch die „Arbeitsgruppe Frieden“ und ab 1982 die „Mobilen Friedensseminare“, die sich in Pfarrhäusern trafen und mit Themen wie Sicherheit, Ökologie, Menschenrechte, Minderheitenfragen in Osteuropa und der Nord-Südproblematik beschäftigten.²¹¹

Ein wichtiger Markstein in der Entwicklung war das Friedensseminar der Friedensarbeitskreise der evangelischen Kirchen in der DDR am 5. und 6. März 1983 in der Christugemeinde in Berlin-Oberschöneweide unter dem Motto „Konkret für den Frieden“. 125 geladene Personen vertraten hier insgesamt 32 Friedensarbeitskreise.²¹² Vor diesem Publikum nutzten die Pastoren Eppelmann und Tschiche die Gelegenheit, auf die notwendige „Vernetzung“ zwischen den Friedenskreisen und den Aufbau eines Informationsnetzes hinzuweisen. Ein erster Schritt dahin sollte ein weiteres Friedensseminar bzw. ein Treffen regionaler Friedenskreise einzelner Landeskirchen im Jahre 1983 sein.²¹³ Auf die weitere Entwicklung der Friedenskreise kann hier nicht eingegangen werden. Das MfS schätzte sie weiterhin als die wohl wichtigste oppositionelle Gruppierung ein. So hieß es in einem Bericht über die Friedenswerkstatt 1985:

„Alle bisherigen Veranstaltungen wurden von reaktionären kirchlichen und anderen feindlich-negativen Kräften dazu mißbraucht, pseudopazifistische, pseudoökologische und neutralistische Positionen sowie sog. alternative Lebensauffassungen und -weisen zu propagieren, die teilnehmenden Jugendlichen offen feindlich-negativ (1982, 1983) bzw. im Sinne einer distanzierten bzw. ablehnenden Haltung zur sozialistischen Gesellschaft in der DDR (1984) zu beeinflussen. Im Vordergrund der Veranstaltungen standen stets nichtreligiöse Themen und Problemstellungen.“²¹⁴

In der vorrevolutionären Zeit des Jahres 1989 war ein vom „Friedenskreis Weißensee“ vorbereitetes Seminar zu Volksbildungsfragen vom 26. bis zum 28. März 1989 im Evangelischen Gemeindezentrum Berlin-Weißensee wichtig, das neben der Entmilitarisierung der Volksbildung eine Demokratisierung des Bildungssystems der DDR und der gesamten Gesellschaft forderte.²¹⁵ Das

211 Meckel in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 114–115.

212 Information Nr. 86/83 der ZAIG über die Durchführung des sog. Friedensseminars von „Friedensarbeitskreisen“ der evangelischen Kirchen in der DDR am 5./6. März 1983 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 7. März 1983. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, 3332, Bl. 13.

213 Ebenda, Bl. 19–20.

214 Information Nr. 286/85 der ZAIG vom 3. Juli 1985 über die Durchführung der „Friedenswerkstatt 1985“ am 29. und 30. Juni 1985 in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, Z 3467, Bl. 1–2.

215 Das Seminar stand im Zusammenhang mit dem IX. Pädagogischen Kongreß und der Relegation von Schülern von der Carl-von-Ossietzky-Schule und verfaßte zwei offene Briefe an das Ministerium für Volksbildung (Margot Honecker). Vgl. Information Nr. 269/89 der ZAIG vom 31. Mai 1989 über die Durchführung eines von feindlichen, oppositionellen Kräften organisierten sogenannten Seminars zu Volksbildungsfragen in der Hauptstadt der DDR, Berlin. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3776.

Friedensseminar „Konkret für den Frieden VII“ im Februar 1989 in Greifswald solidarisierte sich schließlich mit den in der CSSR verurteilten Oppositionellen²¹⁶, und hier kam auch die Idee zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei zur Sprache.

Vorstufen für das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ und für die „Grüne Partei“ waren die **Ökologie- und Umweltgruppen** der evangelischen Kirche. Deren erstes zentrales Treffen fand im März 1984 im Kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg statt. Es folgte ein zweites Treffen im April 1985, auf dem ca. 30 Vertretern von 27 Gruppen aus der ganzen DDR zusammentrafen.²¹⁷ Damit war ein wichtiger Schritt zur Zusammenführung der verschiedenen Gruppen und zur Erarbeitung gemeinsamer konzeptioneller Vorstellungen getan. Ein erneutes Treffen folgte im April 1986²¹⁸, und im gleichen Jahr konnte in Berlin die Umweltbibliothek gegründet werden.

Organisatorisch entwickelte sich die **Frauenbewegung** aus Frauenfriedensgruppen, aus lesbischen Frauengruppen und aus den Arbeitskreisen feministischer Theologinnen.²¹⁹ Die ersten Frauenfriedensgruppen entstanden als Reaktion auf das Wehrdienstgesetz von 1982 mit der Möglichkeit der Einbeziehung von Frauen zwischen 18 und 50 Jahren in den aktiven Wehrdienst. Zur bekanntesten Frauenfriedensgruppe entwickelte sich „Frauen für den Frieden“²²⁰, die sich bemühte, die Militarisierung aller Lebensbereiche in der DDR aufzudecken, den Verkauf von Kriegsspielzeug zu verhindern und der Einbeziehung der Schulen in die Kriegsvorbereitung entgegenzuwirken.

Als erstes überregionales Treffen unter dem Motto „Frauen für den Frieden“ konnte im September 1983 in Berlin ein Gemeindetag mit mehr als 500 Teilnehmern organisiert werden. Es folgten ein überregionales Treffen im September 1984 in Halle und das von Bärbel Bohley, Ulrike Poppe, Irena Kukutz, Romy Mehner, Jutta Seidel, Gisela Metz und Annedore Havemann vorbereitete „Frauenfriedensseminar“ vom 29. bis zum 31. März 1985 im Berliner Stephanus-Stift.²²¹ An diesem Frauenfriedensseminar nahmen 107 Frauen aus zehn Bezirken der DDR teil. Mit dem Seminar war für die Stasi

216 Information Nr. 126/89 der ZAIG vom 20. März 1989 über Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte unter Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, Z 3751, Bl. 1.

217 Information Nr. 209/85 der ZAIG vom 15. Mai 1985 über ein erneutes Treffen von Vertretern sogenannter Umweltgruppen evangelischer Kirchen in der DDR vom 26. bis 28. April 1985 im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg/Halle. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3458.

218 Information Nr. 225/86 der ZAIG vom 14. Mai 1986 über Erkenntnisse im Zusammenhang mit einem erneuten Treffen von Vertretern sog. Umweltgruppen evangelischer Kirchen in der DDR vom 18. bis 20. April 1986 im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg/Halle. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z3512.

219 Hornig, Daphne: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Kleine Geschichte der DDR-Frauenbewegung. – In: Stattdbuch Ost, S. 26–33, hier S. 26.

220 Tonbandprotokoll Ulrike Poppe.

221 Information Nr. 152/85 der ZAIG vom 29. April 1985 über die Durchführung des zweiten überregionalen Treffens sogenannter Frauenfriedensgruppen aus der DDR in der Zeit vom 29. bis 31. März 1985 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG, Z 3450.

eine höhere Stufe der alternativen und oppositionellen Frauenbewegung, die als feindlich-negativ eingeschätzt wurde, in der DDR erreicht. Mobilisierende Wirkung hatten ebenfalls die „Nachtgebete der Frauen“, deren drittes – nach zwei Nachtgebeten 1984 – am 22. Mai 1985 in der Berliner Auferstehungskirche stattfand.²²²

Ab 1985 beschäftigten sich verschiedene Frauengruppen verstärkt mit frauenspezifischen Fragen, und seit 1985/86 erlangten die Gruppen der Lesben organisatorische Selbständigkeit.²²³ Sie führten 1985 ihr erstes DDR-weites Treffen durch. 1986 folgten, jetzt schon für alle Frauen offen, ein Treffen „Frauen und Selbstverwirklichung“ und 1987 „Macht in Beziehungen“.²²⁴ Auf dem Kirchentag in Halle gab es 1988 ein Lesbenforum, und im Herbst des gleichen Jahres folgte eine von Lesbengruppen aus sieben Städten organisierte Lesbenwerkstatt.

Unter den **Menschenrechtsgruppen** spielte ab 1986 die kirchenunabhängige „Initiative Frieden und Menschenrechte“ eine Schlüsselrolle. Das MfS hielt schon ab 1985 auch das Engagement dieser Gruppierungen für von außen gesteuert und auf der Grundlage „imperialistischer Menschenrechtsdemagogie“ entstanden.²²⁵ Nur teilweise unter dem Dach der Kirche entwickelte sich die „**Zweite Kultur**“ oder „**Gegenkultur**“²²⁶ mit Lesungen, Theatergruppen, Musik und Ausstellungen. Schwerpunkte waren der Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg und verschiedene sächsische Städte. Verschiedentlich bestanden Beziehungen zu Umwelt- und Friedensgruppen; so gab es Unterstützung bei der Produktion von Umweltfilmen. Eine Mehrheit unter den Vertretern der „zweiten“ Kultur stand der politischen Opposition aber wohl skeptisch oder mit Unverständnis gegenüber.²²⁷

VII.2. Überregionale Gruppen

Unter den schon erwähnten Gruppen mit überregionaler Wirkung wuchs ab 1986 die „**Umweltbibliothek des Friedens- und Umweltkreises der Zionsgemeinde Berlin**“²²⁸, auch durch die Herausgabe der „Umweltblätter“ und

222 Information Nr. 232/85 der ZAIG vom 29. Mai 1985 über die Durchführung eines „3. Nachtgebetes der Frauen“ am 22. Mai 1985 in der Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3460.

223 Erstmals traten 1983 in Berlin Lesben im Rahmen der Friedenswerkstatt „Frieden pflanzen“ mit einem Informationsstand an die Öffentlichkeit, und in Jena gab es einen wöchentlich stattfindenden „Lesbentee“.

224 Hornig, S. 29.

225 Das aktuelle Erscheinungsbild, S. 83.

226 Tonbandprotokoll Uwe Warnke. Dazu auch: MachtSpiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg/hrsrg. von Peter Böthig und Klaus Michael. – Leipzig, 1993 (Reclam-Bibliothek; 1460); Rüdtenklau, S. 15–25. Verschiedene Künstler der „Gegenkultur“ erhoben den Anspruch, die „erste“ oder „eigentliche“ Kultur der DDR zu repräsentieren.

227 Da dieser Bereich nicht zur politischen Opposition zählte, wird in der Expertise auf eine weitere Darstellung verzichtet.

228 Rüdtenklau, S. 99–105.

als Nische für die Gegenkultur, zu einem Zentrum der DDR-Opposition. Auf dem Höhepunkt ihrer Wirksamkeit versorgte sie im Oktober 1989 ca. 200 Umweltgruppen in der DDR mit Materialien. Während der Vorschlag Carlo Jordans und vier anderer Mitarbeiter der Umweltbibliothek, ein Netzwerk der Ökologiegruppen zu bilden, auf dem Berliner Ökologieseminar im Herbst 1987 noch durchfiel, konnte im Januar 1988 der „Grün-ökologische Bund (Netzwerk) Arche“ gebildet werden. Im Mai 1988 kam es zu einem Unvereinbarkeitsbeschluß, und die Arche-Mitglieder verließen die Umweltbibliothek.

Das „**Grün-ökologische Netzwerk Arche**“²²⁹ war seit seiner Gründung vor allem in Berlin, Leipzig und einigen anderen Städten organisiert und setzte sich in ca. 15 verschiedenen, auch politischen (wie „Grün-Ökologische Demokratie“) und rein ökologischen Gruppen (so in Bitterfeld) mit der DDR-Realität auseinander.²³⁰ Als basisdemokratische Organisation arbeitete die „Arche“ nach den Prinzipien von Öffentlichkeit und Zusammenarbeit mit allen ökologisch interessierten Gruppen bzw. Einzelpersonen. In Form von Rundtischgesprächen trugen einzelne Projektgruppen ihre Berichte zuerst einmal wöchentlich in der Andreas-Markus-Kirche am Berliner Ostbahnhof (heute Hauptbahnhof) und dann in der Gemeinde des Friedrichsfelder Pfarrers Gottfried Gartenschläger vor.²³¹ Intensiv gestalteten sich die Beziehungen zu den Umweltorganisationen der „sozialistischen Länder“ und ihrer Dachorganisation „Green-Way“. Im Oktober 1989 gründeten die Wortführer der „Arche“ die „Grüne Partei“ in der DDR.

Nachdem es auf der Berliner Friedenswerkstatt im Sommer 1985 den Vorschlag gegeben hatte, ein DDR-weites Menschenrechtsseminar durchzuführen, besprach ein Vorbereitungskreis mit Vertretern verschiedener Friedensgruppen Konzept und Organisation eines solchen Seminars, dessen Durchführung in den Räumen einer evangelischen Gemeinde in Berlin-Treptow jedoch von kirchlichen Amtsträgern verhindert wurde. Aus dieser Situation heraus beschloß ein Teil der Beteiligten, sich als selbständige Menschenrechtsgruppe zu konstituieren. Die im Januar 1986 gegründete „**Initiative Frieden und Menschenrechte**“ (IFM)²³² war die erste oppositionelle Gruppe, die sich

229 Ebenda, S. 178–180.

230 Frank Bogisch in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 210. Zur Stasi-Sicht: Information Nr. 77/89 über das „Grün-Ökologische Netzwerk Arche“ in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. – In: Mitter/Wolle: Ich liebe euch, S. 17–19.

231 Gartenschläger war Inoffizieller Mitarbeiter des MfS.

232 Zur IFM: Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhard: „Initiative Frieden und Menschenrechte“. – In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoths, S. 148–165, auch in: Stattbuch Ost, S. 109–114; Rüdtenklau, S. 51–54, 76–77, 284–286. Zur Organisationsgeschichte: Wuttke/Musiolek, S. 46–47; Was will die Bürgerbewegung/hrsg. von Helmut Müller-Enbergs. – Augsburg, 1992, S. 96. Zum auch aus der IFM hervorgegangenen Bündnis 90 vgl. Wielgoths/Schulz/Müller-Enbergs; Information Nr. 496/89 der ZAIG vom 7. November 1989 über das Wirken des „Neuen Forum“, weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3 001. Zu den Differenzen unter den Gründern vgl. Rüdtenklau, S. 51–54.

bewußt nicht in kirchlichen Räumen traf. Die IFM besaß keine festen Organisationsstrukturen und keine formale Mitgliedschaft, ihre Mitglieder kamen aus verschiedenen Friedenskreisen, und es gab nicht zu diesen gehörende einzelne Engagierte – vor allem aus Berlin, später auch aus anderen Teilen der DDR. Drei Sprecher vertraten die IFM gegenüber der Öffentlichkeit. Die Initiative setzte sich für Abrüstung und gegen die Verfolgung politisch Andersdenkender ein und versuchte, jeweils die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit gleichzeitig anzusprechen und ihre Stellungnahmen namentlich zu unterzeichnen. Im Juni 1986 erschien mit dem „Grenzfall“ die erste politische Samisdat-Zeitschrift. Zu den wichtigsten frühen Aktionen der IFM gehörte der von Rainer Eppelmann verfaßte Appell zum UNO-Jahr des Friedens an die DDR-Regierung, in dem ihre Grundforderungen zusammengefaßt waren. Dazu gehörten:

- schrittweise Einführung der Reisefreiheit für die Bevölkerung der DDR;
- Aufhebung der juristischen Grundlagen und der Praxis strafrechtlicher Verfolgung politischer Tätigkeit;
- Demokratisierung des Wahlrechtes;
- Gewährleistung von Versammlungs-, Kundgebungs- und Vereinigungsfreiheit;
- Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für einen zivilen Wehrersatzdienst;
- öffentlicher Dialog zu diesen Themen.²³³

Etwa ab 1987 begannen sich die Antragsteller auf Ausreise aus der DDR in Staatsbürgerrechtsgruppen selbst zu organisieren und in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ mitzuarbeiten. Von ihnen ging auch die Idee der Beteiligung an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin im Januar 1988 aus.

Die IFM verstand sich als eine der ersten Gruppen in der DDR bewußt als politische Opposition und agierte als solche weitgehend außerhalb des Schutzbereichs der evangelischen Kirche. In der Anfangsphase der revolutionären Situation in der DDR veröffentlichte die Initiative am 11. März 1989 einen Aufruf zur landesweiten Zusammenarbeit kritischer Bürger und überschritt damit die sich selbst gesetzten Grenzen. Damit war eine Voraussetzung für die wichtige Rolle geschaffen, die die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in Herbst 1989 besonders am „Runden Tisch“ spielen konnte. Eine Konferenz der Initiative im Februar 1990 verabschiedete schließlich das Wahlprogramm und faßte den Beschluß über ein Wahlbündnis („Bündnis 90: Bürger für Bürger“)

233 Templin/Weißhuhn in: Stattbuch Ost, S. 111.

mit dem „Neuen Forum“ und „Demokratie Jetzt“, das bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 336 074 Stimmen und damit zwölf Mandate erringen konnte.²³⁴

VII.3. SDP/SPD²³⁵

Nach einer gedanklichen Vorbereitungsphase ab Mitte der achtziger Jahre war es einigen Köpfen der DDR-Opposition nach der Ereignissen der Luxemburg-Liebnecht-Demonstration vom Januar 1988 endgültig klar geworden, daß die bisher bestehenden Gruppen mit ihrer losen Struktur in der Auseinandersetzung mit dem SED-Staat auf die Dauer nur wenig bewirken würden. Um zu rechtlich verbindlichen Strukturen zu gelangen, arbeiteten die Theologen Markus Meckel und Martin Gutzeit das Projekt „Bürgerbeteiligung: Verein zur Förderung der Mitarbeit am gesellschaftlichen und politischen Leben in der DDR“ aus. Dieser Verein konnte allerdings nicht gegründet werden, und im August 1988 setzte sich bei Gutzeit nach verschiedenen theoretischen Vorarbeiten die Überzeugung durch, daß eine Parteigründung in der DDR auf der Tagesordnung stand. Aus dieser Erkenntnis heraus verfaßten er und Meckel im Zeitraum zwischen Januar und März 1989 einen ersten Entwurf für eine „Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“.²³⁶ Die Idee zur Neugründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR kam beim Treffen „Frieden konkret VII“ Mitte Februar 1989 in Greifswald erstmals öffentlich zur Sprache und wurde, u. a. mit dem Argument, es komme darauf an, die Gruppen an der Basis zu vernetzen oder einen öffentlichen Diskurs zu führen, bzw. mit der Einstellung, man wolle keine Partei nach westlichem Muster, abgelehnt.²³⁷ Ebenfalls von Gutzeit und Meckel stammte eine „Vorlage zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei

234 Wuttke/Musiolek, S. 47.

235 Vgl. Herzberg/von zur Mühlen; Neugebauer, Gero; Niedbalski, Bernd: Die SDP/SPD in der DDR 1989–1990: Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation. – Berlin, 1992 (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, 74); Dowe/Eckert; Wuttke/ Musiolek, S. 58–59. Zur Sicht der SED: Mielke, Erich; Dickel, Friedrich; Heger, Wolfgang; Sorgenicht, Klaus: Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Formierung und zur Zurückdrängung antisozialistischer Sammlungsbewegungen vom 30. Oktober 1989, Anlage 1, S. 6. – In: SAMPO BArch, Politbüro J IV 2/2/2356. Hier wird davon ausgegangen, daß die SDP im „Vergleich zu den antisozialistischen Sammlungsbewegungen in bezug auf Inhalte, Organisation und Arbeitsweise am weitesten“ sei.

236 Vgl. dazu von zur Mühlen, Patrik. Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. – In: Herzberg/von zur Mühlen, S. 38–42–60, und die Interviews mit den SDP-Gründern in gleichen Band; Einzelheiten in: Gutzeit: Weg, S. 94.

237 Gutzeit in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 91; Meckel in: Ebenda, S. 120.

zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“ in der DDR. Jetzt ging Oberst Wiegand schon von insgesamt 17 Bestrebungen zur Bildung von Oppositionsparteien aus.²⁴³

Schon einen Tag vorher hatte die Hauptabteilung XX über die Bestrebungen zur Gründung einer ostdeutschen Sozialdemokratie und darüber, daß auch andere „feindlich-negative Kräfte“ bis zum „Nationalfeiertag der DDR“ am 7. Oktober beabsichtigten, mit ihren Programmen in die Öffentlichkeit zu treten²⁴⁴, informiert. Das MfS schlug zwar vor, das „provokative Wirksamwerden der Initiatoren/Organisatoren“ auf der Grundlage der DDR-Verfassung und einschlägiger Gesetze zu unterbinden, konnte die Lawine aber nicht mehr aufhalten. So mußte sich am 21. September die Hauptabteilung XX/4 wiederum mit dem „Bestreben feindlich-oppositioneller Kräfte“, eine sozialdemokratische Partei (Meckel, Gutzeit, Noack, Böhme, Pfarrer Becker aus Halle) zu bilden, das „Neue Forum“ (Jens Reich, Tschiche, Rolf Henrich)²⁴⁵ anzumelden, einen „Demokratischen Aufbruch“ (Rainer Eppelmann, Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter, Rudi Pahnke)²⁴⁶ und eine „Demokratische Initiative“ (durch den Medizinstudenten Arnold aus Leipzig) zu bilden, beschäftigen.²⁴⁷ Zu den Oppositionsbestrebungen zählte das MfS jetzt auch Unterschriftensammlungen für „Demokratie“, den aus der CDU hervorgegangenen „Brief aus Weimar“ und die mit der „Böhlener Plattform“ verbundenen Bestrebungen, eine „Vereinigte Linke“ zu bilden. Als Gegenmaßnahme forderte die zuständige Hauptabteilung die Information der SED-Spitze²⁴⁸, die „umfassende Auseinandersetzung auf politischer Grundlage“, „personenbezogenes Vorgehen gegen Inspiratoren/Organisatoren, gegen Unterzeichner von Gründungserklärungen“ u. a. sowie die Förderung von Auseinandersetzungen in der Kirche. Dazu kam die Disziplinierung durch Ordnungsstrafverfahren für Inspiratoren/Organisatoren von Vereinigungen und zahlreiche andere Maßnahmen, wie der Einsatz „unbedingt zuverlässiger“ IM zur Besetzung von Führungspositionen (ohne Aktivisten zu werden), zur Information über Bewegungsabläufe und Hintergründe sowie um Zweifel anzumelden, zu nörgeln, zu

243 Aktenvermerk über eine Beratung in der HA XX bei Oberst Wiegand am 7.9.1989. – In: BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit. Dem war ein Gutachten zu „rechtlichen Problemen der Bildung einer 'Initiativgruppe'“ eines Oberst Lemme von der Rechtsstelle des MfS vom 5. September 1989 vorausgegangen, die verschiedene rechtliche Mittel gegen die Initiativgruppe erwoh und letztlich eine Anwendung des § 218 des Strafgesetzbuches der DDR – „Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ – beim „weiteren Tätigwerden der Personen“ für möglich hielt. Ebenda.

244 Information 552/89: Bestrebungen zur Formierung einer legalen politischen Opposition in der DDR vom 6. September 1989. – In: Archiv Gutzeit. Namentlich nennt die Information u. a. den „Demokratischen Aufbruch“ und das spätere „Neue Forum“.

245 Jens Reich wird irrtümlich als Pfarrer bezeichnet, Henrich „Hendrich“ geschrieben.

246 Schorlemmer wurde „Schorlemmer“ geschrieben, der gesamte Personenkreis als „reaktionäre kirchliche Amtsträger“ bezeichnet. Vgl.: Ebenda, Bl. 2.

247 Abteilung XX, Neubrandenburg, am 22. September 1989: Beratung der Hauptabteilung XX/4 am 21. 9. 1989. – In: BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit.

248 Zum Umgang mit diesen Informationen vgl. Vertrauliche Verschlusssache MfS-Nr. 64/89 Erich Mielkes vom 2. September 1989. – In: BStU, Zentralarchiv/Archiv Gutzeit.

debattieren, zu theologisieren und Mißtrauen zu säen – also zu „zersetzen“.²⁴⁹ Hier sollten auch „gesellschaftliche Kräfte“ einbezogen werden.

Das alles konnte allerdings nicht verhindern, daß über weitere Zwischenstufen eine Initiativgruppe am 7. Oktober 1989 illegal die SDP (bis zur Delegiertenkonferenz vom 12. bis zum 14. Januar 1990 SDP, dann SPD) in Schwante gründete und gleichzeitig einen Aufnahmeantrag in die Sozialistische Internationale stellte. Der gewählte Vorstand bestand aus dem ersten Sprecher Stephan Hilsberg, den zweiten Sprechern Meckel und Angelika Barbe, Böhme als Geschäftsführer und weiteren Personen. Die Delegiertenkonferenz vom Januar 1990 bestätigte diesen Vorstand und erweiterte ihn durch Kooptierung um Sozialdemokraten aus den Bezirken. Der Leipziger Parteitag vom 22. bis zum 25. Februar 1990 schließlich wählte Böhme zum Vorsitzenden der Partei und zum Spitzenkandidaten für die Volkskammerwahl. Nach seiner Entlarvung als „Inoffizieller Mitarbeiter“ der Stasi folgten Meckel und Wolfgang Thierse als Parteivorsitzende. Bei der Volkskammerwahl wählten 2.525.534 Wahlberechtigte die SPD, die damit mit 88 Abgeordneten in die Volkskammer einzog.²⁵⁰

VII.4. *Grüne Partei/Grüne Liga*²⁵¹

Die Umweltbibliothek²⁵² entwickelte sich nach ihrer Gründung schnell zu einem Kommunikationszentrum der oppositionellen Gruppen. Allerdings meint der Mitbegründer des „Netzwerkes Arche“ und der „Grünen Partei“ in der DDR, Carlo Jordan, daß Berlin zwar der Ort geistiger Auseinandersetzungen gewesen sei, daß die ökologisch orientierte Oppositionsbewegung jedoch aus den sächsischen Krisengebieten stammen würde. Für Jordan stellt die Solidaritätswelle nach dem Stasi-Überfall auf die Umweltbibliothek im November 1987 den eigentlichen Beginn der Bürgerbewegung dar.²⁵³ Für deren

249 Beratung am 21. 9. 1989, Bl. 3.

250 Wuttke/Musiolek, S. 59.

251 Vgl. Kühnel, Wolfgang; Sallmon-Metzner, Carola: „Grüne Partei“ und Grüne Liga. – In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoß, S. 166–220; Müller-Enbergs, 107; Wuttke/Musiolek, S. 45–46. Zu den „Grünen“ im Herbst 1989 in der Sicht des MFS vgl.:

– Information Nr. 416/89 der ZAIG vom 19. September 1989 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3 756.

– Information Nr. 496/89 der ZAIG vom 7. November 1989 über das Wirken des „Neuen Forum“, weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3 001.

252 Zu den Versuchen von Mitgliedern der Bundestagsfraktion der „Grünen“, Verbindungen zur DDR-Opposition aufzunehmen vgl.: Information Nr. 445/86 der ZAIG vom 29. September 1986 über Zusammenkünfte von Mitgliedern der Delegation der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN während ihres Aufenthaltes in der DDR vom 1. bis 5. September 1986 mit Exponenten politischer Untergrundtätigkeit. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3550; Information Nr. 448/86 der ZAIG vom 30. September 1986 über erneute Zusammenkünfte von Mitgliedern der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN mit Exponenten politischer Untergrundtätigkeit in der DDR, ebenda.

253 Tonbandprotokoll Jordan.

Entwicklung war auch bedeutsam, daß aus dem „Netzwerk Arche“ heraus die Forderung nach grünen Listen für die Kommunalwahl im Mai 1989 kam und das Projekt der Wahlkontrolle angeregt wurde.

Nach einer Gründungsinitiative von Anfang Oktober 1989 und dem Gründungsauf Ruf vom 5. November konstituierte sich die Grüne Partei – getragen von Vertretern des „Grünen Netzwerkes Arche“, der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ im Kulturbund der DDR und verschiedener Ökologiegruppen – am 24. November 1989 auf dem 6. Ökologie-Seminar in Berlin. An der Volkskammerwahl nahmen die „Grünen“ gemeinsam mit dem Unabhängigen Frauenverband teil, erreichten in diesem Verbund 226 932 Stimmen und damit 8 Mandate, die sie ausschließlich mit ihren eigenen Kandidaten besetzten.²⁵⁴

VII.5. *Neues Forum (NF)*²⁵⁵

Das u. a. von Bärbel Bohley, Rolf Henrich, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich und Hans-Jochen Tschiche unterzeichnete Gründungsmanifest des „Neuen Forums“ als Bürgerbewegung entstand am 9./10. September 1989²⁵⁶ im Gartenhaus des verstorbenen Robert Havemann in Grünheide bei Berlin.²⁵⁷ Der Versuch vom 19. September, das NF offiziell registrieren zu lassen, scheiterte vorerst am Widerstand der SED, die das Forum als staatsfeindliche Organisation und seine Autoren als Gegner des Sozialismus einschätzte.²⁵⁸ Erst am 8. November 1989 konnte die Registrierung durchgesetzt werden, und am 27./28. Januar 1990 beschloß das „Neue Forum“ auf seiner ersten Delegiertenkonferenz Statut und Programm. Gemeinsam mit „Demokratie

254 Wuttke/Musiolek, S. 46.

255 Vgl. Die ersten Texte des „Neuen Forum“, erschienen in der Zeit vom 9. Sept. bis 18. Dez. 1989. – Berlin, 1990; Reich: Rückkehr, S. 184–203. Zum „Neuen Forum“ auch Schulz, Marianne: Neues Forum. – In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoßs, S. 11–104; Müller-Enbergs, S. 120; Wuttke/Musiolek, S. 54–55. Zum teilweise aus dem „Neuen Forum“ hervorgegangenem „Bündnis 90“ vgl. Wielgoßs/Schulz/Müller-Enbergs. Zur Sicht der SED: Mielke/Dickel/Herger/Sorgenicht, Anlage 1, S. 2–5. Hier wird davon ausgegangen, daß vom NF die „größten Gefahren“ ausgingen, da es den größten Einfluß habe und am weitesten verbreitet sei.

256 Die Staatssicherheit hatte bereits am 6. September 1989 über die beabsichtigte Gründung eines „Demokratischen Forum“ (des späteren „Neuen Forum“) berichtet, vgl. Information 552/89 der Hauptabteilung XX: Bestrebungen zur Formierung einer legalen politischen Opposition in der DDR.

257 Vgl. Information der ZAIG Nr. 416/89 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756. Weitere Information der ZAIG zum „Neuen Forum“:

– Nr. 427/89 über beachtenswerte Aspekte im Zusammenhang mit der beabsichtigten Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung „Neues Forum“ vom 26. September 1989 (ZAIG Z 3801)

– Nr. 429/89 über die Reaktion von Antragstellern auf die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung „Neues Forum“ vom 27. September 1989 (ZAIG Z 3001)

– Nr. 434/89 über weitere beachtenswerte Reaktionen von Antragstellern auf die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung „Neues Forum“ und über

Jetzt“ und der IFM erreichte das NF im „Bündnis 90“ zur Volkskammerwahl 336.074 Stimmen und damit 12 Mandate.²⁵⁹

VII.6. *Demokratie Jetzt (DJ)*²⁶⁰

Ausgehend von einem christlich-sozialistischem Ansatz forderte die am 12. September 1989 gegründete Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, – deren

- Nr. 440/89 die Fortsetzung von Aktivitäten zur Formierung dieser oppositionellen Sammlungsbewegung (ZAIG Z 3001)
- Nr. 451/89 über weitere beachtenswerte Aspekte im Zusammenhang mit der Formierung der oppositionellen Sammlungsbewegung „Neues Forum“, ohne Datum (ZAIG Z 3001)
- Nr. 455/89 über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen vom 9. Oktober 1989 (ZAIG Z 3756)
- Nr. 459/89 über ein geplantes DDR-weites Treffen von Vertretern des „Neuen Forum“ in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 13. Oktober 1989 (ZAIG Z 3001)
- Nr. 471/89 über die weitere Formierung des „Neuen Forum“ und weiterer oppositioneller Bewegungen vom 17. Oktober 1989 (ZAIG Z 3001)
- Nr. 471/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme vom 23. Oktober 1989 (ZAIG Z 3756)
- Nr. 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme vom 30. Oktober 1989 (ZAIG Z 3756)
- Nr. 496/89 über das Wirken des „Neuen Forum“, weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme vom 7. November 1989 (ZAIG Z 3001)
- Nr. 503/89 über erste Hinweise zum sog. 2. DDR-weiten Sprechertreffen des „Neuen Forum“ vom 14. November 1989 (ZAIG Z 3001)
- Nr. 518/89 über einige beachtenswerte Aspekte der am 25. und 26. November 1989 durchgeführten Tagung des „Neuen Forum“ zur Thematik „Erfahrungen der Reformen in Osteuropa und die Wirtschaftsreform in der DDR unter Berücksichtigung der politischen Konstellation beider deutscher Staaten“ (ZAIG Z 3001). Zur Sicht der Stasi: Information Nr. 429/89 vom 27. September 1989 über die Reaktion von Antragstellern auf die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung „Neues Forum“. – In: Mitter/Wolle: Ich liebe euch, S. 177; Information Nr. 496/89 vom 7. November 1989 über das Wirken des „Neuen Forum“, weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. In: Ebenda, S. 246–251.

258 So in der „Information“ 261 vom Oktober 1989, vgl. Schorlemmer: Worte, S. 259.

259 Wuttke/Musiolek, S. 55.

260 Vgl. auch Wielgoß, Jan; Müller-Enbergs, Helmut: Die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. – In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoß, S. 105–147; Müller-Enbergs, S. 48; Wuttke/Musiolek, S. 32–33. Zum auch aus „Demokratie Jetzt“ hervorgegangene „Bündnis 90“ vgl. Wielgoß/Schulz/Müller-Enbergs.

Zur Stasi-Sicht im Herbst 1989:

– Information Nr. 416/89 der ZAIG vom 19. September 1989 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756.

– Information Nr. 485/89 vom 30. Oktober 1989 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme (ZAIG Z 3756).

Vorgesichte als innerkirchlicher Arbeitskreis bis ins Jahr 1986 zurückreichte – auf basisdemokratischer Grundlage eine breite Demokratisierung des öffentlichen Lebens. „Demokratie Jetzt“, war Mitinitiator des Runden Tisches, legte im Januar 1990 einen Drei-Stufen-Plan zur schrittweisen Vereinigung von DDR und Bundesrepublik vor und gab sich auf einem ersten Landesvertretertreffen vom 19. bis 21. Januar 1990 ein Programm und ein Statut. Bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 trat „Demokratie Jetzt“ mit dem „Neuen Forum“ und der IFM als „Bündnis 90“ an, das gemeinsam mit 336.074 Stimmen 12 Mandate gewann.²⁶¹

VII.7. *Demokratischer Aufbruch (DA)*²⁶²

Erste Überlegungen Rudi Pahnkes, Ehrhart Neuberts, Edelbert Richters, Thomas Welz, Thomas Sells, Wolfgang Schnurs und Rainer Eppelmanns zur Schaffung einer DDR-weiten auf Reform des Realsozialismus orientierten Bürgerbewegung gehen auf den Juni 1989 zurück.²⁶³ So verabredeten sie am 21./22. Juni 1989 auf einem Kolloquium „Gruppen in der Kirche“ beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin ein Treffen am 21. und 22. August in Dresden, von dem die Initiative zur Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“ ausging.²⁶⁴ Auch die Absicht zur Gründung des DA wurde dem MfS verraten, das in einer Information vom 6. September wichtige konzeptionelle Überlegungen der späteren „Gründungsväter“ zusammenfassen konnte.²⁶⁵ Die Gründungsversammlung am 1. Oktober im Berliner Königin-Elisabeth-Hospital konnte allerdings – nachdem sich andere Oppositionelle im „Neuen

261 Wuttke/Musiolek, S. 32.

262 Zur Organisationsgeschichte: Müller-Enbergs, S. 63; Wuttke/Musiolek, S. 35–36; zum „Demokratischen Aufbruch“ in der Sicht des MfS:

– Information Nr. 432/89 der ZAIG vom 29. September 1989 über eine geplante Zusammenkunft zur Konstituierung einer oppositionellen Sammlungsbewegung „Demokratischer Aufbruch“. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3802; auch in: Mitter/Wolle, S. 178–183.

– Information Nr. 433/89 der ZAIG vom 2. Oktober 1989 über die Verhinderung einer geplanten zentralen Zusammenkunft zur Konstituierung einer oppositionellen Sammlungsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ (ZAIG Z 3802), auch in Mitter/Wolle: Ich liebe euch, S. 180–183.

– Information Nr. 459/89 der ZAIG vom 17. Oktober 1989 über die weitere Formierung des „Neuen Forum“ und weiterer oppositioneller Bewegungen (ZAIG Z 3001)

– Information Nr. 471/89 der ZAIG vom 23. Oktober 1989 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme (ZAIG Z 3756)

– Information Nr. 481/89 der ZAIG vom 26. Oktober 1989 über die geplante Gründung der antisozialistischen Sammlungsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ am 29. Oktober 1989 in Berlin vom 26. Oktober 1989 (ZAIG Z 3802).

Zur SED-Sicht: Mielke/Dickel/Herger/Sorgenicht, Anlage 1, S. 5.

263 Eppelmann: Fremd, S. 335.

264 Gutzeit: Weg, S. 94.

265 Vgl. Information 552/89 der Hauptabteilung XX: Bestrebungen zur Formierung einer legalen politischen Opposition in der DDR. – In: Archiv Gutzeit.

Forum“ und in der SDP organisiert hatten – nicht mehr verhindert werden.²⁶⁶ Ende Oktober 1989 zeichnete sich im DA eine Mehrheit für die Umwandlung von einer Bürgerbewegung (mit der Hoffnung auf eine Reform der DDR) zu einer Partei ab.²⁶⁷ Da viele Mitglieder im Gegensatz zu den Initiatoren keine Linkspartei mehr wollten, lehnten auf dem Leipziger Parteitag am 16./17. Dezember 1989 besonders die Delegierten aus Thüringen und Sachsen das links-ökologische Programm ab.²⁶⁸ Hier zeigte sich auch, daß den „Demokratischen Aufbruch“ als Sammlungsbewegung nur die gemeinsame Opposition gegen die DDR verband.²⁶⁹ Die Überzahl der Parteitagsdelegierten wandte sich jetzt gegen jede Form von Sozialismus und strebte die schnellstmögliche Herstellung der deutschen Einheit an. Die basisdemokratisch und ökologisch ausgerichteten „Linken“ wie Friedrich Schorlemmer oder Rudi Pahnke verließen den DA. Dessen Vorstand wechselte schließlich Anfang Februar 1990 in das konservativ-christlich-demokratische Lager, und so verband sich der „Demokratische Aufbruch“ am 5. März 1990 mit Ost-CDU und DSU zum Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“. Dazu meinte Schorlemmer, daß die Partei in die „Allianz für Deutschland“ „hineingekauft“ worden sei²⁷⁰, während Eppelmann den Schritt mit dem Argument verteidigte, daß kein anderer Weg geblieben wäre, da die SPD zu keinem Bündnis bereit war, die Bürgerbewegung Parteien ablehnte und die FDP schon einen Partner besaß.²⁷¹

Bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 erreichte der „Demokratische Aufbruch“, nach dem Rücktritt seines Vorsitzenden Wolfgang Schnur wegen Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst schwer gebeutelt, 106.146 Stimmen und damit 4 Mandate.²⁷²

VII.8. *Unabhängiger Frauenverband (UFV)*²⁷³

Der UFV hat seine Ursprünge in den Frauenfriedensgruppen, in verschiedenen kirchlichen Gruppen, in der Lesbenbewegung und im Engagement von Wissenschaftlerinnen wie Ina Merkel. Nach einem Aufruf des „Initiativkomitees zur Gründung eines autonomen Frauenverbandes der DDR“ vom 26. November 1989 beschlossen am 3. Dezember 1.200 Frauen in der

266 Eppelmanns eigentlicher Plan, in der DDR eine sozialdemokratische Partei zu gründen, war an der Haltung der West-SPD gescheitert und schon längst ad acta gelegt. Vgl. Eppelmann, Rainer: Wendewege. Briefe an die Familie/hrsg. von Dietmar Herbst. – Bonn; Berlin, 1992. – S. 9–11.

267 Tonbandprotokoll Schönherr.

268 Schorlemmer: Worte, S. 313.

269 Ebenda, S. 211.

270 Ebenda, S. 315.

271 Eppelmann: Fremd, S. 349.

272 Wuttke/Musiolek, S. 36.

273 Tonbandprotokoll Marinka Körtzendörfer. Vgl. auch Hampele, Anne: Der Unabhängige Frauenverband. – In: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs, S. 221–282; Hornig; Müller-Enbergs, S. 130; Wuttke/Musiolek, S. 62.

Berliner Volksbühne die Gründung des UFV als alternativer Frauenbewegung. Am 17. Februar 1990 folgte der offizielle Gründungskongreß, auf dem sich der Frauenverband Programm und Statut gab. Schließlich erkämpfte er sich Zugang zum „Runden Tisch“ und brachte dort die Initiative für eine „Sozialcharta“ ein, die die Volkskammer am 2. März annahm. Der UFV selbst erhob den Anspruch, Dachverband für alle Frauen zu sein und deren Interessen über Parteigrenzen hinweg wahrzunehmen, konnte diesen aber nicht durchsetzen. Bei der Volkskammerwahl trat der „Unabhängige Frauenverband“ gemeinsam mit den Grünen an, errang in diesem Verbund 226.932 Stimmen, erhielt jedoch kein Volkskammermandat, da die „Grünen“ alle Sitze für sich beanspruchten.²⁷⁴

VII.9. *Vereinigte Linke (VL)*²⁷⁵

Die „Vereinigte Linke“ entstand im September 1989 als „linkes“ Aktionsbündnis und Opposition zum spätstalinistischen System in der DDR. Die Gründung als politische Organisation folgte am 30. Januar 1990. Die 2. Delegiertenkonferenz am 24. und 25. Februar 1990 in Berlin verabschiedete ein Wahlprogramm für die Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Gemeinsam mit der Partei „Die Nelken“ errang die VL im „Aktionsbündnis Vereinigte Linke“ 20.342 Stimmen und damit ein Mandat.²⁷⁶

VII.10. *SED-Reformer*

Die Gruppierungen der vorsichtigen SED-Reformer²⁷⁷ schlossen sich um verschiedene theoretische Projekte zusammen. Am bedeutsamsten waren wohl das Sozialismus-Projekt und die „Arbeitsgruppe Friedensforschung“ an der Berliner Humboldt-Universität, die sich mit Namen wie Dieter Klein, Rainer Land, André und Michael Brie, Dieter Segert sowie Rosemarie Will verbinden.²⁷⁸ Eine zumindest partielle Zusammenarbeit bzw. Kontaktaufnahme

274 Wuttke/Musiolek, S. 62.

275 Tonbandprotokoll Silvia Müller. Frau Müller war auch Mitglied von Gruppen der kirchlichen Friedensarbeit (Friedenskreis der ESG, „Friedrichsfelder Feuermelder“, „Konkret für den Frieden“), der Gruppe „Gegenstimmen“ und marxistischer Zirkel. Die wohl in manchen theoretischen Auffassungen von der VL nicht weit entfernte leninistisch-stalinistisch orientierte und streng illegal arbeitende KPD/ML spielte nach einer größeren Verhaftungswelle 1981 keine Rolle mehr. Vgl. Tonbandprotokoll Evi Stolt. Zur „Vereinigten Linken“ auch Wielgohs, Jan: Die „Vereinigte Linke“. – In: Von der Illegalität ins Parlament, S. 283–306; Müller-Enbergs, S. 142; Wuttke/Musiolek, S. 63.

276 Wuttke/Musiolek, S. 63.

277 Auch eine Autorin wie Wilfriede Otto läßt in einer PDS-Veröffentlichung ihre Darstellung von „Widerstand“ innerhalb der SED vorerst mit den späten fünfziger Jahren enden, vgl. Otto, Wilfriede: Widerspruch und Widerstand in der SED. – In: Ansichten zur Geschichte der DDR. –/hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf. – 1. – Bonn und Berlin, 1993, S. 129–148.

278 Zu den theoretischen Vorstellungen: Studie zur Gesellschaftsstrategie/Michael Brie... – Berlin, 1989 (Sozialismus in der Diskussion; 1); Texte zu Politik, Staat, Recht. – Berlin, 1990 (Sozialismus in der Diskussion; 2).

zur Opposition vermieden die SED-internen Kritiker dagegen ängstlich und sorgfältig, wenn sich auch zum Beispiel Friedrich Schorlemmer Anfang 1989 dieser Illusion hingab.²⁷⁹

Bisher völlig ungeklärt sind die Beziehungen zwischen der Gruppe der SED-Reformer und einer an Gorbatschow orientierten Gruppierung innerhalb der Staatssicherheit. Schabowski jedenfalls geht davon aus, daß Markus Wolf an seiner Rückkehr in die „große Politik“, eventuell als Generalsekretär der SED, mit List und Härte arbeitete²⁸⁰, und nennt in diesem Zusammenhang auch die Namen Gysi, Modrow, von Ardenne und Berghofer. Markus Wolf selbst hatte wohl schon 1985 begriffen, daß die DDR durch ihre Abkoppelung vom Reformprozeß in der UdSSR zunehmend in die Isolation geriet, scheint sich aber erst im Herbst 1989 auf die von der Humboldt-Universität kommenden „Denkmodelle für einen modernen Sozialismus“ konzentriert bzw. die geplante „Reform“ der SED mit Hilfe von Wissenschaftlern dieser Universität bzw. der Akademie der Wissenschaften der DDR betrieben zu haben.²⁸¹ Ungeklärt ist auch weiterhin, wer alles aus der Gruppierung der SED-Reformer inoffiziell mit dem MfS zusammenarbeitete. Bisher ist lediglich bekannt, daß André und Michael Brie Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi waren.²⁸²

Neben Markus Wolf setzte auch Schabowski ab November 1989 auf die von Wissenschaftlern der Humboldt-Universität stammenden Vorstellungen und Analysen und meinte:

„Hier befand sich ein bislang ungenützter Quell frischer Ideen. Er könnte uns helfen, die Scholastik hinter uns zu lassen, die eine zum Formelkatalog erstarrte Weltanschauung zur gültigen Realität erhob und die Wirklichkeit als Quantité négligeable abtat.“²⁸³

Jetzt schien die Stunde der SED-Reformer gekommen zu sein – die Beziehung zum Politbüro war hergestellt. Aber es war zu spät: Das Volk hatte anders entschieden. Als auch noch die mit einer Auflösung der SED und der Neugründung einer sozialistischen Partei eventuell gegebene minimale Chance, politisch entscheidend Einfluß zu nehmen, vertan war, als Ministerpräsident Modrow schließlich von einem modifizierten Staatssicherheitsdienst nicht lassen wollte und Gysi ihn darin in einer peinlichen und erschreckenden Veranstaltung vor dem sowjetischen Ehrenmal im Berliner Treptower Park im Januar 1990 zu unterstützen suchte, stand die Gruppe der kritischen SED-Intelligenzler vor dem Scherbenhaufen ihre Konzepte.

279 Schorlemmer: Worte, S. 84.

280 Schabowski: Absturz, S. 284.

281 Wolf, Markus: In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten. – München, 1991, S. 78, 214, 291–292.

282 Das zur Rechtfertigung dieser Mitarbeit herangezogene Argument, daß man mit der Stasi hätte reden müssen, um etwas zu verändern, taucht auch bei Manfred Stolpe auf. Vgl. Stolpe, Manfred: Schwieriger Aufbruch. Berlin, 1992, S. 121–122.

283 Schabowski: Absturz, S. 319.

Letztlich war die Gruppe der parteiinternen Zweifler und Kritiker daran gescheitert, daß sie es nicht vermochten, die Diktatur als solche in Frage zu stellen, und weder den Weg in die Öffentlichkeit noch zu den Oppositionsgruppen fanden. Ihre SED-internen Reformbemühungen scheiterten im Herbst 1989 auch deshalb, weil sich keiner dieser Reformer in einer entscheidenden staatlichen oder Parteiposition befand.²⁸⁴ Bis zuletzt waren sie dagegen auf die Reform des Nichtreformierbaren fixiert und brachten sich damit selbst um jede Möglichkeit der politischen Einflußnahme. Auf die hier beschriebene Gruppierung bezieht sich wohl auch Reißig in erster Linie wenn er meint, daß „längerfristige, durchdachte Konzeptionen“ auch bei den „Akteuren Ostdeutschlands“ nach dem Zusammenbruch der DDR nicht existierten.²⁸⁵

VIII. *Programmatik einzelner Oppositionsgruppen und -parteien.
Auswirkungen der revolutionären Krise des Jahres 1989 auf die
Gestaltungsvorstellungen der Opposition*

VIII.1. *Kirchliche Basisgruppen*

Die Programmatik von Friedenskreisen, Ökologie- und Umweltgruppen sowie Frauengruppen ist weiter zu erforschen. Für die **Ökologiebewegung**²⁸⁶ waren wohl auch noch 1989 die Forderungen eines Treffens von Umweltgruppen der evangelischen Kirche im April 1985 im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg typisch, als diese vom Staat die Möglichkeit verlangten, gesellschaftliche Mitverantwortung wahrzunehmen und ein „Vertrauensverhältnis im Gegenüber zu staatlichen Organen und gesellschaftlichen Einrichtungen“ herzustellen.²⁸⁷ Neben der Arbeit im praktischen Naturschutz wollten die Gruppen auch in die öffentliche Diskussion und die staatliche Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Auch die **Frauengruppen** beanspruchten gesellschaftliche Mitverantwortung. So meinte das Gründungsmitglied von „Frauen für den Frieden“, Ulrike Poppe, auf dem 2. überregionalen Treffen von Frauenfriedensgruppen im März 1985 in Berlin, daß die politische Verantwortung der oppositionellen Frauen in

284 Ash: Namen, S. 497.

285 Reißig, Rolf: Transformationsprozeß Ostdeutschlands. Entwicklungsstand – Konflikte – Perspektiven. – In: Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland. – Frankfurt/M. und New York, 1993, S. 13.

286 Zur Arbeit von Umweltgruppen und ihrer Bespitzelung durch den Staatssicherheitsdienst vgl. Beileites, Michael: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. – Berlin, 1991 (BasisDruck Dokument; d 5).

287 Information Nr. 209/85 der ZAIG vom 15. Mai 1985 über ein erneutes Treffen von Vertretern sogenannter Umweltgruppen evangelischer Kirchen in der DDR vom 26. bis 28. April 1985 im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg/Halle. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3458, Bl. 9.

Konfrontation zum Staat das „Recht auf Widerstand“ beinhalten würde.²⁸⁸ Die Rolle des Staates sei in der Öffentlichkeit bloßzustellen, und in der DDR nicht zu realisierende Lebensansprüche seien über deren Grenzen hinaus bekanntzugeben.

Heute meint Ulrike Poppe, daß sie 1987 die informellen Gruppen als eine Gefährdung der Machtstrukturen in der DDR im „positiven Sinne“ empfunden hätte.²⁸⁹ Letztendlich hätten sie die Lebensdauer des Systems verlängern können, da dies nur durch Reformen denkbar war. Da die SED Reformbestrebungen aber nicht mit ihrem Herrschaftsanspruch verbinden konnte, mußte sie letztlich untergehen. Die Oppositionsgruppen formulierten ihrerseits die parlamentarische Demokratie nicht als Ziel und verfügten über kein abgeschlossenes Modell vom reformierbaren Sozialismus, der Westen erschien nicht als wünschenswerte Alternative und darüber hinaus als äußerst kritikwürdig.²⁹⁰ Bedingt durch diese Konstellation verzichteten auch verschiedene Gruppierungen immer mehr darauf, gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen zu formulieren.

VIII.2. *Überregionale Gruppen*

Ein Defizit des „**Grün-ökologischen Netzwerkes Arche**“ bestand darin, daß seine Mitglieder Probleme zwar richtig erkannten, aber daraus keine umfassenden politischen Forderungen ableiteten.²⁹¹ Dagegen berichtete die Staatssicherheit schon am 18. August 1983, daß der später maßgeblich die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ prägende Gerd Poppe ein „neues Sozialismusmodell“ für erforderlich hielt, das, „basierend auf einer dezentralisierten privaten Produktion, die Vorteile der privaten Marktwirtschaft gewährleisten solle.“²⁹²

Diese Vorstellung lief – so unausgearbeitet sie sein mochte – letztlich auf die Überwindung des Realsozialismus der DDR hinaus. Die IFM selbst stellte sich zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1987 in der Berliner Gethsemanekirche programmatisch vor. Hier hieß es, daß Friedensarbeit für die IFM auch immer ein „Prozeß notwendiger gesellschaftspolitischer Veränderungen sei.“²⁹³ Da die Herrschenden in der DDR an solchen Veränderungen nicht interessiert seien, könne die Garantie politischer Freiheitsrechte nur gegen

288 Information Nr. 152/85 der ZAIG vom 29. April 1985 über die Durchführung des zweiten überregionalen Treffens sogenannter Frauenfriedensgruppen aus der DDR in der Zeit vom 29. bis 31. März 1985 in der Hauptstadt der DDR, Berlin. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3450, Bl. 8.

289 Tonbandprotokoll Gerd und Ulrike Poppe.

290 Tonbandprotokoll Ulrike Poppe.

291 Bogisch in Herzberg/von zur Mühlen, S. 210.

292 Information Nr. 280/83 der ZAIG vom 18. August 1983 über den weiteren Verlauf der kirchlichen Aktion „Fasten für das Leben“ in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3307, Bl. 5.

293 In: Grenzfall, S. VII.

sie durchgesetzt werden. Diese Forderungen – wie auch die nach Existenz unabhängiger Gerichte, Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, Ende von Telefon- und Postüberwachung ohne richterlichen Beschluß, von präventiven Festnahmen, des Abhörens von Wohnungen, sowie nach Gewährleistung des Streikrechts und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit – zielten implizit auf die Überwindung diktatorischer Herrschaft und damit auf das Ende der DDR. Diese Feststellung sagt aber noch nichts über die von der IFM angestrebte gesellschaftliche Organisationsform; eine Orientierung an utopischen Gesellschaftsbildern wurde allerdings abgelehnt.

Statt eines perfektioniertem Sozialismus stand „eine demokratische Gesellschaft mündiger Bürger ... im Zentrum der Veränderungsansprüche.“²⁹⁴ Wie lange und bei welchen Mitgliedern der IFM die Hoffnung auf einen „demokratischen Sozialismus“ eine Rolle spielte, ist umstritten.

Am 11. März 1989 forderte die IFM, daß Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen ihre Isolierung überwinden und sich gesamtgesellschaftlich öffnen.²⁹⁵ Sie bot gleichzeitig allen die Mitarbeit an, die eine Reform der DDR-Gesellschaft bejahten. Damit verband sie Forderungen nach Freizügigkeit und freier Meinungsäußerung, nach Abrüstung und Gewaltverzicht, nach einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik, Reform des Bildungssystems sowie Rechtsstaatlichkeit. Über das politische System der DDR wies die Forderung nach Trennung von Partei, Staat und Gesellschaft eindeutig hinaus.

Heute meint Gerd Poppe in der Rückschau, daß der schnelle Zusammenbruch der DDR nicht vorauszusehen gewesen sei, und daß bei den Oppositionellen des Herbstes 1989 das Verhältnis zur Macht gestört war.²⁹⁶ So habe es kein zielgerichtetes revolutionäres Handeln geben können. Seit 1987 habe die IFM in ihren Papieren den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ nicht mehr verwandt und sich – auch unter dem Einfluß von Entwicklungen in der CSSR, in Ungarn und Polen – für ein Reformprogramm mit offenem Ausgang ausgesprochen. Entscheidend war, daß sie sich von der Idee abwandte, eine revolutionäre Elite könne die neue Gesellschaft schaffen, und gleichzeitig den Weg von der Konspiration in die Öffentlichkeit suchte. Auch 1989 wurde der Ausgang des Demokratisierungsprozesses offen gelassen, es gab keine Utopien mehr, und die Orientierung erfolgte am Veränderungsprozeß. Entscheidend war die Idee einer Demokratisierung über Gorbatschows Vorstellungen hinaus, die allerdings in langen Zeiträumen geplant wurde. Die Erkenntnis, daß die

294 Templin/Weißhuhn in *Stattbuch Ost*, S. 112.

295 Aufruf der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ vom 21. März 1989 als Anlage zu Information Nr. 126/89 der ZAIG vom 20. März 1989 über Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte unter Mißbrauch kirchlicher Veranstaltungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3751.

296 Tonbandprotokoll Gerd und Ulrike Poppe. Gerd Poppe verweist auch mit Recht darauf, daß bei der heutigen Analyse von Oppositionspapieren immer zu berücksichtigen ist, daß diese auch taktischem Kalkül – und der Furcht vor der Geheimpolizei muß man wohl hinzufügen – folgten.

DDR am Ende angekommen war, kam auch Gerd Poppe erst mit dem Fall der Berliner Mauer.

Im Wahlprogramm vom Februar 1990 ging die IFM von der Vereinigung Deutschlands unter der Bedingung aus, daß die Grenzziehung unverändert bleiben würde.²⁹⁷ Die Annäherung der beiden deutschen Staaten sollte bei Veränderungen auf beiden Seiten in einem längeren Zeitraum, im Kontext einer gesamteuropäischen Annäherung und der Auflösung der Militärblocke erfolgen. Weitere programmatische Schwerpunkte waren die Verankerung der Menschenrechte in Verfassung und Gesetzgebung, die Überführung von Großbetrieben in gesellschaftliches Eigentum und ihre demokratische Selbstverwaltung durch gewähltes Leitungspersonal.

VIII.3. SDP/SPD

Der Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen, vom 24. Juli 1989²⁹⁸ ging einerseits davon aus, daß „unsere Gesellschaft...durch den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED bestimmt“ werde, andererseits sich aber die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit ständig vergrößere.²⁹⁹ Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme als Unterzeichner des Aufrufs³⁰⁰ bestritten diesen Anspruch der SED grundsätzlich und gingen damit so weit wie keine andere oppositionelle Gruppierung.³⁰¹ Sie forderten gleichzeitig eine politische Alternative „für unser Land“³⁰², die an die Traditionen von Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus anknüpfen sollte, ohne daß dies detaillierter ausgeführt worden wäre. Gleichzeitig hieß es, daß die ökonomischen und politischen Strukturen einer Vision des Sozialismus nicht mehr angebar wären. Ausgehend von einer noch ausstehenden schonungslosen Bestandsaufnahme forderten die Autoren eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“³⁰³; auch dies enthielten die Programme anderer oppositioneller Zusammenschlüsse später ähnlich. Die aus dieser Grundforderung abgeleiteten Einzelforderungen, wie Rechtsstaat mit strikter Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität,

297 Müller-Enbergs, S. 96–106, hier S. 96–97.

298 Erste öffentliche Vorstellung am 26. August, Freigabe ab 3. September 1989. Zur Programmentwicklung durch die ostdeutsche Sozialdemokratie vgl. Schröder, Richard: Ein eigenes Profil – das Leipziger Grundsatzprogramm der SPD (Ost) vom Februar 1990. – In: Dowe/Eckert, S. 73–80. Hier wird das Datum des Aufrufes fälschlich mit dem 14. Juli 1989 angegeben.

299 In: Rein, S. 84–88, hier S. 85; auch in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 313–316; zu den verschiedenen Statuten und ihren Entwürfen vgl.: Ebenda, S. 90–93; Dowe/Eckert, S. 111–178.

300 Zur Biographie des Inoffiziellen Mitarbeiters der Stasi vgl. Lahann, Birgit: Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. – Berlin, 1992.

301 Dazu Gutzeit: Weg, S. 92–93.

302 Diese Bezeichnung war eine allgemein gebrauchte Floskel für „DDR“, die von verschiedenen Gruppierungen zumindest bis ins Vorfeld der Volkskammerwahlen vom März 1990 gebraucht wurde.

303 Rein, S. 86.

relative Selbständigkeit der Regionen (erstmal tauchen hier „Länder“ auf), soziale Marktwirtschaft, Demokratisierung der Wirtschaft, freie Gewerkschaften, freie Presse, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit³⁰⁴, gingen über die durch das realsozialistische Herrschaftssystem gezeichneten Grenzen hinaus und zielten auf eine „Abschaffung des realen Sozialismus“ durch Einführung einer bürgerlich-demokratischen Verfassung.³⁰⁵ Die „Wiedergewinnung der klassischen bürgerlichen Freiheiten“³⁰⁶ war mit dem auf Unfreiheit beruhenden realsozialistischem System unvereinbar. So war letztlich auch das Ziel einer demokratisierten DDR, die im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in ein neues Verhältnis zur Bundesrepublik treten könnte, illusionär. Hart umstritten ist bis heute die Formulierung „Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge schuldhafter Vergangenheit“³⁰⁷, die von Gutzeit und Meckel als Beschreibung eines Ist-Zustandes, der zu überwinden war³⁰⁸, interpretiert wird. Dagegen meinen Kritiker dieser Position, mit der Formulierung wäre die Hoffnung auf einen auch weiterhin eigenständigen Weg der DDR ausgedrückt worden.³⁰⁹ In einem noch vor dem 7. Oktober 1989 gegebenen Interview meinte Markus Meckel jedenfalls, „wir wollen uns nicht einfach in den anderen deutschen Staat eingliedern“, ging aber gleichzeitig davon aus, daß die Chance der Zweistaatlichkeit gerade verspielt werden würde.³¹⁰

Später erläuterte er die Intentionen der Gründungssozialdemokraten so, daß ihre Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands nur das Ausgehen vom Faktischen, aber nicht die Festschreibung für alle Zeit gemeint habe.³¹¹ Übergeordnet sei aber in jedem Fall eine europäische Friedensordnung gewesen. So war auch das Verschwinden der DDR kein unmittelbar angestrebtes Ziel, und die Erringung von Demokratie stand im Mittelpunkt. Von Bedeutung war hier auch, daß ganz Deutschland 1989 noch unter alliierterm Vorbehalt stand.

304 Die Forderungen im einzelnen: Rein, S. 87.

305 Gutzeit, in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 96.

306 Herzberg, in: Ebenda, S. 28.

307 Rein, S. 87.

308 Gutzeit meinte später in einem Interview, er und Meckel hätten sich nicht vorstellen können, daß eine Lösung der nationalen Frage von Deutschland aus zu erzwingen gewesen wäre; so wäre auch die Formulierung von „einer möglichen Veränderung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung“ erst im August programmatisch aufgenommen worden, vgl. Herzberg/von zur Mühlen, S. 94–95. Die Errichtung von Demokratie in der DDR war zuerst Selbstzweck, da nur auf dieser Basis europäische Veränderungen überhaupt denkbar waren.

309 Dazu die Diskussion über Ziele und Motive der SDP-Gründung zwischen Gutzeit, Meckel, Wolfgang Herzberg, Patrik von zur Mühlen und Dieter Dowe In: Herzberg/von zur Mühlen, S. 277–311.

310 Meckel, Markus: Wir haben den Raum der Kirche verlassen. – In: Rein, S. 95–97, hier S. 95. Ibrahim Böhme hielt in einem Interview von Ende Oktober 1989 ein „einheitliches, demokratisches Deutschland in einem entmilitarisierten europäischen Haus“ für möglich, vgl. Böhme, Ibrahim: Der sozialdemokratische Gedanke ist in der DDR nie zum Erliegen gekommen. – In: Rein, S. 97–104, hier S. 102.

311 Meckel, in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 128–129.

Auch der Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“³¹² bestritt der SED grundsätzlich ihren „Wahrheits- und Machtanspruch“ und forderte eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie.“³¹³ Neu war jetzt, daß die unmittelbare Organisation der Sozialdemokratie „vor Ort“ gefordert wurde. Damit stellte die SDP den „am stärksten radikalen Affront gegen den Macht- und Führungsanspruch der SED“³¹⁴ dar und war als einzige Parteigründung im Oktober 1989 auch diejenige, die mit einem „historisch relevanten politikfähigen Programmentwurf und Statut an die Öffentlichkeit trat.“³¹⁵

Diese grundsätzliche und zum Zeitpunkt ihrer Formulierung einzigartige Infragestellung ihres Herrschaftsanspruchs erkannte die SED umgehend. So hieß es in der Ablehnung der Legalisierung der SDP-Gründung durch das Ministerium des Innern der DDR im Oktober 1989, daß diese verfassungswidrig gewesen wäre.³¹⁶ Im einzelnen führte das Ministerium zur Begründung seiner Auffassung an, daß sich die Gründungspapiere der SDP gegen die führende Rolle der SED, gegen die DDR als „politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land“, gegen den „demokratischen Zentralismus“, die „sozialistische Planwirtschaft“ und den FDGB richten würden. Auf einer Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 27. Oktober 1989 führte der Potsdamer Parteichef Günther Jahn aus, daß die Anerkennung der SDP nicht akzeptabel sei.³¹⁷ Dagegen sei das „Neue Forum“ als Dialogpartner anzuerkennen und in die Nationale Front einzugliedern. So sah es am 21. November auch Ministerpräsident Hans Modrow bei der Amtseinführung von Generalleutnant Schwanitz als Leiter des „Amtes für nationale Sicherheit“, als er ausführte, daß die Gründung der SDP die Spaltung der Arbeiterklasse bedeute.³¹⁸ Ganz abgesehen davon, daß die „Arbeiterklasse“ der DDR zu diesem Zeitpunkt ganz bestimmt nicht hinter der SED stand, ist es wohl entscheidend, daß sich die Kommunisten im Zentrum ihres Selbstverständnisses getroffen fühlten. Modrow meinte im Hinblick auf die Gründung der ostdeutschen Sozialdemokratie: „Damit stehen wir im Moment sozusagen auf ganz wackligen Füßen.“³¹⁹

312 In: Archiv Gutzeit.

313 Rein, S. 88–89, hier S. 88; Haufe, S. 281–282; Herzberg/von zur Mühlen, S. 317; „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution/hrsg. von Charles Schüddekopf. – Reinbek bei Hamburg, 1990 (rororo Sachbuch; 8741), S. 41–42; Gransow/Jarausch, S. 65–66. Hier auch weitere konkrete Forderungen.

314 Herzberg, in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 33.

315 Ebenda, S. 35.

316 Anlage 4 zu Mielke, Erich; Dickel, Friedrich; Herger, Wolfgang; Sorgenicht, Klaus: Vorlage für das Politbüro des ZK der SED vom 23. Oktober 1989. – In: SAMPO BArch, J IV 2/2A/3250, ohne Zählung.

317 Information darüber in: SAMPO BArch., J IV 2/2/2356.

318 In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG 4886, Bl. 24.

319 Ebenda.

Eine klare Sicht auf die Situation in der DDR hatte übrigens auch der innerdeutsche Ausschuß des Deutschen Bundestages am 27. September bewiesen, als es bei der Analyse der „Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR“ hieß, diese zeichne sich durch ihren klaren Oppositionswillen und ihre Einsicht in die „grundlegenden Mißstände des SED-Staates“ vor anderen oppositionellen Gruppierungen aus.³²⁰ Weiter hieß es in dem Papier: „Die Eigenständigkeit der DDR als Staat und der Sozialismus als System werden überwiegend nicht in Frage gestellt; gefordert werden mehr Öffentlichkeit, mehr Demokratie, mehr Teilhabe. Demokratie **und** Sozialismus scheint der gemeinsame Nenner der meisten Initiative zu sein. . . . Deutlich aus dem Rahmen fällt lediglich die Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei... Sie setzt am allerwenigsten auf die SED, sondern geht auf Konfrontation zu ihr, da sie realistisch genug ist, die demokratische Reformunfähigkeit der SED zu erkennen.“³²¹

Die Delegiertenversammlung der ostdeutschen Sozialdemokraten vom 13. bis zum 14. Januar 1990 in Berlin beschloß die Namensänderung von SDP in SPD in der DDR, es wurde über das Grundsatzprogramm und die Streichung des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ aus dem Parteistatut diskutiert.³²² Schließlich beschloß der Leipziger Parteitag vom 22. bis zum 25. Februar 1990 das Grundsatz- und das Wahlprogramm für die Volkskammerwahlen.³²³

VIII.4. *Grüne Partei/Grüne Liga*

Nach Aussagen von Carlo Jordan war es für die DDR-Grünen typisch gewesen, sich an allgemeinen idealtypischen Forderungen zu orientieren, oft allerdings ohne die konkrete Wirksamkeit in der Gesellschaft zu berücksichtigen.³²⁴ Die Erklärung der Gründungsinitiative für eine „Grüne Partei“ in der DDR vom 26. November 1989 ging jedenfalls davon aus, daß für die „Erneuerung unserer Gesellschaft“ die „Umgestaltung unserer zerstörten Umwelt entscheidende Bedeutung“ habe.³²⁵ Nach der Kritik der vorherrschenden Wachstumsideologie folgte die Auffassung, daß Leistung ein zentraler Maßstab für die Bewertung menschlicher Existenz sein könne. Davon ausgehend forderten die

320 Das Papier unter dem Titel „Politische Bürgerinitiativen in der DDR“ stammte vom 21. September 1989, vgl. Archiv Gutzeit.

321 Ebenda.

322 Protokoll: Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 12.1.-14.1.1990 Berlin, Kongreßhalle, Alexanderplatz/hrsg. vom Vorstand der SPD in der DDR; Red. Stefan Finger. – Berlin, 1990; Elmer, in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 174.

323 In: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie/hrsg. und eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach. – 3. überarb. und erw. Aufl. – Bonn, 1990 (Politik im Taschenbuch; 2), S. 447–490.

324 Tonbandprotokoll Jordan.

325 In: Rein, S. 119–121, hier S. 119. Vgl. Müller-Enbergs, S. 21–23; Haufe/Bruckmeier, S. 293–294; Schüddekopf, S. 186–188.

„Grünen“ für die DDR (als „unser Land“ bezeichnet) einen konsequenten ökologischen Umbau, allgemeine und vollständige Abrüstung, einen konsequenten Antifaschismus und die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen.

Im Gründungsaufwurf der „Grünen Partei“ vom 5. November 1989 lag der Schwerpunkt auf der Forderung nach Demokratie und Freiheit durch tiefgreifende Reformen „in unserem Land“, auf einem konsequenten ökologischen Umbruch und vollständiger sowie allgemeiner Abrüstung.³²⁶ Warnend hieß es weiter: „Wir wollen vor allem verhindern, daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen, materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.“³²⁷

Das Hallenser Programm der „Grünen Partei“ vom Februar 1990 forderte veränderte Lebens- und Wertvorstellungen sowie solidarische Verhaltensweisen gegenüber allen Menschen, Gruppen und Völkern.³²⁸ Ähnlich wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ konnten sich die „Grünen“ eine Vereinigung beider deutscher Staaten nur als Teil der gesamteuropäischen Vereinigung bei Auflösung der Militärböcke und vollständiger Entmilitarisierung im Rahmen des KSZE-Prozesses vorstellen.³²⁹ In der gemeinsam mit dem UFV veröffentlichten Wahlkampfplattform für die Volkskammerwahl wies die „Grüne Partei“ darauf hin, daß der bei einem Anschluß an die Bundesrepublik notwendige tiefgreifende Strukturwandel auch Verlierer haben würde.³³⁰ Deshalb lehnten „Grüne“ und UFV „einen raschen unkontrollierten Zusammenschluß beider deutscher Staaten“³³¹ ab und meinten, daß die Vereinigung in einem längeren Prozeß mit Verringerung der Umweltzerstörung, Ausbau der sozialen Netze, Demokratisierung der Gesellschaft und Förderung alternativer Lebensweisen verbunden sein müsse.

VIII.5. *Neues Forum (NF)*

Der Gründungsaufwurf des „Neuen Forum – Aufbruch 89“ vom 9. September 1989 ging von der Feststellung aus, daß die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört sei, und seine Verfasser bekannten sich dazu, bei Erhaltung des Bewährten, Platz für Neues zu schaffen.³³² Dazu forderten

326 Gransow/Jarusch, S. 89–90, hier S. 89.

327 Ebenda, S. 90.

328 Müller-Enbergs, S. 107–119, hier S. 107.

329 Ebenda, S. 114.

330 Ebenda, S. 164–172, hier S. 164.

331 Ebenda.

332 Der Gründungsaufwurf trägt kein Datum, stammt aber vom 9. September. Bereits Anfang September 1989 war er von mehreren hundert Menschen unterzeichnet worden. Text in: Reich: Rückkehr, S. 187–190; Rein, S. 13–14; Schüddekopf, S. 29–31; Haufe, S. 277–278; Müller-Enbergs, S. 24–26; Gransow/Jarusch, S. 60–61. Zu den frühen Texten des „Neuen Forum“ vgl.: Die ersten Texte des „Neuen Forum“, erschienen in der Zeit vom 9. Sept. bis 18. Dez. 1989. – Berlin, 1990.

sie einen demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur, um so Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation zu finden. Ziel der hier gebildeten „Plattform“ sollte es auch sein, eine größere Anzahl von Menschen am Reformprozeß zu beteiligen und Einzel- bzw. Gruppenaktivitäten zusammenzuführen. Als grundlegende Ziele nannte das Gründungspapier Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur. Das „Neue Forum“ wollte sich im Rahmen der Verfassung der DDR bewegen und damit deren Artikel 1, der die führende Rolle der SED festschrieb, anerkennen. Implizit wiesen die Forderungen des „Neuen Forum“ jedoch ebenfalls über die Grenzen des Realsozialismus hinaus³³³, obwohl die Forderungen des Gründungsaufwurfes formal auf allgemeine Reformen ausgerichtet waren. Ein Bezug auf den Begriff „Sozialismus“ (wie auch auf Kapitalismus) unterblieb. Das bedeutete aber keine theoretisch begründete Ablehnung eines (demokratischen) Sozialismus, sondern es ging wohl darum, abgegriffene Worthülsen zu vermeiden, die einer erhofften Mobilisierung der Bevölkerung nur abträglich gewesen wären.³³⁴ Es bezeichnet die Geisteshaltung zahlreicher DDR-Intelligenzler (wie etwa Stephan Hermlin), daß sie das Fehlen des Wortes „Sozialismus“ zum Anlaß nahmen, den Gründungsaufwurf des „Neuen Forum“ nicht zu unterschreiben. Das Büro des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, bewertete das Ziel von Reformbestrebungen ohne verbindliche Zielsetzung eines sozialistischen Gesellschaftssystem sogar als Beweis für den antisozialistischen Charakters des „Neuen Forum“.³³⁵ Dies war falsch; im Gründungsaufwurf drückt sich zum einen die Vorsicht gegenüber den Repressionsinstrumenten des realsozialistischen Staates aus, zum anderen bestand wohl auch nur ungenügende theoretische Klarheit über die anzustrebenden und die zu erreichenden Ziele. Der Gedanke an eine eventuelle Überwindung der Zweistaatlichkeit war nicht präsent.

Damit fiel der Gründungsaufwurf hinter die Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus und den Versuch des Aufzeigens neuer Wege zurück, die einer seiner Mitunterzeichner, Rolf Henrich, im Frühjahr 1989 veröffentlicht hatte.³³⁶ Seine Kritik am Realsozialismus faßte er in der Bezeichnung „vormundschaftlicher Staat“ zusammen, die unterstellte, daß die Menschen zu

333 Gutzeit: Weg, S. 99.

334 Reich: Rückkehr, S. 186.

335 Ebenda, S. 186.

336 Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. – Reinbek bei Hamburg, 1989. (rororo aktuell; 12536). Reinhard Schult meint, daß die Idee, eine politische Vereinigung oder Organisation zu gründen, auf Henrich zurückging. Frühere Versuche der Parteiengründung, wie die einer maoistischen KPD-ML waren gescheitert. Vgl. Tonbandprotokolle Schult, Stolt. Ideen Henrichs nimmt dagegen der „Offene Problemerkatalog. Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat“ aus den ersten Oktobertagen 1989 auf; Text in Rein, S. 16–19. Zur Reaktion der SED vgl. Rechtliche Einschätzung zu der von Rolf Henrich verfaßten Schrift: „Der vormundschaftliche Staat – vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ vom 3. April 1989. – In: SAMPO BArch, Büro Krenz IV 2/2.039/312, Bl. 114–123.

eigenen Entscheidungen nicht reif seien und auf das Niveau von Mündeln gedrückt werden würden.³³⁷ Die Politbürokratie würde die Menschen in ihrer Entfaltung erheblich einschränken, um so um jeden Preis ihr Herrschaftssystem aufrechtzuerhalten. Deshalb wäre eine grundsätzliche Kritik des Staatssozialismus nötig, und die Frage wäre zu beantworten, wie dieser neu zu gliedern sei, um die Vormundschaft über die Menschen zu beenden.³³⁸ Dabei ahnte Henrich, daß die Zukunft „Unvorhergesehenes“ wie einen abrupten Zusammenbruch des Ostens (aber auch westlicher Industriegesellschaften) bringen könne. Als ersten Schritt zum Ausbruch aus diesem „Gehäuse der Hörigkeit“ forderte er den permanent geführten „öffentlichen Diskurs“³³⁹ und griff damit späteren Forderungen des „Neuen Forum“ vor. Für die Neugliederung des sozialistischen Gemeinwesens hielt Henrich das „Absterben“ gewisser Bereiche des Staates – wie des „lähmenden Einflusses der überdimensionalen Sicherheitsapparate“ – und die gesellschaftliche Kontrolle über die „Staatsparasiten“ für ebenso unabdingbar wie die Herausbildung von „Selbstverwaltungen“.³⁴⁰ In der Wirtschaft favorisierte er eine Neuordnung, die letztlich auf eine Privatisierung hinausgelaufen wäre, meinte aber gleichzeitig, eine Unternehmerschicht schaffen zu können, die primär dem Gemeinwohl und nicht eigenen Interessen verpflichtet zu sein habe.³⁴¹ Es sollten also keine kapitalistischen Strukturen neu belebt, sondern das „sozialistische Eigentum auf der Grundlage individueller Fähigkeiten“³⁴² genutzt werden. Menschliche Arbeitskraft sollte keine Ware werden.

Daß hier die Quadratur des Zirkels versucht wurde, mußte die Bürgerbewegung in der DDR 1990 erfahren. Das galt auch für Henrichs politische Vorstellungen, die letztlich auf eine Herrschaft der Intellektuellen hinausliefen und auch spätestens am 18. März 1990 vom Volk der DDR abgewiesen wurden. Mehr Voraussicht bewies er allerdings, wenn er meinte, daß das Festhalten am System von Jalta keinen Bestand haben würde (auch dies hat das „Neue Forum“ im Herbst 1989 nicht beherzigt).³⁴³ Dagegen sind Henrichs Vorstellungen über einen Bund deutscher Sprachgebiete in der Mitte des freien Europas ohne pro forma deutsche Vereinigung³⁴⁴ nicht realistisch gewesen.

Auch der in der gesamten DDR verbreitete Aufruf des „Neuen Forum“ vom 1. Oktober 1989 ging von „Veränderungen und Reformen in unserem Land“ aus.³⁴⁵ Hervorgehoben wurde die Sorge um die DDR, der Wunsch

337 Henrich, S. 12–13.

338 Ebenda, S. 19.

339 Ebenda, S. 276.

340 Ebenda, S. 277–278.

341 Ebenda, S. 282–283.

342 Ebenda, S. 285.

343 Ebenda, S. 300.

344 Ebenda, S. 303.

345 Reich: Rückkehr, S. 190–192.

nach Legalität und die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Dialogs. Weiter hieß es: „Für uns ist die ‚Wiedervereinigung‘ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben.“ Weiterhin protestierte das „Neue Forum“ in einer Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR dagegen, als Feind des Sozialismus hingestellt zu werden, und meinte, dieser werde eher von der Untätigkeit der SED bedroht.³⁴⁶

Auch die von Jens Reich verfaßten „Argumente für den Dialog“ vom 28. Oktober und seine Rede auf dem Alexanderplatz am 4. November klammerten den eventuellen Zusammenbruch der DDR und die Frage der Wiedervereinigung aus.³⁴⁷ Sebastian Pflugbeil hielt noch in einem Interview am 26. Oktober 1989 die Forderung nach der Beseitigung der führenden Rolle der SED für irreal und wollte mit den SED-Genossen gemeinsam Reformen durchführen.³⁴⁸ Die damaligen Demonstrationen hielt Pflugbeil für bedenklich und meinte, daß Reiseerleichterungen und die deutsche Einheit nicht auf der Tagesordnung stehen würden. Weiter glaubte er, daß das NF darin einig wäre, die Bundesrepublik nicht zu kopieren und an sozialistische Traditionen anzuknüpfen.³⁴⁹

Diesen Kurs setzte das „Neue Forum“ auch nach dem Mauerfall fort und manövrierte sich damit selbst in die Isolation. Reich war später der Meinung, daß – wenn das „Neue Forum“ auf eine Alternative zur Bundesrepublik setzte – zwar taktisch falsch, aber ehrlich gehandelt wurde.³⁵⁰ Eine Rolle habe dabei allerdings auch die Perspektivenverzerrung durch die „Berliner Sicht“ gespielt. So forderte die „Initiativgruppe Neues Forum“ noch am 12. November 1989 von der DDR-Bevölkerung, sich „nicht von den Forderungen nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft“ ablenken zu lassen.³⁵¹ Sie warnte vor den drohenden sozialen Kosten und der Gefahr, die DDR zu „verhöckern“. Stattdessen sollten politische Reformen, ein sozial verträgliches Wirtschaftskonzept, freie Wahlen, Streichung der Führungsrolle der SED, ein Verfassungsgericht, Meinungs- und Pressefreiheit, Reformen von Justiz und Bildung, unabhängige Gewerkschaften sowie eine schonungslose Offenlegung der tatsächlichen Wirtschaftslage erfolgen. Die Politbürokratie dürfe nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Diese Ziele ließen es der Initiativgruppe vertretbar sein, der Bevölkerung folgende nach dem Fall der Mauer vollkommen irrealen Zukunftsaussicht zu offerieren:

346 Text in Rein, S. 15–16; Schüddekopf, S. 69–70.

347 Reich: Rückkehr, S. 193–194, 199–201.

348 Pflugbeil, Sebastian: Wir müssen die Reformen mit den Genossen machen. – In: Rein, S. 20–26, hier 22–23.

349 Ebenda, S. 26. Zur gleichen Zeit gestand Jens Reich ein, daß es an langfristigen Programmen fehlen würde. Vgl. Reich, Jens: Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst. – In: Ebenda, S. 28.

350 Reich: Rückkehr, S. 201, 261.

351 „Die Mauer ist gefallen“, vgl. Ebenda, S. 202–203. Die Initiativgruppe bestand aus Jens Reich, Sebastian Pflugbeil, Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Eberhard und Jutta Seidel.

„Wir werden für längere Zeit arm bleiben, aber wir wollen keine Gesellschaft haben, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen. Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen.“³⁵²

Hier liegt auch die Erklärung dafür, daß Reich später feststellen mußte: „Wir sind das Opfer einer doppelten Illusion geworden: daß das Volk unsere Ziele übernehmen und uns zu Führern wählen würde und daß der Westen uns in dieser Rolle anerkennen würde.“³⁵³

Bei der Beurteilung der Haltung des „Neuen Forum“ ist aber ebenfalls zu berücksichtigen, daß die ZAIG am 23. Oktober der SED-Führung berichtete, daß Tschiche aus Magdeburg geäußert hatte, das Machtmonopol der SED müsse zerbrochen werden, und diese dürfe in einer „künftigen Gesellschaft“ keine Rolle mehr spielen.³⁵⁴ Der Organisator des NF in Karl-Marx-Stadt, Böttger, meinte, daß nach der 9. Tagung des ZK der SED ein „Machtwechsel“ und „politische, an die Substanz gehende Veränderungen“ nötig seien.³⁵⁵ Hier wird deutlich, daß zukünftige Forschungen die regionale Differenzierung in der DDR stärker berücksichtigen müssen. Offensichtlich waren die Forderungen der Provinz oft weitsichtiger und radikaler (das heißt auch revolutionärer) als die in Berlin artikulierten. Reinhard Schult meint jedenfalls aus der Berliner Sicht und im Rückblick, daß es in der DDR-Opposition zwar ein allgemeines Krisenbewußtsein gegeben hätte, jedoch keine Erwartung einer systembedrohenden Krise.³⁵⁶ Dagegen wäre 1989 das Gefühl der allgemeinen Gängelung und Bevormundung unerträglich geworden, das Bedürfnis nach programmatischen Aussagen war gering, und bis zum 18. März 1990 hielten sich Illusionen über einen Dritten Weg und die Reformfähigkeit der DDR.

So hieß es in der Programmklärung des NF von Ende Januar 1990, daß es darauf ankomme, in „unserem Land“ „die alten Strukturen unwiederbringlich zu beseitigen und den Aufbau eines neuen demokratischen Rechtsstaates durch alle Bürgerinnen und Bürger voranzubringen.“³⁵⁷

Zur Schaffung einer solidarischen Gesellschaft seien neben Selbstbestimmung, Toleranz, sozialer Gerechtigkeit und Pluralismus weltweite Abrüstung, eine solidarische Weltwirtschaftsordnung und verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt nötig. Dabei sollten Marktwirtschaft, soziale Sicherheit, Ökologie und demokratische Mitbestimmung verbunden werden. In der Wirtschaft ging das NF von der gleichberechtigten Existenz aller Eigentumsformen aus, im

352 Ebenda, S. 203.

353 Reich: Abschied, S. 23.

354 Information Nr. 471/89 der ZAIG vom 23. Oktober 1989 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756, Bl. 148.

355 Ebenda.

356 Tonbandprotokoll Schult.

357 Müller-Enbergs, S. 120–129, hier S. 120.

sozialen Bereich waren die Forderungen nach dem Recht auf Arbeit und Wohnraum besonders wichtig. Grundsätzlich bekannte sich das „Neue Forum“ jetzt zur Einheit der Nation, deren Schaffung es über einen Wirtschafts- und Währungsverbund anstrebte. Die Überwindung der Teilung Deutschlands stand im Kontext einer europäischen Friedensordnung, mit besonderer Berücksichtigung osteuropäischer Belange, Anerkennung der bestehenden Grenzen, Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft und Entmilitarisierung. Als Voraussetzung für den Einigungsprozeß betrachtete das „Neue Forum“ die praktizierte demokratische Selbstbestimmung in der DDR als Beitrag zu mehr Demokratie in einem zukünftigen Deutschland.

Ähnliche Vorstellungen enthielt auch das Wahlprogramm von „Bündnis 90“ vom Februar 1990, daß eine „solidarische Gesellschaft“ forderte, um gemeinsam „unser Land“ zu retten.³⁵⁸ Die deutsche Einheit wurde als ein gleichberechtigter Prozeß des Zusammenschlusses in einem gegenseitigen Annäherungsprozeß verstanden.

VIII.6. „Demokratie Jetzt“ (DJ)

„Demokratie Jetzt“ stellte in einem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ am 12. September 1989 im Gorbatschowschen Sinne fest, daß die „Ära des Staatssozialismus zu Ende geht“ und eine „friedliche, demokratische Erneuerung“ notwendig sei.³⁵⁹ Gleichzeitig äußerten die Autoren Sorge um das Schicksal des Sozialismus, der nun seine eigentliche demokratische Gestalt finden müsse, wenn er geschichtlich nicht verlorengehen solle. Darauf folgte in beschwörendem Ton die Feststellung, daß dies nicht geschehen dürfe, weil die bedrohte Menschheit „Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht.“³⁶⁰

Trotz dieser Befürchtungen dachte „Demokratie Jetzt“ offensichtlich in langen Zeiträumen, da erst für Januar oder Februar 1990 zu einem Vertretertreffen eingeladen wurde, auf dem über die Errichtung einer solidarischen Gesellschaft beraten werden sollte. Ulrike Poppe meinte in der Rückschau, daß der Begriff „solidarische Gesellschaft“ bewußt den als in der öffentlichen Meinung als diskreditiert geltenden Terminus „Demokratischer Sozialismus“ ersetzte.³⁶¹ Mit beiden Termini waren aber ähnlich verschwommene Aussagen über „soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde“, über die Suche nach dem „gesellschaftlichen Konsens im öffentlichen Dialog“, über einen „lebendigen

358 Ebenda, S. 156–163, hier S. 156.

359 Rein, S. 59–61, hier S. 59; vgl. Müller-Enbergs, S. 14–16; Haufe, S. 279–281; Schüddekopf, S. 32–38; Gransow/Jaraus, S. 67.

360 Rein, S. 60.

361 Ulrike Poppe, vgl. Tonbandprotokoll Gerd und Ulrike Poppe.

Pluralismus unseres Gemeinwesens“, „Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit“ sowie über den Einklang von Ökonomie und Ökologie verbunden.³⁶²

Ebenfalls am 12. September hieß es in „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“, daß die sozialistische Entwicklung fortgeführt und die Gesellschaft zur Sache aller mündigen Bürger werden solle. Gleichzeitig warnten die Autoren, daß soziale Errungenschaften nicht durch ein Reformprogramm zu gefährden seien.³⁶³ Der Staat (es hätte eigentlich „die SED“ heißen müssen), sollte sich aus gesellschaftlichen Bereichen wie dem Bildungswesen, den Medien, Wissenschaft, Kunst und Kultur zurückziehen, und die Wirtschaft sollte selbständig und am Markt orientiert arbeiten können. Wie bei allen Gruppen des Herbstes 1989 spielten ökologische Forderungen eine erhebliche Rolle. Zum Problem der deutschen Nation hieß es in dem Thesenpapier, daß die Deutschen in der Bundesrepublik „auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft“ hinwirken sollten, um so die Einheit des deutschen Volkes in der „Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen“ zu können.³⁶⁴

Konkreter äußerte sich Ende September 1989 der Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“, Konrad Weiß, als er den Weg weg vom Staatssozialismus zu einer solidarischen Gesellschaft als einen beschrieb, der die Führungsrolle der SED durch eine gleichberechtigte Bürgergesellschaft ersetzt.³⁶⁵ Hiermit stellte Weiß zwar früher als Exponenten anderer Oppositionsgruppen die Machtfrage, ohne allerdings zu sagen, wer der SED die Macht entringen sollte. Die als „ganz loser Zusammenschluß“ bezeichnete Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ wäre dazu auch bei einem Zusammengehen mit anderen Reformgruppen kaum in der Lage gewesen.³⁶⁶ Weiter meinte Weiß, daß es darum gehe, die Utopie des Sozialismus zu retten, die für ihn aber auch eine starke christliche Prägung habe. Bei einem Blick in die Zukunft war ihm allerdings durchaus die Gefahr bewußt, daß die restaurativen Kräfte der SED mit Gewalt vorgehen könnten. Die Bundesrepublik war ihm kein Vorbild; er verteidigte den Anspruch auf einen eigenen Weg und wandte sich dagegen, daß die DDR ein Land der Bundesrepublik werden könnte. Ähnlich wie Weiß äußerte Ludwig Mehlhorn Mitte Oktober Bedenken, daß die DDR ihre Existenzberechtigung verlieren würde, wenn eine wirkliche Opposition nicht demokratische Reformen durchsetzen könne.³⁶⁷ Notwendig sei ein wirkliches öffentliches Leben, eine vom Staat unabhängige Zivilgesellschaft. Das Wort „Sozialismus“ hielt er noch für anwendungsfähig, allerdings dürfe es in keiner Form mehr mit einer Ideologie, Doktrin oder Utopie verbunden sein. Auch

362 Rein, S. 60.

363 Rein, S. 62–64, hier S. 62.

364 Rein, S. 62.

365 Weiß, Konrad: Wir möchten kein Land der Bundesrepublik werden. – In: Rein, S. 69–72, hier S. 72.

366 Ebenda, S. 70.

367 Mehlhorn, Ludwig: Wir brauchen eine vom Staat unabhängige Gesellschaft. – In: Ebenda, S. 73–83, hier S. 74, 77.

Mehlhorn war der Meinung, daß eine Wiedervereinigungsdebatte im Oktober 1989 zumindest kontraproduktiv, vielleicht sogar schädlich sein könne.³⁶⁸ Eine Entscheidung über eine Wiedervereinigung sollte längere Zeit noch nicht, und wenn, dann nach einer Demokratisierung der DDR gefällt werden. Sie sei auch nur im Rahmen eines gesamteuropäischen Prozesses und bei Respektierung der Oder-Neiße-Grenze denkbar. Mehlhorn gab weiterhin zu bedenken, daß in der DDR viele „auch eine glitzernde Kolonisierung“ nicht wünschen würden.³⁶⁹

Für die ZAIG der Staatssicherheit war es in einem Bericht vom 19. September besonders wichtig festzuhalten, daß bei der Gründung der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ davon ausgegangen worden war, daß die „Ära des Staatssozialismus“ in der DDR zu Ende ginge, und daß daher zur kommenden Volkskammerwahl die oppositionellen Kräfte eine eigene Liste aufstellen müßten.³⁷⁰

Das erste Landesvertretertreffen von DJ forderte schließlich einen demokratischen Rechtsstaat mit starken Bürgerbewegungen, eine grundlegende Rechtsreform mit Verwaltungsgesetzgebung und eine solidarische Gesellschaft, „weil nur so eine Wiederholung menschenverachtender totalitärer Herrschaftsformen verhindert werden kann.“³⁷¹ Neben Rechtsstaat und Marktwirtschaft gab es die Vorstellung, daß in einer ökologisierten Wirtschaft alle Eigentumsformen miteinander konkurrieren sollten. Der baldige Wirtschafts- und Währungsverbund mit der Bundesrepublik im Rahmen der europäischen Integration war mit der Ablehnung der Wiedervereinigung in Form des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik verbunden.³⁷² Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sollte dagegen als Ergebnis von politischen und sozialen Reformen im Osten und Westen Deutschlands zu einer neuen politischen Einheit führen, wobei die Mitwirkung der europäischen Nachbarn und die Entmilitarisierung Deutschlands vorausgesetzt wurden.

VIII.7. *Demokratischer Aufbruch (DA)*

Bei der Gründung des „Demokratischen Aufbruch“, der sich programmatisch als Teil der DDR-Opposition verstand, gab es offensichtlich relativ amorphe Vorstellungen über die Demokratisierung der DDR, freie geheime Wahlen und eine insgesamt linksliberale sowie ökologische Ausrichtung.³⁷³ Der in der DDR-Verfassung verankerte Führungsanspruch der SED wurde nicht

368 Ebenda, S. 82.

369 Ebenda, S. 82.

370 Information Nr. 416/89 der ZAIG vom 19. September 1989 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. – In: BStU, Zentralarchiv, ZAIG Z 3756, Bl. 106.

371 Müller-Enbergs, S. 48–62, hier S. 50.

372 Dreistufenplan zur Vereinigung vgl. ebenda, S. 58–59.

373 Tonbandprotokoll Schönherr.

ausdrücklich in Frage gestellt, eine Wiedervereinigung dagegen mit Hinblick auf die europäischen Nachbarn abgelehnt bzw. nur im Prozeß der europäischen Einigung für möglich gehalten. Wirtschaftlich bestand beim DA die Vorstellung, die Eigeninitiative zu stärken, alle Eigentumsformen zuzulassen und den Bewohnern der DDR ihren Anteil am sogenannten Volkseigentum zu sichern. Weitergehende Privatisierungsvorstellungen konnten sich unter dem herrschenden geistigen Druck und der Angst vor der Staatssicherheit – wie auch in anderen Oppositionsgruppen – erst einmal nicht entfalten.

Der Gründungsaufwurf vom 2. Oktober 1989 enthielt dann die Forderung nach einer demokratischen Umgestaltung – in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Gruppierungen – „unseres Landes“, da die Glaubwürdigkeit des Sozialismus im Inneren erschüttert sei.³⁷⁴ Relativ verschwommen waren die Forderungen nach politischen Verhältnissen, „die der Bürger durchschauen, kontrollieren und verändern kann“, nach wirtschaftlichen Verhältnissen, „die unsere Arbeit von erstarrten und leistungshemmenden Strukturen“ befreit und sinnvoll macht, und nach ökologischen Verhältnissen, „die unserer Verantwortung für die Natur gerecht werden.“³⁷⁵ All dies sollte auf die Erneuerung des DDR-Sozialismus durch eine demokratische und rechtsstaatliche Reform abzielen. Wenn darauf folgend aber Forderungen erhoben wurden wie

- Trennung von Staat und Partei(en),
- Entwicklung einer freien Öffentlichkeit,
- Trennung von Staat und Gesellschaft,
- freie Interessenvertretung³⁷⁶,

dann war dies – bewußt oder unbewußt – mit der diktatorischen Herrschaftsform in der DDR nicht mehr vereinbar und stellte damit deren eigenständige Existenz neben der Bundesrepublik implizit in Frage. Diffus waren allerdings die Vorstellungen des DA zur Wirtschaftspolitik, wenn er einerseits von einer Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln ausging, andererseits die „Pluralisierung der Eigentumsformen“ und die Stärkung der Eigenverantwortung in der Wirtschaft forderte.

Auch das bei der Gründung des „Demokratischen Aufbruch“ beschlossene Statut vom 29. Oktober 1989, das ihn als Partei konstituierte, ging von einer demokratischen Umgestaltung der DDR aus.³⁷⁷ Der DA erhob hier den Anspruch, Menschen mit sozialistischer, sozialdemokratischer, religiöser, liberaler und ökologischer Prägung zu vereinen. In einer Grundsatzserklärung

374 Aufruf zum „Demokratischen Aufbruch – sozial, ökologisch“. – In: Rein, S. 34–37, hier S. 34–35; Müller-Enbergs, S. 17–20.

375 Rein, S. 34.

376 Ebenda, S. 35–35.

377 Ebenda, S. 38–43, hier S. 39.

bekannt er sich noch einmal zum Streit um die Konzeption einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.³⁷⁸ In wirtschaftlicher Hinsicht wurde jetzt klarer formuliert, daß das öffentlich kontrollierte Staatseigentum an Produktionsmitteln auf die Großindustrie beschränkt sein sollte, während Kleinindustrie und Dienstleistungen genossenschaftlich oder privat organisiert sein könnten.³⁷⁹ Ausdrücklich ging der DA von der deutschen Zweistaatlichkeit, aber auch von einem „besonderen Verhältnis“ zur Bundesrepublik und von der Absicht zur Errichtung eines gemeinsamen „Europäischen Hauses“ aus. Noch deutlicher formulierte ein „Flugblatt für die Demokratie“ vom 29. Oktober 1989, in dem es hieß, daß der DA „Teil der politischen Opposition in der DDR“ sei und für „eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis“ eintrete, um die „zukünftige Existenz der DDR als Friedensfaktor in Europa zu ermöglichen.“³⁸⁰ Deziert hieß es: „Seine Mitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen.“³⁸¹

Gleichzeitig nahm eine Resolution des „Demokratischen Aufbruch“ vom selben Tag gegen die Festschreibung der führenden Rolle der SED in der Verfassung Stellung.³⁸² Etwa zum gleichen Zeitpunkt meinte Rainer Eppelmann in einem Interview, daß der stalinistische Sozialismus in Osteuropa tot sei³⁸³, während Ehrhart Neubert – in Abgrenzung von der SED – vom Ziel eines „demokratischen Sozialismus“ ausging.³⁸⁴

Das Leipziger Programm des DA vom 16./17. Dezember 1989 formulierte schließlich als Ziele: Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einer sich im Aufbruch befindlichen Gesellschaft der DDR.³⁸⁵ Neu war das Bekenntnis zur ökologischen Marktwirtschaft mit den unterschiedlichsten Eigentumsformen und zum Recht aller Deutschen, in einem einheitlichen Staat leben zu können. Gesamtziel sollte eine „ökologisch orientierte Sozialgemeinschaft“ sein.³⁸⁶ Im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses forderte der DA jetzt auch die deutsche Vereinigung auf dem Weg über vertragliche Bindungen, einen Staatenbund zu einem Bundesstaat.³⁸⁷ Dieser deutsche Staat sollte entmilitarisiert und blockfrei sein. Durch die auf einem Sonderparteitag

378 Vorläufige Grundsatzserklärung. – In: Ebenda, S. 43–45, hier S. 43; Schüddekopf, S. 163–165. Vgl. auch Diskussionspapier des „Demokratischen Aufbruch“ zu seinen Positionen und zu seinem Selbstverständnis als Partei. – In: Schüddekopf, S. 166–170.

379 Ebenda, S. 44.

380 Rein, S. 46–48, hier S. 46, 48; Schüddekopf, S. 178–179.

381 Rein, S. 47.

382 Rein, S. 48; Schüddekopf, S. 176–177.

383 Eppelmann, Rainer: In dem Volk steckt noch eine Menge drin. – In: Rein, S. 49–51, hier S. 50.

384 Neubert, Ehrhart: Wir wollen einen „demokratischen Sozialismus“. – In: Ebenda, S. 52–58, hier S. 53.

385 In: Müller-Enbergs, S. 63–83, hier S. 63.

386 Ebenda, S. 78.

387 Ebenda, S. 83.

am 4./5. August 1990 beschlossene Fusion mit der CDU übernahm der DA auch deren Programm.

VIII.8. *Unabhängiger Frauenverband (UFV)*

Der UFV hoffte bis „zuletzt“ auf eine selbständige DDR, auf die Reformierbarkeit des „Sozialismus“ und lehnte so die Vereinigung mit der Bundesrepublik ab. Dementsprechend verstanden sich die Mitglieder des Frauenverbandes auch nicht als Oppositionelle gegen die DDR. Das mag auch daran gelegen haben, daß – wie ein führendes Mitglied des Verbandes, Marinka Körtzendörfer, in der Rückschau meint – die Frauen des UFV in der Regel über keine wirtschaftlichen Kenntnisse verfügten und deshalb auch die desolante Lage der DDR nicht richtig einschätzen konnten.³⁸⁸

Das Programm des Unabhängigen Frauenverbandes vom 17. Februar 1990 betonte individuelle Entwicklungsrechte besonders für Frauen, Demokratisierung, multikulturelle Gesellschaft und Quotierung als Voraussetzungen „einer friedlichen, sozialen, ökologisch orientierten, solidarischen Völkergemeinschaft.“³⁸⁹ Ähnlich wie bei anderen Bürgerbewegungen schien die Einigung der deutschen Nation nur in einem wechselseitigen Reformprozeß, verbunden mit Entmilitarisierung, Abschaffung des Wehrdienstes und Auflösung der Militärallianzen, möglich.

VIII.9. *Vereinigte Linke (VL)*³⁹⁰

Hauptkritikpunkt der Vereinigten Linken an der Entwicklung in der DDR war, daß diese mit marxistischen Grundthesen nicht in Einklang stehen würde. Mit dem Auftreten Gorbatschows ab 1985 gab es bei späteren Vertretern der VL Hoffnungen auf eine Reformierung und Demokratisierung des Realsozialismus, den aber gleichzeitig andere für eine Vorform der Sklaverei hielten. Im Herbst 1989 scheiterte dann der Versuch, mit Hilfe der entstandenen Betriebsräte die Betriebe in das „Eigentum der Arbeitnehmer“ zu überführen, da die Mehrheit der Ostdeutschen das sich als attraktiver erwiesene bundesdeutsche System ohne Änderungen übernehmen wollte. Dies ließ z. B. Hans Schwenke zu dem resignierten Fazit gelangen, daß der Mensch eben vor der „Revolution“ geändert werden müsse. Letztlich zweifelt Schwenke auch den Revolutionsbegriff für den Herbst 1989 an, wenn er meint, daß die SED-Funktionäre schon so weit demoralisiert gewesen wären, daß sie sich geradezu danach drängten, die Macht abzugeben. Einige Teilnehmer eines Treffens in

388 Tonbandprotokoll Marinka Körtzendörfer; Hornig, S. 29–30.

389 Müller-Enbergs, S. 130–141, hier S. 132–133.

390 Tonbandprotokolle Silvia Müller und Hans Schwenke. Zur Theorie der VL vgl. Klein, Thomas: Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems? – In: Rein, S. 112–113.

Böhlen³⁹¹ gingen in einer Erklärung davon aus, daß den Herrschenden der SED nur noch die „stumpfe Waffe der Phrase oder die Überzeugungskraft des Knüppels“ bliebe, die Bevölkerung in der DDR dagegen den endlich beginnenden Aufbau des Sozialismus fordern würde.³⁹² So hieß es: „Nicht irgendwann, sondern heute gilt es, den Sozialismus überhaupt zu ermöglichen, indem wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und der bisherigen verhängnisvollen politischen Stagnation ein Ende setzen!“³⁹³

Dazu sollten sich die Werktätigen in den Betrieben in unabhängigen Ausschüssen und Kommissionen zusammenfinden, unabhängige Gewerkschaften und Betriebsräte gründen. Gefordert wurden der sofortige Rücktritt der Regierung der DDR und des Politbüros sowie sofortige radikale Reformmaßnahmen (Demokratisierung der Presse, Legalisierung des „Neuen Forum“, Veröffentlichung aller Daten über den tatsächlichen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft, Erteilung von Reisegenehmigungen für jeden Bewohner der DDR für 30 Tage und mit Umtauschrecht für 500 DM, Rückkehrangebot an alle Ausgereisten, radikale Verfassungs- und Gesellschaftsreform „im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit“).³⁹⁴ Neben der grundsätzlichen Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung forderte die „Vereinigte Linke“ eine „Existenzgarantie für die freie und unabhängige Entwicklung von Berlin (West) auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens und Abschluß einer vertraglichen Regelung zwischen der DDR, der BRD und West-Berlin zur Ausschaltung von Statusproblemen“³⁹⁵ und folgte damit letztlich der Dreistaatentheorie. Das Ziel „parlamentarische Demokratie“ lehnte sie dagegen ab, meinte jedoch, daß das Volk seine Souveränität durch freie Wahlen wiederherstellen müsse.³⁹⁶ Spezifisch für die VL war darüber hinaus, daß die Untersuchung stalinistischer Verbrechen, die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer und eine Verurteilung bzw. Entschuldigung für die Aggression gegen die CSSR 1968 gefordert wurden.³⁹⁷

Ende Februar 1990 forderte die VL in ihrem Programm für die Volkskammerwahl schließlich ein Bündnis aller Kräfte, „die sich gegen die Preisgabe der DDR und seiner Bürger wenden.“³⁹⁸ Die Souveränität der DDR war

391 Zum Gründungstreffen Anfang September 1989 in Böhlen vgl. Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen. – In: Ebenda, S. 105–196; Schüddekopf, S. 18–26; Für eine vereinigte Linke in der DDR! – In: Rein, S. 106–109; Müller-Enbergs, S. 27–30; Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Vorschlag für einen Minimalkonsens einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition. – In: Rein, S. 109–111.

392 Erklärung vom 13. Oktober 1989. – In: Schüddekopf, S. 125–131, hier S. 125–126.

393 Ebenda, S. 126.

394 Sofortmaßnahmen zur Vorbereitung des Landes für einen Weg der sozialistischen Demokratie und Freiheit. – In: Schüddekopf, S. 131–135, hier S. 131–133.

395 Ebenda, S. 134.

396 Gutzeit: Weg, S. 103.

397 Ebenda, S. 134–135.

398 Müller-Enbergs, S. 142–154, hier S. 142.

gegen die „Unterwerfung unter das politische und wirtschaftliche System des Kapitalismus“ zu verteidigen, um so die Möglichkeit „eigenverantwortlicher Gestaltung unserer Zukunft“³⁹⁹ zu erhalten. Bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung sollten die Beziehungen zur Bundesrepublik nach dem Grundsatz „Zwei Staaten – eine Nation“ ausgestaltet werden. Dabei wurde nicht irgendein „dritter Weg“ angestrebt, sondern die VL forderte das Volk der DDR auf, seine Souveränität „mit der Entfaltung basisdemokratischer Initiativen (zu) verteidigen“. Diese sollten wiederum auf Räten beruhen, die auch das Betriebseigentum selbst verwalten. Die Auflösung der Militärblöcke war für die VL nicht Voraussetzung, sondern Ergebnis der politischen Entspannung; die angestrebte Demilitarisierung schloß allerdings die Wahrung der Verteidigungsfähigkeit ein.

VIII.10. *SED-Reformer*

Die Gruppierung der SED-Reformer konnte sich bis zum Ende des Jahres 1989 und wohl auch darüber hinaus nicht von der Illusion einer reformierbaren DDR trennen.⁴⁰⁰ Ihr Ziel war letztlich, über Reformen im Sinne Gorbatschows die DDR effektiver, effizienter und erträglicher zu machen. So meinte Rainer Land noch nach dem Mauerfall im November 1989, daß durch den „Zerfall der administrativ-bürokratischen Leitungsstrukturen der DDR“ ein kurzfristig offener Raum „für die Neugestaltung der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Subsysteme der DDR“ entstanden sei.⁴⁰¹ Für die Individuen würde jetzt autonomer Raum zur Verfügung stehen, und die DDR hätte – mit einer Volksbewegung im Rücken – weitaus größere Chancen als die Bundesrepublik, ihre Gestaltungsfreiheit politikbildend einzusetzen. Land meinte, daß die Mehrheit der Bevölkerung keine Wiedervereinigung wolle und daß die DDR der Bundesrepublik „Konditionen abringen“ könne, „die beiden helfen, die beiden Entwicklungsmöglichkeiten einräumen, aber ebendeshalb auch keinen subordinieren und auch uns gestatten, eine eigene sozialistische und staatliche Identität und Souveränität zu wahren.“⁴⁰² An diesen Ausführungen wird die Isolierung der „SED-Reformer“ genauso deutlich wie ihre Unfähigkeit, die in der Gesellschaft real verlaufenden Prozesse adäquat zu erfassen. Dazu kommt noch die Anmaßung, Worte wie „wir“ bzw. „uns“ zu gebrauchen, wenn von der Bevölkerung der DDR die Rede ist (oder bezog sich dieses „wir/uns“ nur auf die Reformgruppe, die dem Rest der Bevölkerung der Weg zu weisen hat?).

399 Ebenda, S. 143.

400 Zur Kritik dieser Gruppierung vgl. Tonbandprotokoll Templin.

401 Land, Rainer: Die Wirtschaftsreform der DDR im Lichte der entstandenen neuen Lage: offene Grenze zur BRD. – In: Studie zur Gesellschaftsstrategie 1, S. 107.

402 Ebenda, S. 113.

Gleichzeitig lehnten die in ihrem elitären Selbstbewußtsein in einem gewissen Sinn an die neo-marxistischen Diskussionszirkel der sechziger und siebziger Jahre anknüpfenden SED-Reformer Kontakte und Zusammenarbeit mit der DDR-Opposition ab. Nach Gründung des „Neuen Forum“ verstanden sie sich wohl auch als diejenige Gruppe, die den wachsenden Einfluß der Bürgerbewegung würde eindämmen können. So forderten Rainer Land, Rosemarie Will und Dieter Segert am 22. Oktober 1989, „kleine Gruppierungen mit extremen, verfassungsfeindlichen Zielstellungen zu isolieren und ihren Einfluß zu mindern“⁴⁰³ und gleichzeitig mit dem „Neuen Forum“ zu sprechen, wenn dieses auf dem Boden der Verfassung stehen würde. Gleichzeitig wurde dem SED-Staat die grundsätzliche Berechtigung zuerkannt, Bürgerrechts- und Oppositionsgruppen „zu kontrollieren, zu kanalisieren und gegebenenfalls auch zu verbieten.“⁴⁰⁴

Neben der Arroganz der „Sozialismus-Reformer“ und deren Unfähigkeit, sich in einer zusammenbrechenden DDR zurechtzufinden, wird hier auch deutlich, daß sie sich der SED-Führung auf Kosten der Opposition anzudienen bemühten. Sie spielten sich letztlich als Richter über die Bürgerbewegung auf, wenn sie meinten, deren Gruppierungen wären dann zu verbieten, wenn sie sich gegen den „Sozialismus“ oder die SED-dominierte Verfassung wenden würden.⁴⁰⁵ Gleichzeitig hofften sie, daß die SED „ihre führende Rolle auf konzeptionellem und strategischem Gebiet im politischen Diskurs“ zurückgewinnen und sich an die Spitze der „Erneuerung des Sozialismus“ stellen würde.⁴⁰⁶ Um dies zu ermöglichen, waren die „Reformer“ auch bereit, bei der anstehenden Wahl „Sicherheiten zu vereinbaren“, um den Machtverlust der SED zu verhindern. So boten sich die SED-Reformer an ihrem Ende der Staatspartei als Helfer bei deren Ziel des Machterhalts an und verspielten damit endgültig jeglichen moralischen Kredit bei der Opposition. Letztlich spielten sie ab Ende 1989 keine politische Rolle mehr.

IX. Zusammenfassende Thesen

Zwischen Spätsommer 1989 und Anfang März 1990 führte in der DDR eine Revolution zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in kurzer Zeit. Dabei stürzte die alte, bereits ausgehöhlt Herrschaft unter dem Druck der Volksmassen, und der Weg zu

403 Land, Rainer; Will, Rosemarie; Segert, Dieter: Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen, und wie könnte mit dem Prozeß des Umbaus des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden? – In: Texte zu Politik, Staat, Recht, S. 63.

404 Land/Will/Segert, S. 63.

405 Ebenda, S. 64.

406 Ebenda, S. 68–69.

einer demokratischen und innovationsfähigen Gesellschaft wurde frei. Der Begriff „Opposition in der DDR“ ist bisher noch nicht schlüssig definiert, jedoch sollte zwischen der fundamentalen Gegnerschaft sozialdemokratischer, christlicher und bürgerlicher Gruppen und Einzelpersonen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren sowie zwischen den auf Reform des realsozialistischen Systems gerichteten Gruppierungen der siebziger und achtziger Jahre unterschieden werden. Nur um diese geht es in vorliegender Expertise.

Die Opposition in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR entstand unter dem Schutzschild der evangelischen Kirche aus Gruppen von Wehrdienstverweigerern, Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, Dritte-Welt- und Frauengruppen sowie kleinen Zusammenschlüssen „kritischer Marxisten“. Bis 1988 existierten keine verbindlichen organisatorischen Strukturen, die Gruppen legten sich inhaltlich nicht fest, und gedanklich dominierte der Traum vom „dritten Weg“ des „demokratischen Sozialismus“. Erst nach den Ereignissen der Berliner Luxemburg-Liebkecht-Demonstration 1988 und besonders ab Anfang 1989 gewann der Gedanke, daß festere Strukturen für die Auseinandersetzung mit der SED unumgänglich waren, an Boden. Entscheidend wurde, daß die Sozialdemokraten die Öffentlichkeit suchten und daß die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ sich „DDR-weit“ öffnete.

Die Formierungsphase der Opposition in einem engeren Sinn begann mit dem Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer ostdeutschen Sozialdemokratie am 24. Juli 1989 (gegründet am 7. Oktober), es folgten die Initiative zur Schaffung des „Demokratischen Aufbruch“ vom 21./22. August (Gründung am 1. Oktober), der Gründungsaufwurf des „Neuen Forum“ vom 9. September (Versuch einer offiziellen Anmeldung am 19. September) und die offizielle Konstituierung von „Demokratie Jetzt“ als Bürgerbewegung am 12. September. In einer zweiten Welle zwischen Oktober 1989 und Januar 1990 gründeten Oppositionelle die „Grüne Partei“, den „Unabhängigen Frauenverband“ und die „Vereinigte Linke“.

Die Expertise analysiert besonders die programmatischen Schriften der wichtigsten Oppositionsgruppen aus dem Jahre 1989, für die in der Regel der theoretische Ausgangspunkt die Vision eines reformierbaren Sozialismus war, der über den Weg einer umfassenden Liberalisierung und Demokratisierung erreicht werden sollte.⁴⁰⁷

Daraus ergab sich, daß eine deutsche Vereinigung unter ausschließlich bundesdeutschen Vorzeichen von den Gruppen – die in der Regel auch nur ansatzweise theoretisch arbeiteten⁴⁰⁸ – nicht intendiert war und daß der Gedanke

407 Herzberg in: Herzberg/von zur Mühlen, S. 14.

408 Theoretische Ansätze für eine DDR ohne SED gab es nach Rüdtenklau (S. 364) embryonal bei der Gruppe „Gegenstimmen“ und im Havemann-Kreis.

einer solchen Vereinigung zumindest in ihren programmatischen Papieren erst spät auftauchte („Vereinigte Linke“ und UFV hielten bis zum März 1990 an ihrem Traum von einer unabhängigen DDR fest). Auch Anfang 1990 war die Akzeptanz des Gedankens einer Wiedervereinigung mit der Forderung nach Veränderungen in der alten Bundesrepublik und nach Abrüstungsschritten in Deutschland verbunden. Zwar war wohl einer Mehrheit bewußt, daß die Bevölkerung ganz andere Ziele als die oppositionellen Gruppierungen hatte, doch wußten nur wenige, daß die Existenz des Staates DDR untrennbar an die der SED gebunden war.⁴⁰⁹ Trotz aller Kritik an SED und DDR war in den Gruppen dagegen bis in den Herbst 1989 hinein überwiegend noch eine Grundloyalität vorhanden.⁴¹⁰ Nach Einschätzung Wolfgang Rüdtenklaus ging nur Edelbert Richter vom Naumburger Friedenskreis mit seinem Konzept eines neutralen konföderierten Deutschland von der Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit aus.⁴¹¹

Als erste politische Kraft bestritt die SDP der SED grundsätzlich ihren Führungsanspruch und überschritt mit ihrer Forderung nach Rechtsstaat und strikter Gewaltenteilung bewußt die Grenzen des „Realsozialismus“. Im Gegensatz dazu ging es der Bürgerbewegung im Herbst 1989 in erster Linie um die Demokratisierung der DDR und die Ausweitung der Aktionsmöglichkeiten der Oppositionellen. Trotzdem stellten ihre Forderungen – wenn auch oft wohl nur unbewußt – letztlich die totalitären Strukturen des SED-Staates zur Disposition, da dieser bei seiner inneren Strukturierung und seinem Selbstverständnis Meinungsfreiheit, Demokratie, Gewaltenteilung und politischen Pluralismus nicht gewähren konnte. Dazu kam, daß die SED-Führung nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft, Heuchelei, Verwüstung des eigenen Landes und der Terrorisierung der Bevölkerung ihr klägliches Ende unausweichlich gemacht hatte.

Auch das Heranreifen der „Revolution“ von 1989 erkannten viele Oppositionelle, die dann in einem gewissen Sinne zu Revolutionären wider Willen wurden, erst spät. Eine der frühesten in diese Richtung weisende Äußerung enthalten die „Umweltblätter“ von September 1989, die in einer Analyse der politischen Situation in der DDR von „so etwas wie eine(r) revolutionäre(n) Situation“ ausgingen.⁴¹²

Zu den in den Gruppierungen der Bürgerbewegung wirkenden politischen Grundüberzeugungen, deren Veränderungen und den Auswirkungen realer politischer bzw. wirtschaftlicher Prozesse auf die Programmatik der Opposition

409 Rüdtenklaus, S. 12.

410 Der Traum von einer wirklich demokratischen DDR (Ash, Timothy G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas, 1980–1990. – München und Wien, 1990, S. 396) hatte auch mit der Erziehung zur Scham für Deutschland und mit der Entscheidung von vor 1989 zu tun, nicht in den Westen zu gehen (Reich: Rückkehr, S. 162).

411 Rüdtenklaus, S. 12.

412 Nachgedruckt in Rüdtenklaus, S. 355.

sind weitere Forschungen nötig. Das gilt auch für die Überzeugungen einzelner Bürgerrechtler, ihre Wahrnehmung des Heranreifens einer revolutionären Situation in der DDR und ihre Hoffnung auf die Möglichkeit eines „dritten Weges“ im Osten Deutschlands. Die bisher vorliegenden Befragungen⁴¹³ lassen den vorläufigen Schluß zu, daß die Mehrzahl der DDR-Oppositionellen die Systemkrise des „Realsozialismus“ sehr spät erkannte, daß wohl niemand mit einer Revolution rechnete⁴¹⁴, daß die Hoffnung auf einen „dritten Weg“ bis ins Frühjahr 1990 hinein bestehen blieb und daß sie danach mit Trauer auf das Scheitern dieser Illusion reagierten.

Weiter zu untersuchen ist auch der Übergang von den Oppositionsgruppen zu den großen Parteien bzw. das Beharren auf dem Konzept der Bürgerbewegung. Letzlich wird auch weiterhin zu fragen sein, was von den Überzeugungen und sozialen Werten der DDR-Opposition den Herbst 1989 überlebte und was für die weitere Ausgestaltung der deutschen Demokratie bedeutsam ist. In erster Linie sind hier wohl das basisdemokratische Einfordern von politischer Demokratie, die Gewaltfreiheit von Widerstand, die Diskursfreudigkeit und die gemeinsame Abwehr von gesellschaftsbedrohenden Gefahren wie Rechtsradikalismus, Umweltzerstörung und militärischer Bedrohung zu nennen.⁴¹⁵

Literatur und Quellen:

- bereits vorliegende Darstellungen aus der Sicht der oppositionellen Bürgerbewegung⁴¹⁶,
- Rechtfertigungsversuche der SED-Führung/Staatsführung der DDR⁴¹⁷,
- wissenschaftliche Arbeiten über die späte DDR und die 1989er Revolution von 1988⁴¹⁸,
- vorliegende Dokumenteneditionen⁴¹⁹,
- Stimmungs- und Lageberichte,

413 U. a. die von Christian Halbrock durchgeführten, vgl. unten.

414 So auch Rüdtenklau, S. 287, 364.

415 Haufe/Bruckmeier, S. 20.

416 Beleites; Eppelmann: Wendewege; Neubert: Revolution; Reich: Abschied; Reich: Rückkehr; Rüdtenklau; Schorlemmer; Thierse, Wolfgang: Mit eigener Stimme sprechen. – München und Zürich, 1992; Wollenberger; Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei einbeziehend Ash: Jahrhundert.

417 Andert/Herzberg; Honecker; Krenz; Schabowsky, Günter: Das Politbüro. Ende eines Mythos; Eine Befragung/hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Koehne. – Reinbek bei Hamburg, 1990 (rororo aktuell; 12888); Schabowski: Absturz; Wolf; Gerlach. Dazu kommt noch das Buch von Günter Mittag.

418 Z. B. Gasteyer, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945–1990. – 2., aktualisierte Aufl. – Bonn, 1991 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 285); Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft/hrsg. von Eckhard Jesse und Armin Mitter. – Bonn, 1992 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 308); Thaysen; Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990. – Hannover, 1991.

419 Mitter/Wolle: Ich liebe euch. Heranzuziehen sind ebenfalls Dokumenteneditionen von regionalen mFS-Auflösungskomitees. Stasi intern. Macht und Banalität/hrsg. vom Bürgerkomitee Leipzig. – Leipzig, 1991; Staatssicherheit in Rostock. Zielgruppen, Methoden, Auflösung/hrsg. von Thomas Ammer und Hans-Joachim Memmler. – Köln, 1991 (Edition Deutschlandarchiv); Mit tschekistischem Gruß. Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam 1989/hrsg. von Reinhard Meinel und Thomas Wernicke. – Potsdam, 1990; Unter uns. Die Stasi. Berichte des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt (Oder)/hrsg. von Justus Werdin. – Berlin, 1990.

- Parteiapparat der SED (Zentrales Parteiarchiv),
- Ministerium für Staatssicherheit: Dokumentenverwaltung, Zentrale Auswertungs- und Dokumentationsgruppe (Archiv der Gauck-Behörde),
- DDR-Ministerien (Außenstelle Ruschestraße des Bundesarchivs Potsdam)
- Mitschnitte einer Seminar-Reihe an der Berliner Humboldt-Universität mit führenden Vertretern aus Oppositionsgruppen 1991/1992,
- weitere Befragungen von Mitgliedern der DDR-Opposition.

Verwendete Archivalien

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO/BArch)

Politbüro

I IV/2/2

2314–2316, 2339–2341, 2343, 2345–49, 2351–2358, 2360–2367

I IV/2/2A

3192–3196, 3202–3203, 3232–3234, 3238–3246, 3247–3265

Büro Honecker

I IV

956–958, 961, 967, 971

18 113/41 665

Büro Krenz

IV 2/2.039

18, 76, 191, 312

Bei weiteren Forschungen konnten zusätzlich die Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der SED, die Akten der Büros Jarowinsky, Felfe, Honecker, Mittag und Hager sowie folgender Abteilungen des Zentralkomitees ausgewertet werden: Transport- und Nachrichtenwesen, Bauwesen, Grundstoffindustrie, Landwirtschaft, Forschung und technische Entwicklung, Maschinenbau und Metallurgie, Handel, Versorgung und Außenhandel, Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie, Planung und Finanzen.

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

ZAIG-Informationen:

1977 450

1978 32

1981 23, 173, 244, 362, 373

1982 82, 85, 133, 178

1983 81, 83, 86, 101, 258, 280, 293, 361, 362, 365

1984 221, 245, 273, 287, 368

1985 152, 209, 232, 286, 455, 480

1986 225, 313, 445, 448, 500, 537

1988 70, 444, 457, 462, 476, 536

1989 79, 126, 150, 168, 269, 286, 321, 337, 386, 416, 427, 429, 431, 432, 433, 434, 440, 451, 455, 458, 459, 471, 472, 481, 485, 496, 503, 517, 518, 519.

In: ZAIG 2716, 2788, 3100, 3119, 3123, 3145, 3201, 3202, 3206, 3211, 3332, 3290, 3300, 3307, 3309, 3324, 3325, 3367, 3370, 3377, 3380, 3396, 3450, 3458, 3467, 3488, 3512, 3524, 3550, 3556, 3641, 3710, 3740, 3751, 3756, 3776, 3780, 3785, 3801, 3802, 3809, 3812, 3815.

- Weitere ZAIG-Informationen sind veröffentlicht in Mitter/Wolle. Es handelt sich um die Nummern:
25, 79, 122, 150, 229, 285, 286, 321, 336, 337, 412, 416, 426, 428, 429, 432, 433, 434, 435, 438, 451, 452, 458, 471, 484, 496.
- Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung/Werner Grabsch. – Potsdam: Hochschule des MfS, Dissertation, 1988. – In: ZAIG 8317.
- Thesen zu den Forschungsergebnissen: „Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung“. – Potsdam: Hochschule des MfS, 17. Febr. 1989. – In: ZAIG 8193.
- „Auskünfte zu staatlich nicht genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“ als Anhang zur Information 168/89. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ als Anlage zur Information Nr. 150/89. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Aktenvermerk über eine Beratung in der Hauptabteilung XX/4 am 29. August 1989. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Information zu einem Gespräch mit Pfarrer H. von der Evangelischen Golgatha-Gemeinde am 1. September 1989. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Strafrechtliche Probleme der Bildung einer „Initiativgruppe“, 5. September 1989. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Aktenvermerk über eine Beratung in der HA XX beim Generaloberst Wiegand am 7. September 1989. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Beratung der Hauptabteilung XX/4 am 21. September 1989. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Information für die Partei- und Staatsführung über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. – In: BStU/Archiv Gutzeit.
- Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Gen. Generalleutnant Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Gen. Hans Modrow, 21. November 1989. – In: BStU/ZAIG 4886.

Archiv Gutzeit

- Zum Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“.
Innerdeutscher Ausschuß des Deutschen Bundestages: Politische Bürgerinitiativen in der DDR, 21. September 1989 (am 27. September vom Parlamentarischen Staatssekretär Hennig vorgetragen).
- Information der Hauptabteilung XX/9 des MfS über feindliche Aktivitäten mit dem Ziel der Schaffung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, 3. August 1989.
- Information 552/89 der Hauptabteilung XX des MfS: Bestrebungen zur Formierung einer legalen politischen Opposition in der DDR, 6. September 1989.

Tonbandinterviews bzw. im Sommersemester 1992 an der Humboldt-Universität gehaltene Vorträge

- Wolfgang Templin („Initiative Frieden und Menschenrechte“) 8. April 1992
Martin Gutzeit („SDP, SPD“) 15. April 1992
Carlo Jordan („Umweltbibliothek“, „Die Grünen“) 22. April 1992
Hans Schwenke („Bürgerkomitee 15. Januar“, „Vereinigte Linke“) 29. April 1992
Uwe Warnke („Gegen-Kultur“, „Samisdat“) 5. Mai 1992
Michael J. Schönherr („Demokratischer Aufbruch“) 19. Mai 1992
Ulrike Poppe („Frauen für den Frieden“, „Demokratie Jetzt“) 26. Mai 1992

Silvia Müller (Friedenskreis der Berliner ESG, Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde, Gruppe „Gegenstimmen“, „Vereinigte Linke“) 2. Juni 1992.

Marinka Körtzendörfer („Unabhängiger Frauenverband“) 9. Juni 1992

Dietmar Linke (Opposition in der evangelischen Kirche) 16. Juni 1992

Evi Stolt (KPD/ML) 30. Juni 1992

Gerd und Ulrike Poppe („Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Frauen für den Frieden“, „Demokratie Jetzt“) 31. Oktober 1993

Weiterhin sind Interviews bzw. Erinnerungen aus folgenden Monographien verwandt worden:

Die Opposition in der DDR/hrsg. von Gerhard Rein:

- Sebastian Pflugbeil
- Jens Reich
- Rainer Eppelmann
- Ehrhart Neubert
- Konrad Weiß
- Ludwig Mehlhorn
- Markus Meckel
- Ibrahim Böhme
- Thomas Klein
- Harald Wagner
- Johannes Richter
- Christof Ziemer.

Auf den Anfang kommt es an/hrsg. von Wolfgang Herzberg u. Patrik von zur Mühlen:

- Martin Gutzeit
- Markus Meckel
- Stephan Hilsberg
- Konrad Elmer
- Steffen Reiche
- Frank Bogisch
- Harald Seidel
- Annemarie und Matthias Müller.

Von der Bürgerbewegung zur Partei/hrsg. von Dieter Dowe und Rainer Eckert:

- Harald Seidel
- Steffen Reiche
- Konrad Elmer
- Martin Gutzeit
- Markus Meckel
- Marianne Birthler
- Richard Schröder
- Wolfgang Thierse.

Zu danken habe ich Christian Halbrock für die mir zur Verfügung gestellten Interviews mit Tom Sello, Hans Simon, Gerold Hildebrandt, Steph Konopatzki, Fritz Kühnen, Ulli Klatzek aus dem Bereich der „Kirche von Unten“, der Umweltbibliothek und der AG Ökologie.

Diese Befragungen folgten folgendem Schema:

- Wann wurde das Heranreifen einer innenpolitischen Krisensituation im Verlauf des Jahres 1989 erkannt?
- In welchen Bereichen meinten Sie eine Krise erkennen zu können?
- Welche Gründe waren für das Wahrnehmen bzw. Nicht-Wahrnehmen ausschlaggebend?
- Konnten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt die Existenz einer „vorrevolutionären“ Situation in der DDR erkennen?
- Wann?
- Hatte dies Folgen für Ihr Handeln?
- Befürworteten Sie im Herbst 1989 einen eigenen „dritten Weg“ für Ostdeutschland?

- Wenn ja, wann konnten Sie erkennen, daß diese Möglichkeit nicht vorhanden war?
- Hielten Sie über diesen Zeitpunkt hinaus an dem Konzept einer eigenständigen Entwicklung fest?.

Bibliographie

1. *Opposition und Revolution*

- Ash**, Timothy G.: Ein Jahrhundert wird abgewählt: Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990. – München und Wien, 1990.
- Ash**, Timothy G.: Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent. – München und Wien, 1993.
- Beyme**, Klaus von; **Daniels**, Robert V.: Opposition. – In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft: Eine vergleichende Enzyklopädie. – 4. – Freiburg – Basel – Wien, 1971. – Sp. 958–992.
- Blaschke**, Karlheinz: Formen des Widerstandes in der DDR. – In: Der Umbruch in Osteuropa/hrsg. von Jürgen Elvert und Michael Salewski. – Stuttgart, 1993 (Historische Mitteilungen: Beiheft; 4. – S. 65–81).
- Broszat**, Martin; **Fröhlich**, Elke: Alltag und Widerstand: Bayern im Nationalsozialismus. – München und Zürich, 1987 (Serie Piper; 678).
- DDR-Handbuch** /Wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann. – 3., überarb. und erw. Aufl. – Köln, 1985.
- Fricke**, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR: Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968; Bericht und Dokumentation. – 2. Aufl. – Köln, 1990.
- Habermas**, Jürgen: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. – In: Habermas: Die nachholende Revolution: Kleine Politische Schriften VII. – Frankfurt/M., 1990 (Edition suhrkamp; N.F.; 633).
- Hüttenberger**, Peter: Dimensionen des Widerstandsbegriffs. – In: Widerstand: Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte/hrsg. von Peter Steinbach. – Köln, 1987. – S. 80–95.
- Jäger**, Wolfgang: Opposition. – In: Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland/hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck. – 4. – Stuttgart, 1978. – S. 469–517.
- Koselleck**, Reinhart: Revolution. Rebellion. Aufruhr. Bürgerkrieg. – In: Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland/hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck. – 5. – Stuttgart, 1984. – S. 653–788.
- Lüdtke**, Alf: Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. – Hamburg, 1993.
- Meyer**, Georg P.: Revolutionstheorien heute: Ein kritischer Überblick in historischer Absicht. – In: 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung/hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. – Göttingen, 1976 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 2).
- Minnerup**, Günter: Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa. – In: Die DDR im 40. Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven. – Köln, 1989. – S. 66–74.
- Mitter**, Armin; **Wolle**, Stefan: Untergang auf Raten: Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. – München, 1993.
- Peukert**, Detlev: Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich. – Berlin: Gedenkstätte deutscher Widerstand, 1986 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945; 13).
- Plum**, Günter: Widerstandsbewegungen. – In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft: Eine vergleichende Enzyklopädie. – 6. – Freiburg – Basel – Wien, 1972. – Sp. 961–983.

- Die **SED in Geschichte und Gegenwart**/hrsg. von Ilse Spittmann. – Köln, 1987 (Edition Deutschland Archiv).
- Stalins DDR**: Berichte politisch Verfolgter/hrsg. von Rüdiger Knechtel. – Leipzig, 1991.
- Steinbach, Peter**: Der Widerstand gegen die Diktatur: Hauptgruppen und Grundzüge der Systemopposition. – In: Deutschland 1933–1945: Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. – Bonn, 1992 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 314).
- Tilly, Charles**: Die europäischen Revolutionen. – München, 1993
- Der **Widerstand gegen den Nationalsozialismus**: Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler/hrsg. von Jürgen Schmäddecke und Peter Steinbach. – 2. Aufl. – München und Zürich, 1986 (Serie Piper; 685).
- Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945**/hrsg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen. – Berlin und Bonn, 1984.
- Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit**: Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“. – Berlin: Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung, 1993
- Woods, Roger**: Opposition in the GDR under Honecker, 1971–85: An introduction and documentation. – New York, 1986.

2. Vorgeschichte und Geschichte der Revolution in der DDR

- Bahro, Rudolf**: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. – Köln, 1979.
- Chronik der Ereignisse in der DDR**. – 3., erw. Aufl. – Köln, 1989 (Edition Deutschland Archiv).
- Die **deutsche Vereinigung**: Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt/hrsg. von Volker Gransow und Konrad H. Jarausch. – Köln, 1991 (Bibliothek Wissenschaft und Politik; 47).
- Das **Ende eines Experiments**: Umbruch in der DDR und deutsche Einheit/hrsg. von Rolf Reißig und Gert-Joachim Glaebner. – Berlin 1991
- Fichter, Tilman**: Die SPD und die Nation: Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit. – Berlin und Frankfurt/M., 1993.
- Förster, Peter; Roski, Günter**: DDR zwischen Wende und Wahl: Meinungsforscher analysieren den Umbruch. – Berlin, 1990.
- Henrich, Rolf**: Der vormundschaftliche Staat: Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. – Reinbek bei Hamburg, 1989 (rororo aktuell Essay; 12536).
- „**Ich liebe euch doch alle...**“. Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989/hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle. – Berlin, 1990.
- Kleßmann, Christoph**: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, (1991) B 5.
- Meuschel, Sigrid**: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR. – Frankfurt/M., 1992 (edition suhrkamp; 1688).
- Neubert, Ehrhart**: Eine protestantische Revolution. – Berlin, 1990.
- Thaysen, Uwe**: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? – Opladen, 1990.
- Und diese verdammte Ohnmacht**: Report der Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin. – Berlin, 1991.
- Ursachen und Verlauf der deutschen Revolution 1989**/hrsg. von Konrad Löw. – Berlin, 1991.
- Wolle, Stefan**: Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989. – In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellsch. – Bonn, 1992 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 308).
- Worst, Anne**: Das Ende eines Geheimdienstes. Oder: Wie lebendig ist die Stasi? – Berlin, 1991.

Regionale Darstellungen

- Die „Andere“ Geschichte**/hrsg. von Katharina Lenski u. a. – Erfurt, 1993.
- Mühlhausen 1989/1990**: Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt/hrsg. von Josef Lütke-Aldenhövel, Heinz Mestrup, Dietmar Remy. – 2. Aufl. – Münster, 1993.
- Opp**, Karl-Dieter; **Voß**, Peter; **Gern**, Christiane: Die volkseigene Revolution. – Stuttgart, 1993.
- Winkler**, Heinrich August: Mehr als nur ein Zusammenbruch. Leipzig und das Ende der DDR. – In: Die Zeit vom 6.8.1983.
- Zwahr**, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. – Göttingen, 1993.

3. Parteien und Gruppierungen der Bürgerbewegung

- Beleites**, Michael: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. – Berlin, 1991 (BasisDruck Dokument, d 5).
- Die **Bürgerbewegung in der DDR und in den ostdeutschen Ländern**/hrsg. von Gerda Haufe und Karl Bruckmeier. – Opladen, 1993.
- Die **ersten Texte des „Neuen Forum“**. Erschienen in der Zeit vom 9. September bis 18. Dezember 1989. – Berlin, 1990.
- Graf**, Andreas: Die Vorgeschichte der Opposition in den Akten der STASI. Das Jahr 1989. – In: Wendezeiten – Zeitenwände. Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“/hrsg. von Rainer Eckert, Alexander von Plato, Jörn Schürumpf. – Hamburg, 1991. – S. 84–94.
- Grenzfall**: Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87); Erstes unabhängiges Periodikum/hrsg. von Ralf Hirsch und Lew Kopelew. – Berlin, 1989.
- Gutzeit**, Martin: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. – In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich/hrsg. von Walter Euchner. – Göttingen, 1993 (Kleine Vandenhoeck Reihe; 1566).
- Knabe**, Hubertus: Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn (1990) B 1–2, S. 21–32.
- MachtSpiele**: Literatur und Staatssicherheit/hrsg. von Peter Böthig und Klaus Michael. – Leipzig, 1993 (Reclam-Bibliothek; 1460).
- Meckel**, Markus; **Gutzeit**, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. – Köln, 1993.
- Michael**, Klaus: Samisdat-Literatur in der DDR und der Einfluß der Staatssicherheit. – In: Deutschland Archiv, Köln, 26 (1993) 11, S. 1255–1266.
- Die **Opposition in der DDR**: Entwürfe für einen anderen Sozialismus/hrsg. von Gerhard Rein. – Berlin, 1989.
- Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR** (Oktober 1989 bis April 1990)/hrsg. von Carola Wuttke und Berndt Musiolek. – Berlin, 1991.
- Politische Parteien und Bewegungen der DDR über sich selbst**. Handbuch. – Berlin, 1990.
- Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie** /Hrsg. und eingeleitet von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach. – 3., überarb. und aktual. Aufl. – Bonn, 1990.
- Protokoll**: Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 12.1.-14.1.1990 Berlin, Kongreßhalle, Alexanderplatz/hrsg. vom Vorstand der SPD in der DDR; Red. Stefan Finger. – Berlin, 1990.
- Rüddenklau**, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989; Mit Texten aus den „Umweltblättern“. – Berlin, 1992 (BasisDruck Dokument; d 7).
- „Seid untertan der Obrigkeit“**. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4/hrsg. von Tina Krone und Reinhart Schult. – Berlin, 1992.

- Stattbuch ost.** adieu ddr ODER DIE LIEBE ZUR AUTONOMIE; EIN WEGWEISER DURCH DIE PROJEKTLANDSCHAFT/hrsg. von Jeannette Albrecht. – Berlin, 1991.
- Von der Bürgerbewegung zur Partei:** Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR; Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992/hrsg. von Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert. – Bonn, 1993 (Gesprächskreis Geschichte; 3).
- Von der Illegalität ins Parlament:** Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegung/hrsg. von Helmut Müller-Enbergs, Marianne Schulz und Jan Wielgohs. – Berlin, 1991.
- Was will die Bürgerbewegung?** /hrsg. von Helmut Müller-Enbergs. – Augsburg, 1992.
- Wielgohs, Jan; Schulz, Marianne; Müller-Enbergs, Helmut:** Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven. Ein Beitrag zur Parteienforschung im vereinigten Deutschland – Berlin, 1992 (Sonderausgabe der Berliner Debatte INITIAL).
- „Wir sind das Volk“.** Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution/hrsg. von Charles Schüddekopf. – Reinbek bei Hamburg, 1990 (rororo sachbuch; 8741).

4. Kirche

- Besier, Gerhard:** Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. – München, 1993.
- Neubert, Ehrhart:** Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe. – Potsdam, 1993.
- Neubert, Ehrhart:** Vergebung oder Weißwäscherei. Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen. – Freiburg im Breisgau, 1993 (Herderbücherei; 1785).
- „Pfarrer, Christen und Katholiken“.** Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen/hrsg. von Gerhard Besier, Stephan Wolf. – Neukirchen-Vlyun, 1991 (Historischtheologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert: Quellen; 1).
- Das Signal von Zeitz:** Reaktionen auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz. Eine Dokumentation/hrsg. von Harald Schultze. – Leipzig, 1993.
- Stolpe, Manfred:** Schwieriger Aufbruch. – Berlin, 1992.

5. SED/PDS

- Moreau, Patrick:** PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei. – Bonn und Berlin, 1992 (Schriftenreihe Extremismus und Demokratie; 3).
- Otto, Wilfriede:** Widerspruch und Widerstand in der SED. – In: Ansichten zur Geschichte der DDR. – 1/hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf. – Bonn und Berlin, 1993, S. 129–148.
- Przybylski, Peter:** Tatort Politbüro. – 1. – Die Akte Honecker. – 2. Aufl. – Berlin, 1991.
- Przybylski, Peter:** Tatort Politbüro. – 2. – Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski. – Berlin, 1992.

Reformer

- Otto, Wilfriede:** Widerspruch und Widerstand in der SED. – In: Ansichten zur Geschichte der DDR. – hrsg. von Dietmar Keller... – Bonn und Berlin, 1993. – S. 129–148.
- Studie zur Gesellschaftsstrategie** /Michael Brie... – Berlin, 1989 (Sozialismus in der Diskussion; 1).
- Texte zu Politik, Staat, Recht** /Harald Bluht. – Berlin, 1990 (Sozialismus in der Diskussion; 2.)

6. *Erinnerungen aus der Bürgerbewegung/aus der SDP*

- Aufbruch in eine andere DDR.** Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes/hrsg. von Hubertus Knabe. – Reinbek bei Hamburg, 1989.
- Auf den Anfang kommt es an.** Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989; Interviews und Analysen/hrsg. von Wolfgang Herzberg und Patrik von zur Mühlen. – Bonn, 1993.
- Eppelmann, Rainer:** Fremd im eigenen Haus: Mein Leben im anderen Deutschland. – Köln, 1993.
- Eppelmann, Rainer:** Wendewege. Briefe an die Familie/hrsg. von Dietmar Herbst. – Bonn und Berlin, 1992.
- Linke, Dietmar:** Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR. – Hamburg, 1988.
- Neugebauer, Gero; Niedbalski, Bernd:** Die SDP/SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation. – Berlin, 1992 (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung; 74).
- Reich, Jens:** Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht. – Berlin, 1992.
- Reich, Jens:** Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation. – München und Wien, 1991.
- Schorlemmer, Friedrich:** Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland. – München, 1992.
- Thierse, Wolfgang:** Mit eigener Stimme sprechen. – München und Zürich, 1992.
- Wollenberger, Vera:** Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten. – Berlin, 1992.

7. *Erinnerungen und Rechtfertigungen von DDR-, SED- bzw. MfS-Führern*

- Andert, Reinhold; Herzberg, Wolfgang:** Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. – 3. Aufl. – Berlin und Weimar, 1991.
- „**Es reißt mir das Herz kaputt**“. Spiegel-Gespräch mit dem ehemaligen DDR-Wirtschaftslenker Günter Mittag über seine Politik und seine Fehler. – In: Der Spiegel, Hamburg (1991), 37.
- Gerlach, Manfred:** Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. – Berlin, 1991.
- Honecker, Erich:** Zu dramatischen Ereignissen. – Hamburg, 1992.
- Krenz, Egon:** Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution. Vorgeschichte – Ablauf – Wirkungen/ Unter Mitarbeit von Hartmut König und Gunter Rettner. – Wien, 1990.
- Schabowski, Günter:** Der Absturz. – Reinbek bei Hamburg, 1992 (rororo Sachbuch, 9332).
- Schabowski, Günter:** Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung/hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Koehne. – Reinbek bei Hamburg, 1990 (rororo aktuell; 12888).
- Uschner, Manfred:** Die zweite Etage. Funktionsweisen eines Machtapparates. – Berlin, 1993.
- Wolf, Markus:** In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten. – München, 1991.

8. *Erinnerungen und Schriften ausländischer Politiker*

- Falin, Valentin:** Politische Erinnerungen. – München, 1993.
- Gorbatschow, Michail:** Gipfelgespräch. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit. – Berlin, 1993.
- Gorbatschow, Michail:** Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt. – Berlin, 1988.
- Honecker/Gorbatschow:** Vieraugengespräche/hrsg. und eingel. von Daniel Küchenmeister. – Berlin, 1993.
- Kwizinski, Julij A.:** Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. – Berlin, 1993.
- Schewardnadse, Eduard:** Die Zukunft gehört der Freiheit. – Reinbek bei Hamburg, 1991.
- Thatcher, Margaret:** Downing Street 10. Die Erinnerungen. – 2. Aufl. – Düsseldorf (u. a.), 1993.
- Tschernajew, Anatoli:** Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen. – Stuttgart, 1993.

9. *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit*

Kukutz, Irena; Havemann, Katja: Geschützte Quelle. Gespräche mit Monika H. alias Karin Lenz mit Faksimiles, Dokumenten und Fotos. – Berlin, 1990.

Lahann, Birgit: Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. – Berlin, 1992.

Zusammenfassung

I.

Zwischen Spätsommer 1989 und Anfang März 1990 führte in der DDR eine Revolution⁴²⁰ zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in kurzer Zeit. Dabei stürzte die alte, bereits ausgehöhlt Herrschaft unter dem Druck der Volksmassen, und der Weg zu einer demokratischen und innovativen Gesellschaft wurde frei. Entscheidender Handlungsträger des Herbstes 1989 waren oppositionelle Gruppen und Parteien, die auf eine lange Geschichte zurückblicken konnten.

II.

Der Begriff „Opposition in der DDR“ ist bisher noch nicht schlüssig definiert, jedoch sollte zwischen der fundamentalen Gegnerschaft sozialdemokratischer, christlicher und bürgerlicher Gruppen bzw. Einzelpersonen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren sowie zwischen den auf Reform des realsozialistischen Systems gerichteten Gruppierungen der siebziger und achtziger Jahre unterschieden werden. Die zuerst genannte Gruppe von Gegnern der SED und der DDR kämpfte bewußt gegen die kommunistische Parteidiktatur, sie wollte deren Untergrabung und ihren schließlichen Sturz.⁴²¹ Daher war sie von Anfang an illegal und mußte konspirativ arbeiten. Diesen Widerstand bekämpften die Kommunisten und die sowjetische Besatzungsmacht mit brutaler Härte. Er fand sein Ende, als mit dem Bau der Mauer die Hoffnung

420 Für die Verwendung des Begriffs der Revolution sprechen die grundstürzenden politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen, die auf den Herbst 1989 folgten, das Wirken von großen Volksmassen, die Anwendung von Gewalt (gegen Sachen) und die Unfähigkeit der bisher regierenden Kaste, adäquat zu reagieren.

421 Die Definition lehnt sich an die von Richard Löwenthal für den Widerstand im Nationalsozialismus an, vgl.: Löwenthal, Richard: Widerstand im totalen Staat. – In: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945/hrsg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen. – Berlin und Bonn, 1984, S. 14. Detlev Peukert meinte im Anschluß an Peter Hüttenberger, daß von Widerstand nur zu sprechen sei, wenn die Handlungen, die bezeichnet werden sollen, auf den Sturz des NS-Regimes zielten (Peukert, Detlev: Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich. – 4. Auflage – Berlin, 1986 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945; 13), S. 4; Hüttenberger, Peter: Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff“. – In: Theorie in der Praxis des Historikers/hrsg. von Jürgen Kocka. – Göttingen, 1988 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 3, S. 117–139).

auf ein nur kurzfristiges Bestehen der DDR und die Chance einer deutschen Wiedervereinigung dahin waren.

III.

Erste organisatorische Ansätze der schließlich in der Herbstrevolution von 1989 handelnden oppositionellen Gruppierungen entstanden – in gedanklicher Kontinuität zu den Ideen der Prager Reformkommunisten des Jahres 1968 – Anfang der siebziger Jahre. Der Traum von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mischte sich bei ihnen mit christlicher Ethik, Abrüstungsengagement und Sorgen um die Gefährdung der Existenz der Menschheit. Diese Opposition war von weltanschaulicher Dissidenz als bewußter Ablehnung der kommunistischen Weltanschauung (bzw. der in der DDR propagierten Entstellung sozialistischen Gedankengutes) und gesellschaftlicher Verweigerung als Zurückweisung der Eingriffe der SED in das gesellschaftliche Leben und dessen Organisation gekennzeichnet.⁴²² Die SED vermochte in diesen oppositionellen Gruppierungen nie etwas anderes als „feindlich-negative Kräfte“ zu sehen, die ihre Wurzeln außerhalb der DDR hatten und aus dem Westen gesteuert wurden. Dieses Verhalten ist charakteristisch für ein totalitäres Herrschaftssystem, in dem selbst der Widerspruch einer kleinen Gruppe als Systemgefährdung begriffen wird.

„Im selben Augenblick, in dem Repression, Einschüchterung und ideologisches Indokration gegenüber einer noch so kleinen Gruppe versagen, besteht die Gefahr der Nachahmung. Aus jedem Steinchen kann eine Lawine werden, die das scheinbar so festgefügte System zum Einsturz bringt.“⁴²³

IV.

Die Opposition in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR entstand unter dem Schutzschild der evangelischen Kirche aus Gruppen von Wehrdienstverweigerern, Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, Dritte-Welt- und Frauengruppen sowie kleinen Zusammenschlüssen „kritischer Marxisten“. Hier können nur einige der für die Entstehung der Oppositionsgruppen entscheidenden Ereignisse genannt werden: der NATO-Doppelbeschluß von

422 Auch hier lehne ich mich an die Begriffsbestimmung Löwenthals für entsprechendes Verhalten im Nationalsozialismus an. Vgl. Löwenthal, S. 14. Löwenthals Verweigerung entspricht in etwa dem von Martin Broszat verwandten Begriff der Resistenz. Vgl.: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. – In: Bayern in der NS-Zeit: IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt T. C./hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Großmann. – München und Wien, 1981, S. 691–709.

423 Wolle, Stefan: Der Weg in den Zusammenbruch. Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989. – In: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft/hrsg. von Eckhard Jesse und Armin Mitter. – Bonn, 1992 (Studien zur Geschichte und Politik; 308), S. 77.

1979, die Proteste gegen die Einführung des Wehrunterrichts und des Wehrdienstgesetzes von 1982. Ab 1981–83 entwickelte sich eine zunehmende Vernetzung der Gruppen; von ausschlaggebender Bedeutung war hierbei die Solidarität nach der Besetzung der Umweltbibliothek im Herbst 1987 und nach den Verhaftungen anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988. Gleichzeitig war mit Gorbatschow die Hoffnung auf eine von Moskau ausgehende Reform verbunden, und die Angst vor einer sowjetischen Intervention in der DDR schwand. Besonders mobilisierend wirkten die Protestveranstaltungen nach dem Wahlbetrug der SED vom Mai 1989, die Proteste gegen den Einsatz von Panzern gegen die Pekinger Studenten und die Unterhöhnung des Systems durch die Massenflucht vom Sommer 1989. Hatten bis 1988 keine verbindlichen organisatorischen Strukturen existiert und die Gruppen sich nicht inhaltlich festgelegt, so änderte sich das ebenfalls nach den mit der Berliner Liebknecht-Luxemburg-Demonstration verbundenen Ereignissen. Der Gedanke gewann an Boden, daß festere Strukturen für die Auseinandersetzung mit der SED unumgänglich waren. Entscheidend war schließlich, daß die Sozialdemokraten die Öffentlichkeit suchten und daß die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ sich „DDR-weit“ öffnete

V.

Die Formierungsphase der Opposition in einem engeren Sinn erstreckt sich von Ende Juli bis September 1989. Sie begann mit dem Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer ostdeutschen Sozialdemokratie am 24. Juli 1989 (gegründet am 7. Oktober), es folgten die Initiative zur Schaffung des „Demokratischen Aufbruch“ vom 21./22. August (Gründung am 1. Oktober), der Gründungsaufwurf des „Neuen Forum“ vom 9. September (Versuch einer offiziellen Anmeldung am 19. September) und die öffentliche Konstituierung von „Demokratie Jetzt“ als Bürgerbewegung am 12. September. In einer zweiten Welle zwischen Oktober 1989 und Januar 1990 gründeten oppositionelle die „Grüne Partei“, den „Unabhängigen Frauenverband“ und die „Vereinigte Linke“.

VI.

Für alle diese Gruppen⁴²⁴ – wohl nur mit Ausnahme der Sozialdemokratie – war der theoretische Ausgangspunkt die Idee eines reformierbaren Sozialismus, der über den Weg einer umfassenden Liberalisierung und Demokratisierung erreicht werden sollte. Daraus ergab sich, daß eine deutsche Vereinigung

424 Das ist immer mutatis mutandis zu verstehen, da innerhalb der einzelnen Gruppierungen unterschiedliche Meinungen existierten und auch ein in Berlin sich durchsetzender main-stream nicht unbedingt das Meinungsbild in Thüringen widerspiegelte.

unter ausschließlich bundesdeutschen Vorzeichen von den Gruppen – die in der Regel auch nur ansatzweise theoretisch arbeiteten – nicht intendiert war und daß der Gedanke einer solchen Vereinigung zumindest in ihren programmatischen papieren erst sehr spät auftauchte. Die „Vereinigte Linde“ und der „Unabhängige Frauenverband“ hielten bis zum März 1990 an ihrem Traum von einer unabhängigen DDR fest. Aber auch in den anderen Gruppierungen der Bürgerbewegung war 1990 die Akzeptanz des Gedankens einer Wiedervereinigung zumindest mit der Forderung nach Veränderungen in der alten Bundesrepublik und nach Abrüstungsschritten, bis zur totalen Entmilitarisierung, in ganz Deutschland verbunden. Zwar war wohl einer Mehrheit bewußt, daß die Bevölkerung ganz andere Ziele als die oppositionellen Gruppierungen hatte, doch war nur wenigen klar, daß die Existenz des Staates DDR untrennbar an die der SED gebunden war. Ansätze einer Infragestellung der DDR sind wohl zuerst im Havemann-Kreis und in der Berliner Gruppe „Gegenstimmen“ auszumachen. Überwiegend war dagegen – trotz aller Kritik an SED und DDR – in den Gruppen bis in den Herbst 1989 hinein noch eine Grundloyalität gegenüber der DDR vorhanden. Nur Edelbert Richter vom Naumburger Friedenskreis ging mit seinem Konzept eines neutralen konföderierten Deutschland relativ früh von der Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit aus.⁴²⁵

VII.

Als erste politische Kraft bestritt die SDP der SED grundsätzlich ihren Führungsanspruch und überschritt mit ihrer Forderung nach Rechtsstaat und strikter Gewaltenteilung bewußt die Grenzen des „Realsozialismus“. – Entscheidend war für die Sozialdemokratie die Demokratisierung der DDR, auch um dadurch die Möglichkeit für eine deutsche Wiedervereinigung zu schaffen. Diese erschien allerdings nur bei Zustimmung der Alliierten in einer gesamteuropäischen Friedensordnung möglich. Im Gegensatz dazu ging es der Bürgerbewegung⁴²⁶ im Herbst 1989 in erste Linie um die Demokratisierung der DDR und damit um die Ausweitung der Aktionsmöglichkeiten der Oppositionellen im Lande. trotzdem stellten ihre Forderungen – wenn auch oft wohl nur unbewußt – letztlich die totalitären Strukturen des SED-Staates zur Disposition, da dieser bei seiner inneren Strukturierung und seinem Selbstverständnis Meinungsfreiheit, Demokratie, Gewaltenteilung und

425 Rüdtenklau, Wolfgang: Störenfried. ddr-opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“. – Berlin, 1992 (BasisDruck Dokument; d 7), S. 12.

426 Der sich zur Partei entwickelnde „Demokratische Aufbruch“ gab die „Idee des demokratischen Sozialismus“ mit dem Leipziger Programm vom 16./17. Dezember 1989 auf. Gruppen wie „Demokratie Jetzt!“ oder die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hatten ihn teilweise durch den der „solidarischen Gesellschaft“ ersetzt.

politischen Pluralismus nicht gewähren konnte. Dazu kam, daß die SED-Führung nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft, Heuchelei, Verwüstung des eigenen Landes und der Terrorisierung der Bevölkerung ihr klägliches Ende unausweichlich gemacht hatte. Die führenden Akteure des Herbstes 1989 hatten das Heranreifen der Revolution erst sehr spät erkannt und wurden so in einem gewissen Sinne zu Revolutionären wider Willen. viele hofften bis ins Frühjahr 1990 hinein auf die Möglichkeit eine „dritten Weges“ und reagierten nach den Wahlen vom 18. März mit tiefer Trauer auf das Scheitern ihrer Illusionen.

VIII.

Zweifellos erfordert eine befriedigende Klärung des Verhältnisses der DDR-Opposition zu Demokratie, deutscher Einheit und Sozialismus noch weitere Forschungsarbeit. Dazu gehört die Beantwortung der Fragen nach den Auswirkungen realer politischer und wirtschaftlicher Prozesse auf das Denken und die Programmatik der Bürgerrechtler, nach den Differenzen zwischen einzelnen führenden Köpfen der Opposition und nach regionalen Unterschieden. Letztlich wird auch weiter zu fragen sein, was von den Überzeugungen und sozialen Werten der DDR-Opposition den Herbst 1989 überlebte und was für die weitere Ausgestaltung der deutschen Demokratie bedeutsam ist. In erster Linie ist hier wohl das basisdemokratische Einfordern von politischer Demokratie, die Gewaltfreiheit von Widerstand, die Diskursfreudigkeit und die gemeinsame Abwehr von gesellschaftsbedrohenden Gefahren wie Rechtsradikalismus, Umweltzerstörung und militärischer Bedrohung zu nennen.